Die

socialdemokratische und anarchistische Bewegung

im

Jahre 1890.

Einleitung.

Der in den Tagen vom 14. bis zum 21. Juli 1889 in Paris abgehaltene internationale Socialistencongress hatte eine lebhafte Agitation der Führer der socialistischen Arbeiterpartei zur Durchführung des Congressprogrammes zur Folge. Diese Agitation wurde besonders eifrig gegen Ende 1889 und Anfangs 1890 betrieben.

Die Beschlüsse des Pariser Congresses, insbesondere jene über den Achtstunden-Normalarbeitstag, über die internationale Manifestation der Arbeiterschaft am 1. Mai 1890 und über die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiterclasse als des „zum Ziele führenden Mittels“ wurden der Arbeiterschaft unausgesetzt durch die Arbeiterpresse und durch Vorträge in den Arbeiterversammlungen in Erinnerung gebracht.

Gleichzeitig wurden die Arbeitsausstände als geeignetes Mittel zur Beförderung des Missvergnügens und der Aufregung im Arbeiterstande angeregt oder begünstigt, so dass auch zu Anfang des Jahres 1890 die Strikebewegung ebenso wie Ende 1889 fast alle Gewerbezweige in Mitleidenschaft gezogen hatte.

Infolge dieser Agitationen, namentlich jener für die Arbeiterdemonstration am 1. Mai 1890, trat eine derartig leidenschaftliche Erregung der Arbeiterschaft zutage, dass den Ereignissen am 1. Mai von allen Gesellschaftsclassen mit den größten Besorgnissen entgegengesehen wurde, von Seite der Regierungen aller Länder die energischesten Vorkehrungen zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung getroffen wurden und dass die Behörden durch Kundgebungen vor Ausschreitungen an dem 1. Mai zu warnen für nöthig erachteten.

Aber auch den Arbeiterführern machte die von ihnen ins Rollen gebrachte Bewegung bange.

Es wurde die Parole ausgegeben und eindringlichst in der Arbeiterpresse begründet, dass an dem von der Arbeiterschaft als Arbeiterfeiertag erklärten 1. Mai die Manifestationen der Arbeiterclasse sich innerhalb der gesetzlichen Schranken zu halten haben und Alles zu vermeiden sei, was Conflicte mit den behördlichen Organen hervorrufen könne, damit die internationale Demonstration würdevoll und ruhig, aber um so wirkungsvoller verlaufe.

Die allgemeine Spannung löste sich, als der 1. Mai ohne wesentliche Störungen des öffentlichen Lebens in allen Ländern verhältnismäßig ruhig vorübergegangen war.

Die nicht dem Arbeiterstande angehörenden Gesellschaftsclassen waren zwar überrascht von den sichtbaren Erfolgen der Organisation der Arbeiterschaft, aber auch befriedigt von der Mäßigung der Arbeiterführer und der zutage getretenen Disciplin der Arbeiterclasse. Das fast geschwundene Gefühl der Sicherheit kehrte zurück und hiemit auch eine Unterschätzung der Bedeutung der Demonstration als bekannt wurde, dass sich weniger Arbeiter an der Demonstration betheiligt hatten, als befürchtet wurde.

Anderseits war die Arbeiterschaft von der Demonstration nicht befriedigt, weil auch ihrerseits eine imposantere Massenentfaltung erwartet worden war.

Es trat umsomehr eine Ernüchterung ein, als es der Arbeiterschaft klar wurde, dass von der Mai-Manifestation baldige praktische Wirkungen ebensowenig zu erwarten sind, als von der Strikebewegung, welche, ungeachtet der von den Arbeitern gebrachten Opfer, die Wünsche der Arbeiter in Bezug auf Regelung der Arbeitsdauer und des Lohnes nur in sehr geringem Maße zu verwirklichen vermochte.

Die Misserfolge der Arbeitsausstände veranlassten die „Autoritäten“ der Arbeiterschaft, sich dahin auszusprechen, dass nicht entsprechend eingeleitete Strikes eher schädlich sind, daher „leichtsinnige“ Strikes vermieden werden sollen.

Die Arbeiterpresse warnte nunmehr vor Lohnausständen, da solche erfolglos wären, insolange die Organisation der Arbeiter einer Branche im ganzen Lande nicht durchgeführt ist und daher auch die Lohnbewegung nicht auf das ganze Land ausgedehnt werden könne.

Die Parteiführer wendeten sich von nun an der Agitation zur Durchführung der schon auf dem Pariser

Congresse eingeleiteten Gewerkschaftsorganisation zu.

An Stelle der Vereine, welche Arbeiter verschiedener Gewerbszweige vereinigten, wurden Gewerkschaftsvereine für Arbeiter desselben Productionszweiges gegründet.

Zur Förderung dieses Zweckes wurden an allen bedeutenderen Industrieorten Verbandstage der Arbeiter ein und derselben Branche und aller Hilfsarbeiter einer solchen Kategorie veranstaltet.

Die unter dem Namen „Arbeitertage" bekannten Conferenzen haben in den meisten Fällen zur Vereinigung der sämmtlichen Fachvereine einer Branche im ganzen Lande und zur Gründung einer „Fachpresse" geführt, wodurch die Coalition der Arbeiter und ihre Stellung den Arbeitsgebern gegenüber in bedenklicher Weise gekräftigt wurde.

Diese Wahrnehmungen veranlassten in mehreren Staaten, namentlich in Deutschland, die Arbeitsgeber, den Coalitionen der Arbeitsnehmer Vereinigungen der Arbeitsgeber zu gemeinsamem Schutze entgegenzustellen.

Der socialistischen Partei genügte jedoch die Agitation für die Gewerkschaftsorganisation nicht mehr.

Sie trat mit einem neuen „Mittel zum Zwecke" hervor, und zwar mit der Forderung des allgemeinen und directen Wahlrechtes.

Solange der Arbeiter seine Forderungen in den gesetzgebenden Körpern nicht selbst vertreten könne, sei eine Verwirklichung seiner Wünsche nicht möglich, da den gegenwärtigen Parlamenten ein Verständnis für die Bedürfnisse und Rechte der Arbeitsclasse mangelt. Um aber in das Parlament gelangen zu können, muss der Arbeiter das Wahlrecht besitzen, dies sei daher als Mittel zum Zwecke anzustreben.

Am nächsten Arbeiterfeiertage, und zwar am 1. Mai 1891, müsse demnach nicht allein der Achtstundentag, sondern auch das allgemeine Wahlrecht als Forderung der Arbeiter erklärt werden.

So trat denn gegen Ende des Jahres die Agitation für das allgemeine Wahlrecht und eine Wiederholung der Maifeier mit erweitertem Programme in den Vordergrund.

Die socialistische Bewegung nahm im Jahre 1890 immer mehr einen internationalen Charakter an, indem die Ereignisse auf socialistischem Gebiete in einem Staate gleichzeitig fast in allen anderen Staaten ihre Wirkungen äußerten, die einzelnen Congresse und Parteitage mit einander Fühlung nahmen und fast einheitliche Beschlüsse fassten.

Bemerkenswert ist es, dass auch im Jahre 1890 die Anarchisten sich wenig bemerkbar gemacht und von den Demonstrationen der Socialisten ferngehalten haben.

Österreich.

Alle Phasen der Arbeiterbewegung, welche im allgemeinen den Gang der socialistischen Bestrebungen im Jahre 1890 charakterisirt haben, sind auch in Österreich zutage getreten.

Es war ein wesentlicher Unterschied der Bewegung vor und nach dem 1. Mai wahrnehmbar. Während vor dem 1. Mai sich eine allgemeine Aufregung in der Arbeiterschaft bemerkbar machte und sich in den vielen Arbeiterausständen und den dieselben begleitenden heftigen Ausschreitungen äußerte, trat die Bewegung nach dem 1. Mai in ruhigere Bahnen, verliefen die seltener auftretenden Arbeitsausstände mit wenigen Ausnahmen ruhiger und entfalteten die Parteiführer eine zielbewusste, ruhige Agitation zur Durchführung der Gewerkschaftsorganisation und zur Betheiligung der Arbeiterschaft an dem politischen Parteileben zum Zwecke der Erzielung des Wahlrechtes.

Die großen Strikes zu Anfang des Jahres hatten vielfache Ruhestörungen und Excesse im Gefolge.

Die ersten Excesse dieser Art brachen am 28. und 29. Jänner 1890 in den Ortschaften Ober-Tannwald, Wiesenthal und Neudorf im Isergebirge als Nachwirkung eines Anfangs Jänner vorausgegangenen kurzen Strikes der Glasarbeiter aus.

Die Ursache der Excesse war folgende:

Die Zerkleinerung des Rohglases in rohe Perlen mittelst Sprengräder war bisher Hausindustrie, welche viele Tausende der dortigen Bewohner beschäftiget hat. Obwohl das Geschäft schon lange Zeit flau ging und die Löhne herabsanken, wurde trotzdem auf Lager fortgearbeitet. Die Anwendung der Sprengräder verlor durch die Concurrenz der mittelst Sprengmaschinen hergestellten Perlen von Murano in Venedig ihre Rentabilität. Der Großindustrielle Josef Riedl in Paulaun, der sogenannte Glaskönig des Isergebirges, führte nun im Jahre 1887 zuerst solche Perlensprengmaschinen in seiner Fabrik ein und diesem Beispiele folgten bald andere Fabriksbesitzer nach.

Ein Theil der Glasarbeiter verlor die Arbeit, gerieth in Nothlage und die Arbeiterschaft versuchte durch einen Arbeitsausstand die Arbeitsgeber zu zwingen, die Arbeit mittelst Sprengmaschinen einzustellen. Der Strike hatte aber nicht den gewünschten Erfolg, denn die Glasarbeiter mussten von Mitteln entblößt, die Arbeit bald aufnehmen. Aber die Erbitterung gegen die Ursache der Nothlage machte sich in anderer Weise geltend. In der am 28. Jänner 1890 abgehaltenen geheimen Versammlung wurde über Einflüsterung fremder socialistischer Agitatoren der Plan gefasst, die Zerstörung der Sprengmaschinen durchzuführen. Den Worten folgte zwar nicht sogleich die That im vollen Umfange, indem ein wilder Haufe sich am 28. Jänner mit der Zerstörung der Warenvorräthe in Ober-Tannwald etc. begnügte. Aber schon am folgenden Tage zogen mehrere hundert Personen zum Sturme gegen die Sprengmaschinen aus. Der Haufe wandte sich zunächst nach Neudorf zum Glaswarenerzeuger Wanke, eine Schar drang ins Haus ein, verlangte die Herausgabe der Sprengmaschinen und erpresste Bargeld. Das verschlossene Hofthor wurde mit Pfählen eingerannt, hierauf Alles demolirt, der Warenvorrath an Glasperlen zerstreut und hiedurch ein Schade von 4000 Gulden angerichtet. Die Excedenten wendeten sich sonach nach Wiesenthal und schädigten dort mehrere Firmen durch Erpressungen und Zerstörungen. Während der Erstürmung des Breitschen Hauses in Ober-Wiesenthal kam es zwischen den Excedenten und der Gendarmerie zum Kampfe, in welchem zwei der Anstürmer getödtet, mehrere der Excedenten durch Bajonnettstiche verwundet und Bezirkscommissär Jaschek aus Gablonz durch einen Stockhieb verletzt wurde.

Durch Aufgebot von Militär und Verschärfung der Sicherheitsmaßregeln wurden weitere Unruhen unterdrückt.

Vor dem Kreisgerichte Reichenberg begann am 16. Juli der Strafprocess gegen 87 an diesen Ruhestörungen am 29. Jänner 1890 betheiligte, zumeist der Glasbranche angehörende Arbeiter unter der Anklage des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit, Erpressung, boshafter Beschädigung fremden Eigenthums, des Diebstahls, Auflaufs etc. Es wurden sieben Ange-

klagte freigesprochen, zwei zu zwei Jahren, einer zu 20, vier zu 18 Monat u. s. w. herab bis zu 14 Tagen Kerker verurtheilt.

Vor demselben Gerichtshofe folgte am 1. September 1890 eine zweite Hauptverhandlung gegen 23 Personen unter der Anklage der öffentlichen Gewaltthätigkeit, welche am 28. Jänner die Warenvorräthe in Ober-Tannwald, Dessendorf und Olbrechtsdorf vernichtet hatten. Auch dieser Process endete mit der Verurtheilung der Mehrzahl der Angeklagten.

In der letzten Woche des Monates März stellten die Bandmacher im Wiener Waldviertel, zunächst in Groß-Sieghards, nach einer am 23. März im Walde bei Puchberg abgehaltenen Versammlung die Arbeit ein. Dieser Strike verlief aber wohl wegen der rechtzeitig getroffenen Heranziehung von Gendarmerie ohne besondere Störungen.

Hingegen knüpften sich an den großen Maurerstrike in Wien — es strikten beiläufig 10.000 Arbeiter — Unruhen in den westlichen Vororten Wiens.

Der Maurerstrike wurde in einer Versammlung der Maurergehilfen in der Volkshalle am 30. März beschlossen, nachdem die „Arbeiter-Zeitung“ in ihrer Nummer 11 vom 14. März 1890 einen Aufruf gebracht hatte, in welchem die Maurer erinnert werden, dass sie die Bienen und nicht die Drohnen im Staate seien und dass für sie der Satz gelte:

„Alle Räder stehen still,
„Wenn dein starker Arm es will!“

In den ersten Tagen und selbst an den Osterfeiertagen am 6. und 7. April hielten die Ausständigen sich im großen und ganzen innerhalb der gesetzlichen Schranken und es kamen nur vereinzelte Fälle von Vergehen des Auflaufes und Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit im Sinne des §. 8 St. G. B., sowie mehrere Fälle von Übertretungen des Coalitionsgesetzes vor.

Besonnene Arbeiter versicherten noch immer zu arbeiten, wurden aber zumeist durch die immer drohendere Haltung der Strikenden vermocht, sich von ihren Baugerüsten zurückzuziehen.

Am 8. April, das ist am Dienstag nach den Osterfeiertagen, sammelten sich in den Vormittagsstunden auf der Schmelz viele der strikenden Maurer, denen sich hunderte von Gehilfen der Tischler-, Drechsler- und Schusterbranche, welche an diesem Tage blau machten, zugesellten.

Sie wurden von der Sicherheitswache bei Rudolfsheim zerstreut, sammelten sich aber Nachmittags wieder auf der Schmelz auf der Ottakringer Seite und als sie von dort abermals auseinandergetrieben wurden, zogen sie, durch Neugierige, dem niedersten Pöbel angehörende Bursche verstärkt, in die Gassen von Neulerchenfeld. Eine der lärmenden Menge entgegentretende Abtheilung von Sicherheitswache zu Pferd und zu Fuß wurde mit Steinen beworfen, jedoch mit flacher Klinge zur Flucht gebracht.

Bald kehrte die immer mehr zunehmende Pöbelmasse johlend und heulend zurück, stürmte, nachdem sie die Wache zuvor mit Steinen beworfen hatte, wie auf ein gegebenes Zeichen in der Thaliastraße in einige Brantweinschänken und Geschäftsläden, zertrümmerte Fenster und vernichtete oder raubte Warenvorräthe und Geschäftseinrichtungsstücke. Plötzlich ertönte in einer Gruppe das Signal: „Auf zur Wachstube in der Wendgasse!“ wohin die Wache mehrere Arretirte escortirt hatte. Die Excedenten verlangten drohend die Freilassung der Gefangenen, bewarfen das Haus mit Steinen, und versuchten durch Fenster und Thüren der ebenerdigen Wachstube und Kasernenräume einzudringen. Als die Wache von den Revolvern Gebrauch machte, um den Angriff abzuwehren, stob die Menge vor der Wachstube auseinander und einige von den Excedenten, welche in die Wachstube gedrungen waren, wurden verhaftet.

Der Pöbel plünderte sodann noch einige Brantweinschänken und legte sogar an einem Orte Feuer. Es gelang aber nach kurzer Zeit den Brand zu dämpfen und als die nachgerückten Verstärkungen der Sicherheitswache am Platze erschienen waren und mit blanker Waffe den Excedenten an den Leib rückten, zerstreuten sich die Ruhestörer, so dass dem requirirten Militär nur mehr die Aufgabe zufiel, durch sein Erscheinen am Platze zu zeigen, dass jedem weiteren Versuche mit den äußersten Mitteln der Gewalt begegnet werden wird. An den folgenden Tagen wurde die Ruhe nicht weiter gestört und der Maurerstrike fand bald sein Ende, ohne dass die Maurer irgend eine ihrer Forderungen durchgesetzt hatten.

Im ganzen wurden bei diesen Scenen in Neulerchenfeld gegen 100 Individuen verhaftet und 42 dem Strafgerichte übergeben. Die von den Wiener Tagesjournalen gebrachte Notiz, dass sich die Arbeiter von diesen groben Ausschreitungen in Neulerchenfeld ferngehalten haben, war der Wahrheit nicht entsprechend, denn von den vorerwähnten 42, dem Gerichte übergebenen Personen gehörten 35 dem Handwerkerstande an.

Blutiger gestaltete sich der Ausstand von circa 50.000 Arbeitern der Berg- und Eisenwerke im Ostrauer Reviere, welches weit über die Hälfte der gesammten geförderten Kohle in Österreich producirt und deshalb auch der übrigen Industrie einen gewissen Eintrag machte, und jener im Wittkowitzer Eisenwerke, welcher am 15. April 1890 zum Ausbruch kam und zur Aufrechthaltung der Ordnung im Strikegebiete ein Aufgebot von 20 Bataillonen Infanterie und 6 Escadronen Cavallerie erforderte. Die Gewaltthaten, welche die strikenden Bergleute und Hüttenarbeiter am 16. und 17. April im Wittkowitzer Eisenwerke begangen hatten, bestanden darin, dass sie in das Röhrenwalzwerk, Stahlwerk, in die Hochofenabtheilung, in die Fein- und Mittelstrecke gewaltsam eindrangen, die Transmissionen zerschnitten, die Roste herausrissen, die brennenden Kohlen aus den Feuerräumen zogen, so dass die auflodernden Flammen die Eindeckung des Werkes beleckten, bis endlich Militär dem Terrorismus ein Ende machte.

Einige Tage später, am 23. April fanden die Unruhen in Bielitz-Biala statt.

An diesem Tage sammelten sich am Ringplatze in Biala etwa 1000 Arbeiter und zogen in die Vorstadt Lipnik, wo sie die Schankhäuser überfielen und plünderten. Militär schritt alsbald ein, doch die Menge attaquirte die Cavallerie mit Revolverschüssen und widersetzte sich der Infanterie mit Äxten, so dass diese endlich zwei scharfe Salven abgab, worauf die Menge auseinanderstob. Sowohl in Ostrau als in Biala gab es infolge des Zusammenstoßes zwischen Militär und Excedenten Todte (4 beziehungsweise 13) und Verwundete, und erst nach diesen Opfern konnte die Ruhe an beiden Orten hergestellt werden.

Mehr als 200 Excedenten wurden dem k. k. Strafgerichte in Neutitschein, respective in Wadowice überstellt, welche sich wegen ihrer Gewaltthaten in den Striketagen zu verantworten hatten und zu längeren Kerkerstrafen verurtheilt wurden. Aus der großen Zahl

von Verurtheilungen ist jene des ehemaligen Schusters, späteren Südfrüchtenhändlers und Arbeiteragitators Josef Buck und des Schlossers Ludwig Bilek bemerkenswert. Ersterer war es, der an der Spitze von 2000 Köpfen in die chemisch-technische und Petroleumfabrik in Priwoz drang, um die Arbeitseinstellung zu erzwingen, der später die Masse aufforderte, das Gasthaus des Sigmund Meissl zu stürmen und die Menge mit den Worten: „Jen's zidoma pric" (Nur weg mit dem Juden) noch weiter reizte. Letzterer hatte sich selbst einen Säbel für den 1. Mai angefertigt, mit dem er sich bewaffnete, um die Arbeitenden von der Arbeit abzuhalten.

Ein weiterer Process bei dem k. k. Kreisgerichte in Neutitschein fand gegen 80 Excedenten statt, welche die Leinenwarenfabrik von Bambola im Frankstädter Bezirke am 16. April demolirt hatten. Auch von ihnen wurde eine große Anzahl zu Kerkerstrafen verurtheilt.

Weniger von Bedeutung waren die Arbeitsausstände der Maler, Anstreicher, Lackirer, dann der Bäcker und Steinmetzgehilfen in Graz und Marburg.

Fast gleichzeitig mit den geschilderten Unruhen erfolgte ein Dynamitattentat am Abend des 14. April in Reichenberg. Dortselbst hatte die Firma Johann Liebig & Comp. auf einer ihrem Etablissement gegenüberliegenden Wiese seit mehreren Wochen einen kolossalen Dampfkessel von der Prager Maschinenbau-Actiengesellschaft liegen, welcher endlich fertig montirt war und nunmehr eingemauert werden sollte. Der Kessel wurde durch Explosion unterlegter Dynamitpatronen in der Mitte auseinandergesprengt und in mehrere Theile zerrissen. Die Thäter konnten nicht eruirt werden.

Nach so bewegten Tagen wurde mit ängstlicher Spannung von allen gesellschaftlichen Kreisen den Ereignissen am 1. Mai entgegengesehen.

Monate hindurch wurde von den socialdemokratischen Parteiführern in Österreich für die Maifeier Propaganda gemacht. In allen Arbeitervereinen, in der gesammten Arbeiterpresse wurde unausgesetzt für die „würdige" Durchführung der Demonstration am 1. Mai agitirt und endlich erschien im Verlage von L. A. Bretschneider in Wien, VI., Gumpendorferstraße Nr. 79, die für die Achtstundenbewegung schon lange vorher in Aussicht gestellte Flugschrift in einer Auflage von 100.000 Exemplaren. Die achtseitige Flugschrift war ihrem Tone nach mäßig gehalten, sie war auf Beschluss der Parteileitung in Wien herausgegeben worden, wurde von allen Organisationscomités bezogen und bis in die entlegensten Arbeitsdörfer gebracht.

So war die Stimmung für den 1. Mai in der Arbeiterbevölkerung in Österreich genügend vorbereitet, um seitens der Parteileitung auf einen vollen Erfolg hoffen zu dürfen. Die Excesse in Neulerchenfeld bei Wien am 8. April, besonders aber die blutigen Vorgänge in Bielitz-Biala und die Haltung der Tagesjournale, welche die drohenden Gefahren vergrößerten, hatten in der Bevölkerung ein allgemeines Gefühl der Beängstigung hervorgerufen, welches die in Arbeiterblättern wiederholt kundgegebene ernstliche Absicht der Arbeiterschaft, bei der Maifeier die Ordnung aufrecht zu erhalten, nicht zu beruhigen vermochte. Die Behörden trafen in Anbetracht des excessiven Charakters der letzten Arbeiterbewegungen allerorten die entsprechenden verschärften Vorkehrungen zur Aufrechthaltung der Ordnung. Es erflossen Kundgebungen, welche den Standpunkt der Behörden kennzeichneten, vor Ausschreitungen warnten und in unzweideutiger Weise erkennen ließen, dass alle Vorbereitungen getroffen sind, um nöthigenfalls allen Ernstes mit Waffengewalt aufzutreten, eventuell die gesetzlichen Bestimmungen des standrechtlichen Verfahrens in Anwendung zu bringen.

Diese Publicationen hatten auch den Zweck auf die Bevölkerung insoferne beruhigend zu wirken, dass dieselbe die Überzeugung der vorhandenen Schutzbereitschaft gewinne.

Diese Publicationen waren aber auch den Arbeiterführern selbst, welche die Besorgnis hegten, dass die maßlos aufgeregte Menge nicht mehr zu lenken sei, willkommen, da sie ihnen den Anlass boten, ihren Einfluss erneuert dahin geltend zu machen, dass bei der Maifeier seitens der Arbeiterschaft Gesetzwidrigkeiten zu vermeiden sind. Die Parteiorgane warnten eindringlichst vor jeder Ausschreitung, es wurden die Arbeiter förmlich gebeten, den Anordnungen der Polizeiorgane mit dem äußersten Entgegenkommen zu begegnen und selbst ein scharfes Wort ruhig hinzunehmen. Sie riethen vor größeren Ansammlungen ab und vor allem was einem „Umzuge" ähnlich sehen würde. In Wien wurden Abzeichen für die Ordner ausgegeben, welche so gestaltet waren, dass sie nicht einmal den Anschein einer Demonstration bieten konnten. Die Ordner hatten die Aufgabe, bei den Versammlungen am Vormittage, dann Nachmittags im Prater und bei sonstigen Ausflügen zu interveniren.

Da ferner die Unterbrechung der Arbeit am 1. Mai seitens der Gehilfen ihren Arbeitsgebern spätestens drei Tage vorher bekannt gegeben und Arbeiter bei Transportunternehmungen, in Gasanstalten etc. in ungestörtem Gange belassen werden sollten, so war in der That von den Parteiführern vieles gethan worden, der Behörde die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung am 1. Mai leichter möglich zu machen.

Die Kundgebung für den Achtstundentag in Österreich war jedoch nur in Wien von Bedeutung, woselbst Vormittags gegen 30 Arbeiterversammlungen stattfanden, die von nicht ganz 30.000 Arbeitern besucht waren. In jeder dieser Versammlungen gelangte der auf dem internationalen Socialistencongresse in Paris vom 14. bis 21. Juli 1889 eingebrachte Antrag auf den achtstündigen Höchstarbeitstag mit den Beschränkungen der Kinder- und Frauenarbeit und über die Sonntagsruhe zur einstimmigen Annahme und es verliefen alle diese Versammlungen ohne Störung. Die für Nachmittag geplanten Ausflüge in den Prater, in welchem 26 Locale für die Arbeiter bestimmt worden waren, dann in die Umgebung Wiens begannen um 2 Uhr.

Auch die Demonstration am Nachmittage mit dem Abzug aus dem Prater, ebenso die Abend- und Nachtstunden waren ohne wesentliche Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verlaufen und da während der Nacht auch aus allen übrigen Kronländern beruhigende Nachrichten über den Verlauf der Maifeier einliefen, so waren gerade die vorher am meisten Beängstigten jetzt geneigt, über frühere unnöthige Beunruhigung der Bevölkerung zu klagen.

Nur in Prossnitz hatte die Maibewegung einen weniger ruhigen Verlauf genommen. Der Morgen gestaltete sich Anfangs ruhig, aber um die zehnte Stunde des Vormittags versuchte ein großer Arbeiterhaufe die Frohnfeste zu stürmen, um die inhaftirten Kameraden zu befreien, was aber nicht gelang. Schon am Abend vor dem 1. Mai hatte es dortselbst nicht unbedeutende Excesse gegeben; Cavallerie und Infanterie hatte aber die Ordnung bald wieder hergestellt.

In einem Artikel „Der Festtag der Arbeiter" feierte die „Arbeiter-Zeitung" die Maidemonstration, welche

eine Ausdehnung angenommen habe, von welcher die Proponenten, als sie in Paris ihre Unterschrift unter den Antrag Lavigne's setzten, keine Ahnung hatten. Das Verdienst des friedlichen Verlaufes dieser „überwältigend großartigen“ Manifestation nahm die Arbeiterpartei natürlich für sich in Anspruch.

Unter Einem forderte das Blatt die Aufhebung der Ausnahmsverordnung, welche nunmehr eine Ungeheuerlichkeit bedeute.

Der Londoner „Socialdemokrat“ vom 10. Mai hat bei Besprechung des 1. Mai 1890 unverkennbar verrathen, welche Ziele durch die internationale Feier des 1. Mai verfolgt wurden. Es heißt dort:

„Welch' eine riesige That, die Kraft des Willens von Millionen zielbewusster Menschen in einem Brennpunkte vereinigt!“

„Einen solchen Beschluss auszuführen, erheischt eine größere Macht, als irgend eine Regierung der Welt, ja als alle Regierungen der Welt sie besitzen.“

„Der 1. Mai war die Probe aufs Exempel und sie hat gestimmt. Und am 1. Mai 1891 werden die Arbeiter wieder anklopfen an die Thore der Parlamente.“

Die anarchistische Zeitschrift „Autonomie“ in London schrieb am selben Tage:

„So hat denn das socialdemokratische Führerthum unbewusst doch ein gutes Werk verrichtet, indem es auf die „Mai-Idee“ verfiel.“

„Es ahnte aber nicht, dass das Proletariat die Sache bald anders, das heißt ernster auffassen und über seine Köpfe hinwegschreitend, es unter seinem Massentritt zermalmen werde.“

„Wenn auch der 1. Mai diesmal nicht nach Wunsch ausgefallen ist — jede Geburt hat ihre Wehen — der Erfolg wird kommen.“

„Keine Gesetze, keine Vergleiche, denn wir streben nach dem Communismus und der Anarchie.“

Unmittelbar nach dem 1. Mai erfolgten Arbeitseinstellungen in Horzič, Böhmisch-Kamnitz, Bielitz, Voitsberg, Marburg, Hohenelbe, Hohenegg, Donawitz, Leoben, Pettau, Prag, Wien und anderen Orten, welche, sowie die Strikes vor dem 1. Mai, mit der großen Arbeiterdemonstration in einem causalen Zusammenhange standen.

Es traten noch in den Vordergrund größere Arbeitsausstände in Prag, namentlich unter den Eisen- und Metallarbeitern, welche am 11. Mai 1890 dortselbst eine von mehr als 3000 Personen besuchte Versammlung abhielten, in welcher der Versuch gemacht wurde, die Versammelten zu verleiten, die Arbeiter an der Wiederaufnahme der Arbeit am 12. Mai eventuell gewaltsam zu hindern. Es nahm infolge dessen vor der Fabrik Breitfeld und Daniek das Militär Aufstellung und verhinderte das gewaltsame Auftreten der Masse.

In Lieben hatte sich Abends an der Uferseite der Moldau eine größere Volksmenge angesammelt, welche von der Polizei mit einer Abtheilung Dragoner eben noch zur rechten Zeit zerstreut wurde, als sie eben einen jungen Mann, der als Nichtstrikender erkannt wurde, ins Wasser werfen wollte.

Alle diese Strikes, dann die in Königinhof und in Maletsch unter den Spinnern am 11. Mai 1890, nahmen keine größeren Dimensionen an und es gelang dieselben ohne ernstliche Störungen der Ruhe und Ordnung wieder beizulegen; ebenso waren die Strikes mehrerer Arbeiterbranchen in Graz am 20. Mai und die der Papierfabrik Leykam-Josefsthal bei Gratwein, woselbst die Arbeiter eine bedrohliche Haltung annahmen ohne ernstliche Gefährdung verlaufen.

Weit ernster war die Revolte im Pilsener und Mieser (Nürschau) Steinkohlen-Revier. Schon zu Anfang des Monats April 1890 zeigte sich unter den einzelnen Belegschaften eine nicht zu verkennende Bewegung.

In den im Mai stattgefundenen Versammlungen fassten die Arbeiter den Entschluss, den Strike aufzunehmen, falls die Gewerkschaft ihren Forderungen nicht entsprechen würde. Ebenso wurde dem Bürgermeister von Nürschau bekannt, dass sie von vornherein erklärt haben, die Heizer und Maschinenwärter zu hindern, ihre Dienstesverrichtungen zu erfüllen.

Am 18. Mai hatten sich am Krimnich-Schachte gegen 500 Personen eingefunden, wovon etwa 50 in das Maschinenhaus eindrangen und das Feuer unter den Kesseln herausrissen. Vom Krimnich-Schachte zogen die Arbeiter in geordneten Reihen nach dem Martha-Schachte. Der Häuer Josef Kletschka stürmte mit 30 jungen Arbeitern ins Kesselhaus und stellte an den Betriebsleiter in drohender Weise die Aufforderung die Feuerung herauszureißen, welcher Forderung auch nachgekommen wurde. Diese geschilderten Vorfälle wiederholten sich in den übrigen Schächten und zuletzt auf dem Humboldt-Schachte. Dieser Schacht war aber vorsichtsweise von 10 Mann Gendarmerie und 5 Mann Polizei geschützt, da der genannte Schacht Nürschau mit Wasser versorgt und genannter Ort im Falle einer Betriebseinstellung in eine fatale Lage gebracht worden wäre. Als nun gegen 4 Uhr die strikenden Arbeiter, gegen 1000 an der Zahl, heranzogen, machte sich die Gendarmerie schussbereit. Doch waren die Herannahenden nicht zum Stillstand zu bringen, sondern sie umzingelten die Gendarmerie, welche von der Schusswaffe über Ersuchen des Amtsleiters keinen Gebrauch machte, drangen gewaltsam gegen das Heizhaus vor, stürmten dieses und stellten die Feuerung ein.

Dem aus Pilsen requirirten Militär gelang es aber bald Ruhe zu schaffen.

Am 20. Mai wurden die ersten Versuche gemacht, die Kessel wieder zu heizen, doch kaum war der erste Rauch dem Schlote am Martha-Schachte entstiegen, als eine große Menge Arbeiter heranzog und die Unterdrückung des Feuers bewerkstelligte. Die Arbeiter schlossen einen Zug des 73. Infanterieregiments ein, der zum Schutze der am Martha-Schacht befindlichen Magazine aufgestellt war.

Als die Arbeiter, welche bewaffnet waren, eine immer bedrohlichere Stellung einnahmen und trotz aller Aufforderungen des Commandanten, abzulassen, noch frecher wurden und höhnende Worte ausriefen, wurde ihnen der Gebrauch der Schusswaffe angedroht. Einige entblößten hierauf die Brust und schrien „Schießt her, wenn Ihr Euch traut!“ Da vernahm man plötzlich einen Pfiff und die Arbeiter drangen von allen Seiten auf das Militär ein, welches nun fünf Salven abgab. Selbst nach der dritten Salve wollten die Arbeiter nicht weichen, erst nach der fünften traten sie den Rückzug an, Todte und Verwundete auf dem Platze zurücklassend. Die Ruhe war bald darauf hergestellt. Es wurden viele Verhaftungen vorgenommen und 59 Excedenten dem k. k. Kreisgerichte in Pilsen überstellt, wovon 51 theils des vollbrachten, theils des versuchten Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit schuldig erkannt und am 8. August zu schwerem Kerker in der Dauer von sechs Wochen bis zu 18 Monaten verurtheilt wurden.

Am 2. Juni kam es in Freudenthal zu Arbeitertumulten, wobei 300—400 Weber vor das Wohnhaus

des Damastwaren-Erzeugers Gustav Marburg zogen, dort das Stiegengeländer niederrissen, mehrere Geräthschaften zertrümmerten und einen ihnen den Eintritt wehrenden Gendarmen niederschlugen.

Am folgenden Tage zogen die Strikenden, nachdem sie an mehreren Orten die Arbeitseinstellung erzwungen hatten, vor die Marburg'sche Fabrik, wo sie jedoch von Gendarmerie und Polizei empfangen und zerstreut wurden.

Am 9. Juni wurden in Bennisch von den strikenden Arbeitern große Excesse verübt. Bei 16 Fabrikanten wurden die Fenster eingeschlagen und an zwei Orten demolirt; ebenso fielen einige Verwundungen vor, bis das requirirte Militär aus Troppau die Ruhe wieder herstellte. Es wurden 45 Verhaftungen an Einem Tage vorgenommen, mehr noch am folgenden Tage. Beim k. k. Landesgerichte in Troppau wurden am 10. Juli 30 Excedenten wegen der Unruhen in Bennisch und 13 Excedenten wegen der Vorfälle in Freudenthal zu Kerker- und strengen Arreststrafen verurtheilt. Aus der großen Strikebewegung mussten viele der strikenden Arbeiter die traurige Erfahrung machen, dass sie ihren Zweck nicht erreichten, während der Zeit des Ausstandes dem größten Elend preisgegeben waren und auch später oft keine Arbeit finden konnten.

Die in der Arbeiterschaft eingetretene Entmuthigung veranlasste die Arbeiterführer bezüglich der Strikebewegung neue Instructionen zu geben.

Jede Arbeiterbranche, welche einen Strike anstrebt, solle sich durch Gründung von Fachvereinen und Herausgabe einer Fachschrift vorerst organisiren, die Geldmittel für den Strike beschaffen, den Plan des Ausstandes im vorhinein entwerfen und Sorge tragen, dass alle Arbeiter mitstriken und der Zuzug hintangehalten werde.

Der Nachdruck, mit welchem die Regierung den aus den Strikes entstandenen Ruhestörungen begegnete, machte einen sichtlichen Eindruck auf die Arbeiter und bewirkte, dass sich die Strikes verminderten, wobei auch die ernstliche Aufforderung der gesammten Arbeiterpresse, endlich einmal den unnützen Strikes Einhalt zu thun wesentlich mitwirkte.

In der zweiten Hälfte des Jahres sind nur noch der kurze Strike im Ostrauer Kohlenreviere am 22. September und der dreitägige Ausstand der Wiener Tramwaybediensteten vom 21. bis 24. October 1890 von Bedeutung.

Im ersteren Falle war eine gewaltsame Arbeitseinstellung im ganzen Reviere geplant, welche durch rechtzeitiges Eintreffen des Militärs auf der mährischen Seite vollkommen, auf der schlesischen Seite größtentheils verhindert wurde.

Der Strike der Wiener Tramwaybediensteten war zum großen Theile durch die Verhetzungen einiger Zeitschriften von clericaler, antisemitischer und socialistischer Richtung veranlasst worden, welche seit Erscheinen der neuen Dienstesinstruction gegen die „Reitzes-Gesellschaft" ins Feld zogen. Der Strike kam zum Ausbruch nach Überreichung eines schriftlichen Protestes gegen die neue Dienstesordnung, respective nach Ablauf der für die Gewährung des Petits gestellten Frist.

Der schriftliche Protest kam in einer Samstag Nachts im Saale „zum Stadtgut" veranstalteten Versammlung des Arbeiterbildungsvereines „Vorwärts" zustande. Dieser Versammlung haben circa 800 Tramwaybedienstete beigewohnt, die sich alle kurz vor Beginn der Versammlung scheinbar als Mitglieder dieses Vereines zu dem Zweck aufnehmen ließen, um Zutritt zur Vereinsversammlung zu erhalten. Dieselbe war nämlich auf Grund der Ausnahmsverordnung nur unter dem Vorbehalte gestattet worden, dass nur Vereinsmitglieder an derselben theilnehmen sollten.

In dieser Versammlung hatten die socialistischen Parteiführer Dr. Victor Adler und Rudolf Pokorny gesprochen, welche unter allgemeiner Zustimmung für Überreichung des schriftlichen Protestes gegen die neue Dienstesordnung als Ultimatum plaidirt hatten.

Auf diese Weise war der Ausstand der Wiener Tramwaybediensteten — der übrigens diesmal ohne Unruhen verlief — sowie der im Vorjahre durch socialistische Einflüsterungen entstanden und durch die Wiener „Arbeiter-Zeitung" angeregt worden.

Die socialistische Presse, welche schon im Vorjahre einen bedeutsamen Aufschwung genommen hatte, hat auch seither eine namhafte Bereicherung erfahren. Insbesonders war es die Fach- und Localpresse, welche an mehreren Orten gegründet wurde, dann die Presse für Arbeiterschutz in Wien.

Seit dem 1. Mai hat sich in der socialdemokratischen Bewegung in Österreich eine wesentliche Veränderung gezeigt. Es macht sich ganz deutlich wahrnehmbar, dass die Führer der Arbeiterschaft und mit ihnen die der Parteiorganisation angehörenden Arbeiter eine sichtliche Neigung bekunden, Conflicte mit den Polizeibehörden und Strafgerichten zu vermeiden.

Diese Tendenz hat vor allem ihren Ausdruck in der socialistischen Presse gefunden, welche in ihrem leitenden Organe, in der „Wiener Arbeiter-Zeitung" mehrmals für Mäßigung eingetreten ist. Es geschah dies in mehreren Nummern vor dem 1. Mai und dann noch ganz besonders in der Nummer 26 vom 27. Juni, in welcher sie schrieb:

„. . . Die Erfolge des 20. Februar in Deutschland und des 1. Mai in Wien haben die Arbeiter berauscht. Man glaubt nun alles zu vermögen und dies ist ein Irrthum. Wir haben die Pflicht, unbekümmert darum, ob sie gerne gehört wird, unsere Meinung offen und deutlich auszusprechen."

Das Blatt schloss den Artikel mit den Worten:

„Möglich, dass wir nächstens lesen, auch die „Arbeiter-Zeitung" habe sich zur „klugen Mäßigung" bekehrt."

Während des vergangenen Jahres haben sich in der socialistischen Presse folgende Veränderungen ergeben: Seit 1. März 1890 erscheint in Lemberg außer der bereits seit 13 Jahren bestehenden „Praca" (Die Arbeit) ein zweites Blatt in polnischer Sprache derselben Tendenz unter dem Titel „Robotnik" (Der Arbeiter) am 1. und 15. jeden Monats. Die Herausgabe dieses Blattes besorgt Julius Obirak; zum ersten Redacteur wurde bestimmt der Setzer Anton Mankowski, als eifriger Verfechter socialistischer Grundsätze bisher wohlbekannt. Das Programm der neuen Zeitschrift besteht in der Wahrung der Arbeiterinteressen vom politischen, socialen und ökonomischen Standpunkte.

Das Blatt wurde gegründet weil längere Zeit schon in den Kreisen der Lemberger Socialisten eine Missstimmung über die Haltung der Arbeiterzeitung „Praca" bestand, weil dieses Blatt bei Verbreitung socialistischer Grundsätze und der Verfechtung der Arbeiterinteressen die ihnen erwünschte Schärfe an den Tag zu legen vermied. Es besteht nämlich auch in Lemberg eine gemäßigte und radicale Partei. Die Unzufriedenen wendeten sich zuerst an den Redacteur Josef Daniluk mit der Aufforderung, der „Praca" eine stärkere Färbung zu verleihen, da jedoch Daniluk sich nicht als willfährig erwies und in der Redaction sich fernerhin eine entscheidende Stimme vorbehielt, scheiterten jene Pourparlers und so

wurde das zweite Blatt mit der Hoffnung auf internationale Subvention gegründet. Die schärfere Tonart zeigte sich schon in der Agitation für den 1. Mai, welche sichtlich das Bestreben kundgab, die Rivalin, die „Práca“, an inscendiarischen Kraftartikeln weit zu überbieten. Das neue Blatt „Robotnik“ erlag vom Zeitpunkt seines Erscheinens mehrmals der Beschlagnahme.

In der polnisch-nationalen Publicistik des In- und Auslandes verursachte diese Zeitschrift böses Blut und wurde schon bald nach ihrem Erscheinen der Verbreitung collectivistischer Utopien geziehen.

Um die Redaction dieses Blattes gruppirten sich Leute von prägnanter socialistischer Gesinnung, vorwiegend Bekenner des mosaischen Glaubens, welche auch eifrigst unter den Arbeitern im Geiste ihrer perversen Ideen agitirten.

Durch ihre Rührigkeit auf diesem Terrain machten sich Adolf Schleyn, Hörer der Technik in Lemberg, dann Karl Nacher, absolvirter Hörer der Philosophie und Simon Spunt, Techniker aus Russland, besonders bemerkbar. Sie waren es, welche unter den Lemberger Arbeitern am meisten für die Feier des 1. Mai Stimmung machten, bis endlich letzterer mit Erkenntnis der Lemberger Polizeidirection vom 12. Mai 1890, Z. 497 Pr. nach §. 2 des Gesetzes vom 27. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 88 aus dem ganzen Geltungsgebiete dieses Gesetzes für beständig abgeschafft wurde.

In Lemberg ist im Juni außerdem noch das erste Heft einer vom Comité des polnischen Arbeiterblattes „Robotnik“ herausgegebenen Arbeiterbibliothek unter dem Namen „Pierwsky Maj we Lwowie“ erschienen. Die Nummer 1 brachte die Maifeier und die bei dieser Gelegenheit socialistischerseits gehaltenen Reden. Die Arbeiterbibliothek ist im Verlage von Julius Obirak erschienen.

In Reichenberg erschienen vom 1. April an die „Zeitschwingen“, eine Monatschrift, welche von dem Socialisten Josef Beranek herausgegeben wird.

In den Monat Mai fallen in Wien die Gründung der „Österreichischen Bauarbeiter-Zeitung“ unter der Redaction des bekannten Socialisten und Agitators, des Maurergehilfen Josef Tomaschko, und der čechischen Zeitschrift „Delnicke Listy“, welche im Monate zweimal unter der Redaction des rührigen Socialisten Josef Tobola erscheint.

Am 1. Juni 1890 erschien die Nummer 1 des „Arbeiterschutz“, Organ des Verbandes der Arbeiter-Kranken- und Unterstützungsvereine Österreichs und des Verbandes der Genossenschafts-Krankenkassen für Wien und Umgebung. Das Blatt erscheint am 1. und 15. jeden Monats unter der verantwortlichen Redaction von Siegmund Kaff und unter dem Herausgeber Leo Walecka.

Kurze Zeit vorher war ebenfalls in Wien die Nummer 1 der „Zukunft“ von dem ehemaligen Gerichtssaalreporter Robert Wolf erschienen.

Das Blatt nannte sich Fachblatt für Krankenversicherung und war über Initiative des Dr. Friedrich Ellbogen und des Dr. Ferdinand Seltsam ins Leben gerufen worden. Es war gegen den Willen der Parteileitung erschienen, dehnte in der Nummer 4 vom 1. Juni das Programm auf „Arbeiterschutz“ aus und begann mit dieser Nummer eine Polemik mit der „Arbeiter-Zeitung“ weil diese in der Nummer vom 16. Mai die Gründung des obigen Organes „Arbeiterschutz“ ankündigte, was von der „Zukunft“ als „schmutzige Concurrenz“ bezeichnet wurde.

Am 29. Mai hat in Brünn eine geheime Besprechung der Parteiführer stattgefunden, ob die Zeitschrift „Rovnost“ künftighin nicht wöchentlich erscheinen soll. Der Vorschlag wurde wegen des Kostenpunktes über Antrag von Burian und Hybesch vorläufig fallen gelassen. Hiebei kam die Lage des gemaßregelten Agitators Sobotka, Herausgeber der „Rovnost“, zur Sprache, der wegen seiner agitatorischen Thätigkeit aus der Arbeit entlassen wurde und keine andere Beschäftigung finden konnte. Es wurde hingewiesen, dass es eine Schande für die 15.000 Köpfe zählende Weberschaft Brünns wäre, wenn ein Mann von der Bedeutung des Webers Sobotka nicht vor Hunger geschützt werde, und es wurde ein Comité eingesetzt, das Sammlungen in der Textilbranche zu veranstalten hätte, um einen so großen Betrag zusammenzubringen, womit Sobotka in die Lage gesetzt würde, sich ein Geschäft zu gründen.

In Prag wurde der socialistische Tischlergehilfe und Granatenhändler Wenzl Sedmidubsky von der jungčechischen Partei gewonnen, ein čechisches Arbeiterblatt zu gründen.

Trotzdem die Prager Socialisten bestrebt waren, das Blatt zu unterdrücken, erscheint es seit 1. Juli alle 14 Tage unter dem Namen: „Naše obrana“. Es wurde schon am 1. Mai von dem Redacteur der „Narodny Listy“ Josef Anysz bei dem von 9000 Personen besuchten Meeting auf der Schützeninsel in Prag in Aussicht gestellt.

In Graz ist mit Beginn des III. Quartals das Arbeiterblatt „Der Arbeiterwille“ erschienen. Für die Herausgabe zeichnet Eduard Ehrlich und die Redaction hat der bekannte Socialist Johann Resel übernommen.

Das Blatt fußt auf den Programmen des Hainfelder Parteitages und gilt daher als Parteiorgan für die Alpenländer.

Vom 15. bis 17. August hat im kleinen Saale des „Besedni dům“ in Brünn eine auf geladene Gäste beschränkte Versammlung, einberufen von den Redactionen der „Arbeiter-Zeitung“ und der „Rovnost“, stattgefunden, in welcher über die Haltung der Arbeiterpresse in puncto Organisationsfragen der Arbeiterschaft berathen wurde. Es hatten sich im ganzen 30 Theilnehmer zu diesem Congresse eingefunden, auf welchem nur das Wiener Blatt „Vorwärts“ und einige kleine Provinz- und Fachblätter nicht vertreten waren.

Unter den Theilnehmern waren aus Wien: Hanser, Adler, Pokorny und Popp; aus Reichenberg: Kiesewetter und Rieger; aus Prag: Körber, Krapka, Steutzka und Handlíř erschienen.

Was die Verhandlungsgegenstände betrifft, so wurde vor allem die Nothwendigkeit einer strammen centralistischen Organisation und zwar insbesondere von deutscher Seite betont und sich dahin geeinigt, dass ein Vertrauensmännercollegium aus bewährten Parteimännern in Wien gebildet werden solle, welches von den Parteigruppenleitungen stets zu Rathe zu ziehen wäre. Im übrigen solle die Localorganisation den Ortsverhältnissen angepasst und auf legaler Grundlage durch Bildung von Vereinen (Gewerkschaften) u. d. gl. angestrebt werden.

Die bisher behufs Einhebung einer Art von Parteisteuer herausgegebene Monatschrift soll, da sie sich nicht rentirte, aufgelassen werden und die Einhebung einer Parteisteuer in Form eines Zuschlages zu den Vereinsgebüren erfolgen. Diese Zuschläge sollen von Zeit zu Zeit von den Vereinen in Form von Insertionsgebüren an die Zeitungsadministrationen eingesendet werden. Hievon würden 50 Procent der Centralleitung in Wien zufallen, während 50 Procent der Localorganisation zur Verwendung bleiben sollen. Alle diese

Abmachungen sollen erst auf einem zu Ostern 1891 stattfindenden Congresse die Form von Parteibeschlüssen erhalten.

Die Conferenz befasste sich noch mit der in der Nr. 30 vom 25. Juli 1890 in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlichten Erklärung über Vermeidung von „leichtsinnigen" Strikes, wiederholte schließlich den Entschluss der Arbeiterschaft vom 1. Mai, unvermeidlich für eine Reform der Gewerbeordnung im Sinne der Herabsetzung der Arbeitszeit bis zur Erlangung des Achtstundentages thätig zu sein.

Als Hauptorgan der socialistischen Presse in Österreich wurden die „Arbeiter-Zeitung" und das Organ „Rovnost" bestimmt.

Die Beschlüsse dieser unter dem Namen „Brünner Conferenz" bekannten Versammlung wurden vorerst in der Sitzung der Prager Localorganisation am 28. September auf der Schützeninsel in Prag nach eindringlicher Empfehlung durch Wilhelm Körber, Josef Steiner und Franz Schaller und dann von der Wiener Localorganisation am 23. November in ihrem ganzen Inhalte angenommen; in letzterer Sitzung waren die Faiseurs der Wiener „Volkspresse", welche Zeitschrift seit 8. November in bedeutend vergrößertem Formate erscheint, nicht anwesend.

Der Schmuggel mit socialistischen und anarchistischen Druckschriften war im Berichtsjahre in schwunghafter Weise versucht worden, aber von wenigem Erfolge begleitet gewesen.

Am 12. März sind aus Zürich an die Adresse Tobias Heinrich, Obmann des Arbeiterbildungsvereines in Neudek, Druckschriften gesendet und in Prag am k. k. Postamte saisirt worden, in welchen der Thatbestand nach §§. 64 und 303 St. G. vorliegt. Wenige Tage später, am 28. März wurde der Zuckerfabriksarbeiter Josef Hainz in Schlan verhaftet, weil er vor seiner Ankunft in Schlan aus dem Eisenbahnzuge während der Fahrt Placate mit der Aufforderung zur Propaganda für den Achtstundentag und für die Maibewegung ausgestreut hatte. Bei demselbe wurden überdies ein ganzer Koffer voll mit socialistischen Schriften gefunden.

Am 17. April langte am Postamte in Graz eine an den Arbeiter Johann Dreher adressirte Sendung in defecter Emballage ein, welche statt des declarirten Inhaltes einer Ware, 200 Exemplare der in Wien erscheinenden Zeitschrift „Die Volkspresse" vom 14. April 1890 und andere Druckschriften enthielt.

Anfangs Mai gelangte an den Bergarbeiter Suchopar in Přibram eine in London aufgegebene Postsendung, welche mehrere Exemplare der anarchistischen Flugschrift „Prvni Kveten" enthielt.

Auf der Gablonzer Reichsstraße wurde am 16. Mai die Flugschrift „Arbeiter-Kameraden!" verbreitet gefunden, welche in besonders aufreizender Sprache geschrieben ist und zum Umsturz der bestehenden Ordnung auffordert.

Am 28. Mai erhielt der Schneidergehilfe Anton Blahušek in Wien eine größere Postsendung aus Lauterach in Vorarlberg, welche wegen Verdachts durch die Polizei saisirt wurde. Dieselbe enthielt 15 anarchistische Broschüren, 139 Nummern der „Autonomie" und mehr als 1500 Exemplare der Flugschriften: „Der Heimatlose", „An unsere Brüder" und „Prvni Kveten".

Die Flugschriften, von welchen namentlich die letzteren die im Berichtsjahre in Österreich vorgefallenen Arbeiterunruhen streiften, waren durchwegs zur Verbreitung in Österreich von vorneherein bestimmt gewesen.

Im Monate Juni kamen aus Deutschland größere Partien der Flugschrift „An die Arbeiter Deutschlands" nach Adamsthal.

Wie später bei Besprechung der socialistischen Bewegung in Deutschland näher ausgeführt werden wird, sind im Monate Juli in Aachen bei mehreren Arbeitern čechischer Nationalität zur Verbreitung in Böhmen bestimmte anarchistische Druckschriften in čechischer und in deutscher Sprache in 1000 Exemplaren saisirt worden.

In Blansko und in Römerstadt in Mähren wurden in den Monaten August und September wiederholt Exemplare der „Freiheit" saisirt, welche an den bekannten Socialisten Ludwig Klein von Amerika im Postwege eingelangt sind.

Endlich sind von der in Deutschland am 1. October 1890 im Verlage von F. Wilke in Braunschweig erschienenen Druckschrift „Abschied vom Socialistengesetz 1. October 1890" mehrere Partien nach Österreich gelangt, so eine nach Bozen, welche von der k. k. Bezirkshauptmannschaft dortselbst saisirt worden ist.

Bezüglich des Schmuggels von anarchistischen, in England erzeugten Druckschriften verlautet, dass die von Anarchisten und Socialisten in London versandten Presserzeugnisse von London an einen Schuhmacher Namens Lindemann in der Schweiz gelangen sollen. Dieser, ein Deutscher von Geburt, soll sich zwei Jahre in London aufgehalten und dem dortigen communistischen Arbeiterbildungsverein I. Section angehört haben, welcher gegenwärtig in London, Portland Street, seinen Sitz hat und dessen Obmann gegenwärtig ein Deutscher Namens Meier ist. Lindemann soll die Druckschriften an die Grenze bringen und von dort nach Österreich-Ungarn und Deutschland senden.

Zum Schlusse dieser Vorstellung über die Entstehung und Verbreitung der socialistischen Presse wird noch bemerkt, dass auf socialdemokratischem Standpunkte in Österreich folgende Blätter stehen:

Arbeiterschutz in Wien,
Arbeiterstimme in Brünn,
Arbeiterwille in Graz,
Arbeiter-Zeitung in Wien,
Österreichische Bäcker-Zeitung in Wien,
Österreichische Bauarbeiter-Zeitung in Wien,
Cervanky in Brünn,
Delnicke Listy in Wien,
Drechsler-Fachblatt in Wien,
Familienbibliothek in Wien,
Freigeist in Reichenberg,
Glühlichter in Wien,
Hlas lidu in Prossnitz,
Hutmacher-Fachorgan in Wien,
La Conferazione Operaria in Triest,
Nový věk Svobody in Prag,
Heslo in Prag,
Praca in Lemberg,
Osmihodiná doba pracovni in Prag,
Radnicki Glasnik in Agram,
Robotnik in Lemberg,
Rovnost in Brünn,
Schuhmacher-Zeitung in Wien,
Socialdemokratische Monatschrift in Wien,
Tischler-Zeitung in Wien,
Typographia in Wien,
Volksfreund in Brünn,
Volkspresse in Wien,
Vorwärts in Wien.

Einen noch größeren Aufschwung als die socialistische Presse hat das Arbeiter-Vereinswesen in Österreich genommen. Es wurden im verflossenen Jahre in den Ländern der österreichischen Monarchie gegen einhundert Arbeitervereine, davon gegen dreißig in Wien allein gegründet; mehr als vierzig Arbeitervereine sind in Wien Ende des Berichtsjahres noch in der Gründung begriffen gewesen, und die Organisation bei den Berg- und Textilarbeitern, welche kaum dem Namen nach bestand, ist begonnen und theilweise schon durchgeführt worden.

Zumeist wurden auf Grund der von dem Pariser Congress beschlossenen Concentration der Arbeiter in Gewerkvereine Gewerkschaften gegründet, welchen Gründungen Arbeiterversammlungen, Arbeitertage vorangingen.

Auffallend groß war die Zahl der in Wien, dann in allen Hauptstädten der übrigen Kronländer und in den bedeutenderen Industrieorten vor dem 1. Mai abgehaltenen großen Arbeiter- und Volksversammlungen, respective im Gebiete der Ausnahmsverordnung der öffentlichen Vereinsversammlungen, welche durchwegs die Herabsetzung der Arbeitszeit und die Gründung von Arbeitervereinen zum Gegenstande hatten.

Solche Versammlungen fanden statt:

am 23. Februar in Salzburg,
„ 24. „ „ Linz,
„ 2. März „ Villach,
„ 9. „ „ Wien,
„ 23. „ „ Döbling bei Wien,
„ 23. „ „ Fünfhaus bei Wien,
„ 23. „ „ Neulerchenfeld bei Wien,
„ 25. „ „ Marburg,
„ 30. „ „ Privoz,
„ 30. „ „ Jägerndorf,
„ 30. „ „ Haindorf,
„ 30. „ „ Graz,
„ 31. „ „ Brünn,
„ 4. April „ Freudenthal,
„ 6. „ „ Prag,
„ 7. „ „ Bielitz,
„ 7. „ „ Laibach,
„ 10. „ „ Mährisch-Schönberg,
„ 13. „ „ Triest,
„ 18. „ „ Brünn,
„ 27. „ „ Prag.

Zu allen diesen Versammlungen waren von der Parteileitung versirte Redner aus Wien oder anderen Orten entsendet worden, um für die Herabsetzung der Arbeitszeit und für die Maifeier Propaganda zu machen.

Die Vereinsgründungen fanden zumeist nach dem 1. Mai statt; aus ihrer Zahl sind erwähnenswert: die Arbeiterbildungsvereine in Wien: II. Bezirk, Meidling, Nussdorf, Rudolfsheim und Simmering, dann der der Wiener Arbeiterinnen; ferner zu Brüx, Hallein, in Hof, Heinersdorf, Herzogenburg, Odrau, Deutsch-Feistritz, Eibenberg, Graz, Klagenfurt, Lichtenstadt, Münzhofen, Pottenstein, Reichenau, Steyr, Trinkseifen, Wiener-Neustadt und Zell a. d. Ybbs.

Weiter wurden gegründet:

Der Arbeiterverein in Johannisberg,
„ Bauarbeiterverein in Graz,
„ Bergarbeiterverein in Dux,
„ Leseverein „Einigkeit“ in Neundorf,
„ Manufacturarbeiterverein in Bielitz,
Der Schneiderverein in Graz,
„ „ „ Salzburg,
„ Steinmetzverein in Stroschwitz,
„ Fächertischlerverein in Wien,
„ Tapeziererverein in Wien,
„ Gürtlerverein in Wien,
„ Leseverein der Dreher und
„ Malerverein in Klösterle,
„ Arbeiterleseverein in Engelsberg,
„ allgemeine Arbeiterleseverein in Mährisch-Kromau, Kaaden, Reinfeld und Trofaisch.

Von besonderer Bedeutung ist der Verein der Metallarbeiter in Wien, dessen constituirende Versammlung am 30. November stattgefunden hat, und vor allem der politische Arbeiterverein „Gleichheit“ in Wien, welcher am 29. November seine erste Versammlung abgehalten hatte.

Letzterer Verein ist an die Stelle des am 15. Mai 1889 auf Grund der Verordnung des Gesammtministeriums vom 30. Jänner 1884, R. G. Bl. Nr. 15, beziehungsweise §. 6, lit. a des Gesetzes vom 5. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 66, in seiner Thätigkeit sistirten politischen Arbeitervereines „Wahrheit“ getreten. Die Wahl der Vereinsleitung ergab, dass der Obmann, die beiden Stellvertreter und sämmtliche Ausschüsse des Vereines der Parteileitung in Wien als Mitglieder angehören.

Den Schwerpunkt der neuen Organisation bildeten die **Arbeitertage,** von denen die der Schuhmacher, Tischler, Drechsler und Hutmacher am 7. und 8. September in Wien, die der Textilarbeiter am 1. und 2. November in Brünn und die der Bauarbeiter an denselben Tagen in Prag, weiters die der Bergarbeiter und Bäcker am 7. und 8. December in Wien und endlich die der Gerber, Metallarbeiter und der Porzellan-, Glas-, Email- und verwandten Maler am 26., 27. und 28. December in Wien, beziehungsweise in Brünn stattgefunden haben.

Da die Abhaltung des Gärbertages in Wien wegen Aufstellung einer den Thatbestand nach §. 300 St. G. begründenden Resolution im Grunde des §. 6 des Versammlungsgesetzes durch die k. k. Polizeidirection untersagt worden war, so wurde von den Faiseurs an Stelle des Gärbertages, der auf geladene Delegirte und Gäste hätte beschränkt sein sollen, eine freie Rothgärberversammlung einberufen, welche von der Wiener k. k. Polizeidirection unter der Beschränkung, dass nur Rothgärber an der Versammlung theilnehmen dürfen, zugelassen wurde. Der Zweck der mit diesen Verbandstagen erreicht werden sollte, respective noch erreicht werden soll, ist folgender:

Die socialistische Partei hat als eines der wichtigsten Mittel zur Durchführung ihrer vielfach gegen die gesellschaftliche Ordnung gerichteten Forderungen in der umsichtigen Inscenirung ausgebreiteter Strikes erblickt und im Verfolge dessen ihr nächstes Ziel dahin gerichtet, eine mehr einheitliche und stramme Organisation der gesammten Arbeiterschaft herbeizuführen, da nach ihrer Ansicht ein Erfolg der Strikes wesentlich davon abhängig ist, dass dieselben nur über Bestimmung der Centralleitung der Partei und nicht zur unrechten Zeit, nicht ohne die erforderliche Vorbereitung und nicht ohne voraussichtlich ergiebige Unterstützung der Genossen eingeleitet werden.

Um aber diese einheitliche Organisation anzubahnen, wurden eben mit möglichster Ausnützung des Vereins-, Versammlungs- und Coalitionsrechtes an verschiedenen Orten Österreichs Congresse verschiedener Zweige von Arbeitern unter Theilnahme von Delegirten der Arbeiter-

vereine aus den einzelnen Kronländern veranstaltet und wurde auf denselben die Gründung möglichst vieler Fachvereine (Gewerkvereine) angeregt.

Der Parteileitung schweben die mächtigen englischen Gewerkschaftsvereine (Trades Unions) vor, welche in Arbeitsausständen so große Erfolge erzielt hatten.

Der Zweck dieser Gewerkschaftsorganisation ist daher kein anderer, als einen local gegliederten aber einheitlichen, die ganze Monarchie umfassenden Verband aller Arbeiter des Gewerbes, mit Zweigen für jedes Kronland oder jedes größere Productionsgebiet und mit Filialen oder Zahlstellen für kleinere Orte zu schaffen, damit bei Strikebewegungen eine gewisse Gegenseitigkeit der Arbeiter der einzelnen Zweige platzgreife, so dass der Ausstand des einen Gewerbes durch die Organisation der anderen Arbeiterbranchen materiell unterstützt werde. Bevor aber diese weitverzweigte Organisation zustande kommt, sollen die schon bestehenden Fachvereine zu einem Verband zusammengeschlossen werden, welcher gleich den Gewerkschaften selbst die Gründung eines Fonds zur Unterstützung der Arbeitslosen und von Widerstandskassen ins Auge zu fassen hätte.

Die „ungelernten" Arbeiter und die Frauen sollen in diese Organisation einbezogen werden. Bemerkenswert ist der eine leitende Hand in der ganzen Bewegung bekundende Umstand, dass alle „Verbandstage" fast Ein Programm, ein und dieselbe Tagesordnung aufgestellt hatten, dass auf allen „Tagen" beschlossen wurde, den Kampf um die Revision der Gewerbeordnung im Sinne des Achtstundentages weiter zu führen und auf allen „Tagen" weiter beschlossen wurde, dass die Fachpresse dadurch wirksam gemacht werden soll, dass der Bezug des Blattes für die Mitglieder der Organisation obligatorisch gemacht wird.

Die schon im Jahre 1889 wahrnehmbare Spaltung in der Partei hat zwar während der viermonatlichen Haftdauer des Parteiführers Dr. Victor Adler, das ist vom 21. Februar bis 21. Juni 1890, zeitweilig sich vertieft, doch haben mehr persönliche als fachliche Differenzen einige Führer von einander getrennt und hat schließlich Dr. Adler wieder die Zügel in die Hand genommen.

Unter seiner Führung gingen die österreichischen Delegirten zum Congress der deutschen Socialdemokratie nach Halle a. d. S. und er referirte — gleichwie im Jahre 1889 auf dem Pariser internationalen Socialistencongresse — auf diesem Congresse über die Parteiverhältnisse in Österreich, während sich die beiden anderen Delegirten Rudolf Pokorny und Rudolf Hanser in untergeordneten Rollen dort einführen mussten.

Die „Verbandstage" waren mit Ausnahme des Gärbertages sämmtlich auf geladene Gäste beschränkte Versammlungen, sie waren von einer verhältnismäßig großen Zahl von Delegirten beschickt und lieferten einen Beweis der rastlosen Agitationen und Opferwilligkeit der Genossen.

Bei den Schuhmachern waren 54 auswärtige Delegirte aus 34 Orten in 10 Kronländern erschienen, dazu 25 Delegirte aus Wien. Bei den Tischlern waren 27 auswärtige Delegirte aus 18 verschiedenen Orten. Bei den Drechslern waren 17 Provinzorte, dazu Deutschland und Rumänien durch Delegirte vertreten. Am Textilarbeitertage waren 101 Delegirte, bei dem Bergarbeitercongresse 67 Vertreter erschienen; der Metallarbeitertag war von 119, der Gärbertag von 24 auswärtigen Delegirten und der Congress der Arbeiter der keramischen Branche von 13 Delegirten beschickt. Am schwächsten war die Betheiligung bei den Hutmachern, am stärksten bei den Bäckern, hier weniger von Delegirten, als von Gästen.

Die Resolutionen waren überall ähnlichen Inhaltes und betrafen: Die Strikeorganisation mit der Abzielung auf den Achtstundentag; das Genossenschaftswesen und die Gewerkschaftsorganisation. Außer den eben erwähnten „Verbandstagen" der Arbeiter und der noch früher erwähnten „Brünner Conferenz" fanden noch zwei Conferenzen statt, welche füglich als „Landesconferenzen" bezeichnet werden können. Die erstere dieser beiden Conferenzen wurde zu den Pfingstfeiertagen zu St. Veit a. d. Glan abgehalten, zu welcher Popp und Pokorny von Wien abgesendet wurden, um die Organisation im Lande Kärnten einzuführen und vor allem die von „unberufener" Seite beabsichtigte Gründung eines Arbeiterblattes dortselbst für die Alpenländer hintanzuhalten.

Die zweite Landes-Arbeiterversammlung für Tirol und Vorarlberg wurde von den Arbeiterführern Ignaz Leimgruber, Ignaz Saska, Eduard Protiva, Eduard Willomitzer, Michael Zelger, Franz Stephan und Mathias Rodlbuck für den 28. September nach Telfs in Tirol einberufen.

Der Zweck der Einberufung war eine strammere Organisation nach dem Programme und den Principien des Hainfelder Parteitages zu schaffen und Erfolge zu erringen. Die Einberufer hatten folgende Tagesordnung aufgestellt: 1. Allgemeines über Arbeiterbewegung. 2. Organisation in politischer Hinsicht. 3. Parteipresse. 4. Gewerkschaftswesen. 5. Freie Anträge. Es hatten auch Delegirte der Arbeitervereine aus Wien, Graz, Linz, Innsbruck, aus mehreren Orten Vorarlbergs und Vertreter der Presse theilgenommen.

Der Herausgeber der „Arbeiter-Zeitung" in Wien Rudolf Pokorny und Resel aus Graz, als Vertreter des „Arbeiterwille", waren als Gäste erschienen. Sämmtliche Theilnehmer an der Versammlung waren mit auf Namen lautenden Eintrittskarten versehen. Leiter der von 135 Delegirten besuchten Versammlung war der Colporteur Ignaz Saska. Es wurde die Gründung von neuen Vereinen, insbesondere eines für das ganze Kronland, beschlossen, von der Gründung eines Blattes für Tirol und Vorarlberg vorläufig abgesehen und der in Graz erscheinende „Arbeiterwille" als Organ der Alpenländer erklärt. Weiters wurde die Gründung von gewerkschaftlichen Landesverbänden beschlossen, und es wurden mehrere Resolutionen, darunter auch eine bezüglich des allgemeinen directen Wahlrechtes, angenommen.

Die Südtiroler Genossen ersuchten um materielle Hilfe zum Zwecke der Organisirung der italienischen Arbeiter zur Gründung von Arbeitervereinen und Fachorganisation in Trient.

Auch in Galizien hat sich durch die in den letzten Monaten des Berichtsjahres erfolgte Organisation der Arbeiterpartei ein bedeutsames Ereignis vollzogen. Die erste größere That der neuorganisirten Partei war die Einberufung einer Versammlung in Angelegenheit des allgemeinen Stimmrechtes. Die socialdemokratischen Redacteure Mankowski und Daniluk waren die Leiter, der ruthenische Socialist Pawlik brachte die Zustimmungserklärungen von den ruthenischen Bauern und Diamant versicherte, dass die jüdischen Arbeiter sich mit den Bestrebungen der Partei vollständig solidarisiren. Er beantragte die Resolution an Dr. Kronawetter abzutreten. Ein charakteristisches Merkmal dieser Versammlung war die Anwesenheit einiger Damen, Frauen von Banquiers und Fabrikanten. Nicht unerwähnt darf bleiben, dass ein geringer Theil der akademischen Jugend

socialistischen Tendenzen zuneigt. Es ist dies besonders der Fall an den Hochschulen in Krakau und Lemberg und an der Wiener Hochschule; hier waren es besonders einige Mitglieder des behördlich aufgelösten „Österreichischen Studentenvereines". Dieser Verein, der zur Bekämpfung jedes nationalen und confessionellen Zwistes und zur Hochhaltung des Österreicherthums im April 1889 ins Leben gerufen wurde, gravitirte aber schon nach kurzem Bestande zum demokratischen Princip hin und hat endlich unter österreichisch-patriotischer Maske socialistische Propaganda betrieben. Die Vereinsleitung stand im Verkehr mit den hiesigen socialistischen Parteiführern, mit dem Arbeiterbildungsvereine in London und Arbeitervereine „Circolo radicale" in Rom etc. und es traten einige Mitglieder desselben, namentlich Hermann Kadisch, dann Heinrich Seidl und ein gewisser Rubin durch ihre agitatorische Thätigkeit hervor. Ebenso ist auch das Erscheinen einiger Hochschüler, besonders russischer Provenienz, auf der constituirenden Versammlung des politischen Arbeitervereines „Gleichheit" aufgefallen. Die „Frauenbewegung" äußerte sich durch Gründung des „Arbeiterinnenbildungsvereines", welcher Sonntags, 26. Juni Nachmittags im Saale „zum goldenen Luchsen" in Neulerchenfeld die constituirende Versammlung abhielt.

Der Verein fußt auf socialdemokratischen Grundsätzen und hat sich die Förderung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder zur Aufgabe gesetzt. Er erstreckt seine Thätigkeit auf den Wiener Polizeirayon und zählt gegenwärtig 120 Mitglieder, durchwegs Arbeiterinnen.

Von sonstigen Vorfallenheiten auf socialistischem Gebiete erscheinen noch folgende Ereignisse der Erwähnung wert:

Die 25jährige „Lassalle-Gedenkfeier" hat in mehreren Orten der österreichischen Monarchie stattgefunden, an keinem Orte jedoch war sie von irgend einer größeren Bedeutung. In Wien fand sie wie im Vorjahre am Sterbetage Lassalle's im Brauereigarten in Liesing in der Nähe von Wien statt; in Innsbruck wurde vom Allgemeinen Bildungsverein in Adamsbräu eine Gedenkfeier veranstaltet und ebenso von einer Anzahl Parteigenossen in Triest, bei welcher bezügliche Reden in deutscher, italienischer und slovenischer Sprache gehalten wurden.

Aus Anlass des Erfolges bei den Reichsrathswahlen in Deutschland wurden in einem Locale des Etablissements Schwender in Fünfhaus bei Wien von den Wiener Parteiführern eine Siegesfeier veranstaltet, welche ebenso wie die Feier am 28. September 1890 bei der „schönen Schäferin" im VI. Bezirke aus Anlass des Erlöschens des Socialistengesetzes in Deutschland nur auf geladene Gäste beschränkt, ohne weitere Bedeutung war.

Bemerkenswert war die in den ersten Tagen des Monats October in der Gemeinde Albrechtsdorf bei Tannwald in Böhmen erfolgte Wahl für die Gemeindevertretung, bei welcher eine Anzahl von Socialdemokraten in dieselbe gewählt worden ist.

Am Neujahrstage des Berichtsjahres fand im Wiener allgemeinen Krankenhause das Leichenbegängnis des confessionslos gewesenen Socialisten Josef Winter statt, zu welchem viele Socialisten als Leidtragende erschienen waren und der bekannte Anarchist Michael Hruschka Namens der „Volkspresse" einen Kranz mit rothen Schleifen auf den Sarg gelegt hatte, von welchem er die Entfernung des Kreuzes verlangte. Er that dies in solcher Weise, dass er später vom Wiener Landesgerichte wegen Gotteslästerung zu 10 Monaten schweren Kerkers verurtheilt wurde.

Unter sehr lebhafter Betheiligung fand am 2. März das Leichenbegängnis des Arbeiterführers Michael Kappauf in Graz statt. Mehr als 100 Kränze kamen von socialistischer Seite, darunter von Wien, Leoben und Innsbruck.

Am 9. April ist zu Meran der polnische Socialrevolutionär Felix Daszynski, dessen im vorjährigen Berichte bei der Darstellung der Züricher Bombenaffäre erwähnt wurde, an der Schwindsucht gestorben. Er war der Verfasser der Broschüre „Am Pranger" und war noch kurz vor seinem Ableben an der Ausarbeitung der Studie „Psychologie der Massen" beschäftigt.

Die „Propaganda der That" hat auch im vergangenen Jahre in Österreich keine Erfolge aufzuweisen gehabt. Es haben zwar in der letzten Woche des Monats August in Triest vier Petardenwürfe stattgefunden, wovon einer im Polizeidirectionsgebäude erfolgt ist und einer mit tödtlichem Ausgange begleitet war. Es ist jedoch nicht constatirt, dass die That auf anarchistische Motive zurückzuführen ist. Die städtische Delegation in Triest hat bekanntlich einen Tadel gegen die Petardenwerfer in öffentlicher Sitzung ausgesprochen; der Ausschuss des dortigen Arbeiterunterstützungsvereines „Unione operaja Triestina" nahm in seiner Versammlung vom 4. September 1890 folgenden Antrag seines Ausschusses an:

„Die „Unione operaja" schließt sich dem von der städtischen Delegation gegen die Petardenwerfer ausgesprochenen Tadel an, bezeichnet solche Acte als infam und unpatriotisch und gibt der Überzeugung Ausdruck, dass weder der moralische noch materielle Urheber solcher Schandthaten der Arbeiterclasse angehören."

Der durch seine anarchistischen Umtriebe in Triest bekannte absolvirte Handelsakademiker Luigi Voghera kam nach mehrjähriger Abwesenheit am 25. December 1889 mittelst Lloyddampfer von Venedig wieder in Triest an und begann alsbald seine agitatorische Thätigkeit vom neuen. Da er hiedurch bewies, dass derselbe mit seinen alten Gewohnheiten und Principien noch nicht gebrochen hat und zu befürchten stand, dass er sich zu andern, noch gefährlicheren Agitationen hinreißen lassen werde, wurde er als Ausländer im Grunde des §. 2 des Gesetzes vom 27. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 88, aus sämmtlichen im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern abgeschafft. Bei der protokollarischen Einvernahme bekannte er sich offen als „Anarchist".

Die im Laufe des Jahres 1890 vorgekommenen Entwendungen von Sprengmittelstoffen, dürften nicht zu anarchistischen Zwecken, sondern in gewinnsüchtiger Absicht erfolgt sein. So der größere Diebstahl von Dynamit aus dem Magazine der Etschregulirung bei Serra St. Giorgio in Lavis (Trient), dann von Janit aus dem Sprengmittelmagazine der k. k. Leitung der Wildbachverbauung in Edlitz, dann von Meganit am 16. August zum Nachtheile der Bauunternehmung Peter Kraus in Eisenerz und endlich der von Dynamitpatronen am 4. October aus dem Sprengmitteldepot der Bauleitung Cavalese zu Cadine.

Die Anwendung der **Ausnahmsverordnung** fand auch im vergangenen Jahre nur in den zwingendsten Fällen statt:

Es wurden ein Individuum ausgewiesen, bei einem Individuum die ertheilte Rückkehrbewilligung wegen Rückfalles annullirt und von bisher Ausgewiesenen wurde 6 Personen die Rückkehrbewilligung ertheilt.

Ungarn.

Die Bewegung der ungarländischen Arbeiterpartei wird gegenwärtig von einem Zwölfer-Comité geleitet, in welchem zur Zeit Dr. Sigismund Csillag, Jakob Kürschner, Paul Gabriel Engelmann und Adolf Kiss, welch' beide letztere erst im verflossenen Jahre dem Comité beigetreten sind, Faiseursrollen innehaben. Die ungarländische Parteileitung hatte bis Mitte 1889 ohne ein ausgesprochenes Programm gewirkt und eine laxe Agitation localer Natur entwickelt, welche Umstände die Wiener Arbeiterpartei veranlasst hatten, die ungarländische Parteileitung heftig zu bekämpfen und deren Wirken als mit den Principien der socialdemokratischen Partei nicht im Einklang stehend hinzustellen.

Die hiedurch entstandenen Misshelligkeiten zwischen der ungarländischen und der Wiener Partei wurden in der über Anregung der Wiener Parteileitung am 15. September 1889 in Pressburg abgehaltenen Parteiconferenz, bei welcher von Wien Dr. Adler, Popp und Pokorny, von Budapest Dr. Csillag, Ihrlinger und Kürschner anwesend waren und zu welcher seitens der Wiener Parteileitung auch Paul Gabriel Engelmann geladen worden war, beigelegt. In dieser Conferenz wurden der ungarländischen Parteileitung und insbesondere Ihrlinger, wegen nicht entsprechender Führung der Arbeiterpresse heftige Vorwürfe gemacht und der Parteileitung vorgeworfen, dass sie, anstatt die Organisation der Arbeiterclasse durchzuführen, zur Rolle der Schleppträger der parlamentarischen Parteien sich hergebe, welche Parteien ihrem Ermessen nach die Arbeiterclasse ignoriren. Bei dieser Gelegenheit wurde ausgesprochen, dass diese Zusammenkunft aus dem Grunde angestrebt wurde, um die alten Feindseligkeiten zwischen der Arbeiterclasse einzustellen, die alten malcontenten Gesinnungsgenossen wieder zusammenzubringen und auf die in Budapest wohnhaften mit dem Socialismus vom wissenschaftlichen Standpunkte aus sich befassenden Genossen ein Augenmerk zu richten. Auch hat unter anderem Dr. Adler besonders hervorgehoben, dass die Wiener Partei die ungarländische Partei nicht beeinflussen oder in ihrer Unabhängigkeit beschränken wolle, aber sie erwarte, dass dieselbe auf Grundlage des Programmes der internationalen Arbeiter in Hinkunft wirken werde. Zum Schlusse fand zwischen den Faiseuren beider Parteileitungen eine Versöhnung statt und die ungarländische leistete das Versprechen, dass sie die Brüderfehde aufgeben und die Arbeiterbewegung vom neuen zu consolidiren trachten werde.

Die ungarländische Parteileitung scheint die ihr seitens der Wiener Parteileitung ertheilte Lehre beherziget zu haben, wofür der Umstand spricht, dass dieselbe die 1. Mai-Arbeitermanifestation im internationalen Sinne vorbereitet, organisirt und arrangirt hat, bei dieser Gelegenheit, bei den Consequenzen dieser Manifestation, ein socialdemokratisches Vorgehen beobachtet, sich mit der Aufstellung eines Parteiprogrammes beschäftigt und für den Parteitag der ungarländischen Arbeiterpartei in Budapest am 7. und 8. December 1890 eine solche Tagesordnung aufgestellt hat, welche dem Programme der österreichischen socialdemokratischen Arbeiterpartei am Parteitage zu Hainfeld am 30. und 31. December 1888 und 1. Jänner 1889 respective der Principienerklärung dieses Parteitages entsprochen hat.

Die Agitation der ungarländischen Parteileitung erstreckt sich in letzterer Zeit auf die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation und in dieser Richtung entwickelt insbesonders Paul Gabriel Engelmann, welcher das deutsche Centralorgan der ungarländischen Arbeiterpartei redigirt und welcher in der socialistischen Propaganda bisher den radicalen Standpunkt vertreten, respective dieser Richtung sich zugeneigt hat, eine große Thätigkeit.

Bezüglich der Entfernung Anton Ihrlinger's aus der Leitung der allgemeinen ungarländischen Arbeiterpartei wird noch unter Hinweis auf die das Jahr 1889 betreffende Darstellung über diesen Gegenstand Folgendes bemerkt: Ihrlinger hat einerseits durch sein persönliches Gehaben, indem er sich in der Partei eine dominirende Stelle verschaffte, sich als Eigenthümer der eigentlich das Eigenthum der Partei bildenden Buchdruckerei hinausspielte, sich sehr dem Trunke ergab und demzufolge seine Obliegenheiten sehr vernachlässigte, in der Partei sich missliebig gemacht, respective Reibereien, Misshelligkeiten und Feindseligkeiten hervorgerufen, anderseits durch die, den Tendenzen der Partei nicht entsprechende Haltung des durch ihn redigirten Parteiorganes zur Unzufriedenheit bei den leitenden Kreisen Anlass gegeben. Die Parteileitung hat demzufolge Ihrlinger mehrmals aufgefordert, von der Leitung des Blattes zurückzustehen und nachdem er sich hiezu nicht geneigt fühlte, auf denselben unter dem Eindrucke der oberwähnten Pressburger Conferenz einen solchen moralischen Druck ausgeübt, dass er auf die Redacteursstelle, sowie auf die Stelle als Ausschussmitglied bei der Allgemeinen Arbeiterkranken- und Invalidenkasse resignirte.

Zu letzterem Schritte zwang ihn seine, ob seines persönlichen Gehabens entstandene heftige Verfeindung mit Rauchmaul, dem Präses des erwähnten Ausschusses. Später hat die Parteileitung, nachdem gegen Ihrlinger der Verdacht aufgetaucht ist, bei der Leitung der Buchdruckerei keine reinen Hände zu haben, welcher Verdacht dadurch entstanden sein soll, dass Ihrlinger von Paris, mit seinen materiellen Verhältnissen nicht im Einklange stehende Geschenke mitgebracht hat, beschlossen, Ihrlinger auch von der Stelle als Leiter der Buchdruckerei, mit welcher ein Wochengehalt von 25 fl. verbunden war, zu entfernen und wurde diesbezüglich der friedliche Weg eingeschlagen.

Nachdem aber Ihrlinger eine ihm angebotene Abfertigung von 45 fl. monatlich abgelehnt hat und mit der Motivirung, dass er zwanzig Jahre im Dienste der Partei gestanden ist, zuerst 1200, dann 500 Gulden Abfertigung forderte und sogar dahin sich äußerte, dass die Buchdruckerei sein Privateigenthum sei und über dieselbe ihm allein das Verfügungsrecht zusteht und dass er dieselbe seinerzeit den Arbeitern testamentarisch vermachen werde, ist ein weiterer Schlag gegen ihn dadurch geführt worden, dass ein Dreier-Comité gewählt wurde, mit der Aufgabe, die Inventarisirung der das Parteivermögen bildenden Buchdruckerei vorzunehmen.

Bei dieser Revision stellte es sich heraus, dass Ihrlinger bei der Leitung der Buchdruckerei ein fraudulöses Gebaren sich seit dem Jahre 1885 zuschulden kommen ließ, und dass allein bei denjenigen Arbeiten, welche für die allgemeine Arbeiterkranken- und Invalidenkasse geliefert wurden, ein Manco von beiläufig 3000 fl. entstanden ist.

Hierauf wurden mit Ihrlinger die weiteren Verhandlungen abgebrochen, er von seiner Stelle suspendirt und ihm das Parteilocal verboten.

Ihrlinger hat dann der Partei wegen Verletzung des Eigenthumsrechtes mit einem Processe gedroht und diesfalls auch Schritte gethan, worauf die Parteileitung

gegen denselben wegen fraudulosen Gebarens und Veruntreuung bei der königlichen Staatsanwaltschaft in Budapest die Strafanzeige erstattet hat.

Nach dem Ausschlusse aus der allgemeinen ungarländischen Arbeiterpartei hat sich Ihrlinger an die Spitze der aus zumeist malcontenten und radicalen Elementen constituirten Opposition gestellt und sich auf eine heftige Fehde gegen die ungarländische Arbeiterpartei gerüstet, inmitten welchem Wirken ihn aber am 30. October 1890 der Tod ereilt hat.

Zur richtigen Beurtheilung der durch Ihrlinger bei der ungarländischen Arbeiterpartei innegehabten Stellung erscheint nothwendig hier noch zu erwähnen, dass Ihrlinger im Jahre 1875, drei Jahre nach Gründung der allgemeinen Arbeiterkranken- und Invalidenkasse, anlässlich der Aufstellung der Buchdruckerei, deren Kosten von einem, von Dr. Josef Grünhut, dem Financier der Partei, erhaltenen Darlehen in der Höhe von 1400 fl. ö. W. bestritten wurden, seitens der Partei mit der Leitung der Buchdruckerei und Verwaltung des Parteivermögens unter der Aufsicht eines Überprüfungscomités betraut wurde.

Bei dieser Gelegenheit wurden, um das Parteivermögen gegenüber den Rechtsfolgen eventuell der Partei anhängig gemachten Pressprocesse zu sichern, Ihrlinger, Ferenczy und Juner als Eigenthümer der fraglichen Buchdruckerei protokollirt, dieselben mussten aber der Partei eine Gegenerklärung ausstellen, in welcher sie zugaben, dass sie nie einen Heller zur Aufstellung der Buchdruckerei beigetragen und an die Druckerei keine, welch' immer geartete Ansprüche haben.

Die Nummer 26 der „Arbeiter-Wochenchronik" hat noch bei Lebzeiten Ihrlinger's in einem Artikel, in welchem besprochen wurde, dass die Leitung der ungarländischen Arbeiterpartei Ihrlinger „traurigen Angedenkens" von seinen Functionen enthoben habe, nicht angestanden, zu erklären: „Es war hohe Zeit, dem die Arbeiterbewegung schädigenden und compromittirenden Treiben dieses Subjectes ein Ende zu machen. . . ."

Die Oppositionspartei hinwieder ließ durch ihr Organ „Die Reform" die ganze Niedertracht erklären, welcher sich die ungarländische Arbeiterpartei und speciell das Organ derselben „Die Arbeiter-Wochenchronik" durch Besudelung ihres früheren Herrn und Meisters schuldig gemacht habe. Der Kampf zwischen beiden Organen wurde am heftigsten im Monate Juni geführt.

Wie aus der bisherigen Darstellung sich ergibt, haben auch in Ungarn die Beschlüsse des Pariser internationalen Socialistencongresses Früchte gezeitigt, in einem Lande, in welchem bisher die „Bewegung" so gut wie gar keine Fortschritte gemacht hatte.

Nach der Pressburger Conferenz begann es sich zu regen. Nach dem Gange der Dinge in Österreich folgte ein Strike auf den anderen und das „Solidaritätsgefühl" begann sich in Ungarn herauszubilden wie früher niemals. Dies zeigte sich ebensowohl in der Siegesfeier über den Ausgang der deutschen Reichsrathswahlen, als auch in der materiellen Hilfeleistung, welche die ungarländische Partei ausländischen Ausstandscomités zutheil werden ließ.

Der Beginn der neuen Ära trat aber so eigentlich recht hervor mit der Gründung der vielen Arbeiterbildungs- und Gewerkschaftsvereine und der Vermehrung der Arbeiterpresse, welche in Ungarn ganz bedeutend war, wenn sie auch nach beiden Richtungen hin nicht einmal annähernd mit der Bewegung in Österreich verglichen werden kann.

Auch in Ungarn hat die Idee vom internationalen Arbeiterfeiertage allerorts Anklang gefunden und wurde die Maidemonstration überall dort, wo die Industrie in den Vordergrund tritt, abgehalten.

Wie in Österreich, war auch in Ungarn die Strikebewegung unmittelbar vor und nach dem 1. Mai am stärksten. Von allen Ausständen war der der Bäcker in Budapest am 2. Mai der bemerkenswerteste, weil er einerseits zehn Tage währte und anderseits durch den Umstand hervortrat, dass die 800 strikenden Gehilfen während der ganzen Zeit des Ausstandes auf der Neupester Insel campirt hatten.

Der schon im Vorjahre erwähnte Angriff der Opposition auf die allgemeine Arbeiterkranken- und Invalidenkasse wurde im Laufe des Berichtsjahres neuerlich fortgeführt, am heftigsten in der „Reform".

Das Blatt schrieb in der Nummer 15 am 19. Juli, dass es den Kampf gegen die Krankenkasse-Herren, die nur nebenbei Socialisten sind, beginnen werde mit der Absicht, die bereits morsche, in Verruf stehende Burg — eigentlich mehr ein Raubnest — zu demoliren.

Aus der großen Zahl der im Berichtsjahre in Ungarn abgehaltenen Versammlungen ist jene am 30. März in Pressburg abgehaltene Arbeiterversammlung von Interesse, welche die größte war, die bisher in Pressburg abgehalten worden ist. Der Palffy-Saal war in allen seinen Räumen gedrängt voll, es waren mindestens 2000 Personen, die Einlass gefunden hatten, viele aber mussten im Freien verbleiben.

Die Versammlung verdient deswegen Erwähnung, weil dort mehr für die Arbeiterorganisation geschehen ist, als in allen früheren Versammlungen und in der ungarischen Arbeiterpresse vorher.

Hauslitschek hielt den Vortrag über die Nothwendigkeit der Arbeiterorganisationen, über Gewerkschaftsgründungen und über die Vereinigungen von Gewerkschaften. Sein Vortrag war in ungarländischen Arbeiterblättern wiederholt Grundlage von Agitationsaufsätzen.

Eine zahlreich besuchte Arbeiterversammlung fand am 22. Juni in Budapest statt. Diese Versammlung ist deshalb erwähnenswert, weil erstlich in derselben eine Resolution des Inhaltes gefasst wurde, vom Reichstage die Einführung des allgemeinen directen geheimen Wahlrechtes zu verlangen.

Die Versammlung bot auch noch Sonstiges von Interesse. So sprach Hallo gleich zu Anfang vom Servilismus der ungarischen Parteiführer, welche im Solde der Regierung stünden, wofür er einfach zur Thüre hinausgeworfen wurde. Ein anderer Arbeiter, Max Hajdoska, warnte wieder vor den Scandalmachern, welche bezahlt seien, um Scandal zu machen.

Eine dritte große Versammlung hat in Budapest am 14. September stattgefunden, in welcher Kürschner und Engelmann über die Lage der arbeitenden Bevölkerung und über die Presse sprachen.

Am 5. October erschien die „Arbeiter-Wochenchronik" zum erstenmal unter dem Titel „Donau-Wacht". Die Titeländerung wurde aus dem Grunde vorgenommen, um durch dieselbe die Einschmuggelung des Blattes nach Österreich zu ermöglichen, weil der „Arbeiter-Wochenchronik" der Postdebit entzogen war.

Nachdem aber durch das hohe k. k. Ministerium des Innern auch die Entziehung des Postdebits für das Organ unter dem neuen Namen „Donau-Wacht" erfolgt war, fiel der Grund der Abänderung des Titels weg und

vom 16. November ab erschien das Organ der ungarländischen Arbeiterpartei wieder unter dem alten Titel „Arbeiter-Wochenchronik“.

Eine neue Erscheinung ist mit der obigen Titeländerung verknüpft. Der Agrarstaat und die planlose Verwendung der spärlichen Geldmittel haben die Socialdemokratie bislang in Ungarn nicht aufkommen lassen. Es hat bisher in Ungarn an einen Agitationsfond gänzlich gefehlt. Erst am 5. October ist die Redactionsleitung an die Parteigenossen mit der Aufforderung herangetreten, einen Agitationsfond zu gründen, dessen Verwendung sich die Redaction ganz allein vorzubehalten gedenkt.

Die am Schlusse des die Bewegung in Ungarn im Jahre 1889 betreffenden Berichtes für Ostern 1890 in Budapest in Aussicht gestellte Landes-Arbeiterconferenz ist infolge mannigfacher Umstände spät realisirt worden. Erst am 18. October erließ die Redaction der ungarländischen Arbeiterblätter einen Aufruf an die Arbeiterpartei, „die hundertmal geschlagen, aber nie besiegt worden ist“, in welchem sie ausführte, dass durch den im Jahre 1889 in Paris stattgehabten Arbeitercongress auch die Socialdemokraten Ungarns aufgerüttelt worden seien, dass am 1. Mai 1890 zum erstenmale die herrschende Gesellschaft die dröhnenden Schritte der heranmarschirenden Arbeiterbataillone zu hören bekam und dass hiemit die erste Feuerprobe glücklich überstanden sei.

Unter Einwirkung dieses mächtigen Ereignisses seien immer dringlichere Wünsche laut geworden, es möge dem classenbewussten ungarischen Proletariate Gelegenheit geboten werden, zu einer Reihe von wichtigen Fragen Stellung zu nehmen.

Zu diesem Zwecke haben sich die Führer der ungarischen Arbeiterpartei entschlossen, für die Tage vom 7. und 8. December einen öffentlichen Parteitag der socialdemokratischen Arbeiterpartei Ungarns einzuberufen, haben aber in der That denselben als Landes-Arbeiterconferenz mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Bericht über den Stand der Arbeiterbewegung.
2. Principienerklärung der ungarländischen Socialdemokratie.
3. Die politische Stellung der Arbeiter und die politischen Rechte.
4. Stellung der Arbeiter zur sogenannten Socialreform.
5. Die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter.
6. Die Parteipresse.
7. Gewerkschaftliche Organisation.
8. Die Volksschule.
9. Die Arbeiterkammern.

Auf den ersten Blick ist zu bemerken, dass die Tagesordnung vollständig dem Programme des Hainfelder Parteitages angepasst ist, woraus sich ergibt, dass die ungarländische Bewegung dem Fahrwasser der Wiener Parteibewegung folgt. Mitten in die Zeit der Vorbereitung zu diesem Parteitag fiel eine neuerliche Spaltung der ungarländischen Arbeiterpartei, von der es sich ein Theil nicht nehmen ließ, an der Bekränzung des Märtyrerdenkmales in Arad vom Jahre 1848 theilzunehmen. Diess wurde von der Parteileitung, als den „internationalen“ Grundsätzen nicht entsprechend, gerügt und infolge dessen bereitete die Fraction der Patrioten ihren formellen Austritt aus der allgemeinen ungarländischen Arbeiterpartei vor, um sich zum „ungarischen Arbeiterverbande“ zu constituiren. Ein Theil derselben wollte vorläufig noch nicht so weit gehen und verlangte die Amovirung Dr. Czillags von der Leitung, wozu aber die „Kosmopolitische Fraction“ nicht geneigt war.

Es kam indessen nicht zum vollen Bruche und so ist der Parteitag ungestört und wie das Parteiorgan versicherte, mit einem vollen Erfolge abgehalten worden.

Vorsitzender des Parteitages, auf welchem 87 Delegirte aus Budapest und 35 auswärtige ungarische Delegirte erschienen waren, war Dr. Czillag, welcher in der ersten Sitzung unter andern ein Schreiben des „Petersburger socialistischen Agitationsvereines mehrerer Arbeitsbranchen“ zur Verlesung brachte und besonders herzlich die aus Wien auf dem Parteitage als „Gäste“ erschienenen Rudolf Pokorny und Julius Popp begrüßte.

Berichte über den Stand der Arbeiterbewegung erstatteten Kürschner in ungarischer, Engelmann in deutscher Sprache, ferner Julius Hoffmann aus Kronstadt, Karl Hanslitschek aus Pressburg, Nikolaus Hasenöhrl aus Fünfkirchen, Alois Schrodt aus Arad und Johann Brodnyansky aus Reschitza.

Über die Principienerklärung berichteten abermals Kürschner und Engelmann, welche beide nach kurzer Motivirung folgende Erklärung unterbreiteten:

„Die socialdemokratische Partei in Ungarn erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Race und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtslosigkeit und die Erhebung aus geistiger Verkümmerung.“

Im allgemeinen wurden folgende Grundsätze aufgestellt:

1. Die socialdemokratische Partei in Ungarn ist eine internationale Partei, sie verurtheilt alle Vorrechte und bezeichnet ihren Kampf als international.
2. Zur Verbreitung der socialistischen Idee wird sie die Presse, das Versammlungsrecht u. s. w. voll ausnützen und gegen alle Beeinträchtigungen der freien Meinungsäußerung eintreten.
3. Sie strebt das allgemeine directe und geheime Wahlrecht für alle Vertretungskörper an.
4. Wird von ihr eine ehrliche Arbeiterschutzgesetzgebung und volle Coalitionsfreiheit angestrebt.
5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterclasse wird der obligatorische, unentgeltliche und confessionslose Unterricht in den Schulen gefordert.
6. Ist die allgemeine Volksbewaffnung an Stelle des stehenden Heeres anzustreben.
7. Die socialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen Fragen Stellung nehmen, das Classeninteresse des Proletariates vertreten und der Ausnützung der Arbeiter energisch entgegenwirken.

Szabo aus Erlau stellte den Antrag, dass der Name der Partei in Hinkunft lauten möge: „Socialdemokratische Partei Ungarns.“ Es wurden sodann noch zehn Punkte über Arbeiterschutzgesetzgebung berathen, welche ebenso wie die diesbezüglichen Resolutionen mit den seit den Tagen des Pariser internationalen Socialistencongresses allerorts zum Ausdruck gebrachten Forderungen der Arbeiter im Einklang standen und in erster Linie auf die Erlangung des achtstündigen Normalarbeitstages gerichtet waren.

Am Schlusse des Parteitages stellte Hanslitschek aus Pressburg noch folgenden Antrag:

„Nachdem es nicht ausgeschlossen erscheint, dass die Parteiorgane öfter als einmal wöchentlich erscheinen werden, möge der Titel „Arbeiter-Wochen-Chronik“ von

Neujahr 1891 an umgeändert werden in: „Arbeiterpresse“. Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

In der Begrüßungsrede, welche der aus Wien als Gast erschienene Rudolf Pokorny auf dem Parteitage hielt, erörterte er, dass die Socialdemokraten, die bisher in Ungarn vaterlandslos genannt wurden, jetzt nicht mehr so betrachtet werden können, weil die ungarischen Arbeiter am heutigen Tage die Benennung „Socialdemokratie“ angenommen haben. Hiemit aber sind die Schranken, welche zwischen den österreichischen und ungarischen Arbeitern gestanden sind, gefallen. Die Verbrüderung sei zur Thatsache geworden und er hoffe, dass die österreichischen und ungarischen Socialdemokraten gemeinsam zur Verwirklichung ihres Zieles wirken werden.

Deutschland.

Die deutsche Socialdemokratie hat seit dem Pariser internationalen Socialistencongresse im Jahre 1889 unbestritten die Führung übernommen. Sie ist die bestorganisirte, theoretisch am meisten durchgebildete, politisch mächtigste aller socialistischen Parteien; sie hat die Erkenntnis ihrer Stärke in dem Satze aufgestellt: „Die Befreiung der Arbeiterclasse kann nur durch die Arbeiter selbst erfolgen“, weil von „oben“, „sei es vom Himmel, der Kirche oder den Thronen der irdischen Machthaber“, keine Befreiung kommen kann. Dem Bewusstsein der Stärke der Partei hat der „Socialdemokrat“ vom 28. December 1889 in folgender Weise Ausdruck gegeben: „Wir dürfen es froh aussprechen: die Partei tritt in das neue Jahr stärker ein, als je, denn Niemand ist unter uns, der aus dieser Thatsache die Berechtigung zum Unterbrechen des begonnenen Werkes herleitete, und auf den errungenen Lorbeeren ausruhen zu dürfen glaubte. Der erste große Kampf den das neue Jahr uns bringen wird, ist wahrscheinlich die Neuwahl zum Reichstage.“ Die socialistische Bewegung in Deutschland stand zur Jahreswende unter dem Eindrucke eines großartigen Gerichtsprocesses.

Der Elberfelder Process, der am 30. December 1889 begonnen hatte, unterschied sich von anderen ähnlichen Processen durch die große Zahl der Angeklagten (71) und Zeugen (468), seine lange Dauer (gegen 5 Wochen), das riesige Anklagematerial, sodann dadurch, dass nicht bloß örtliche Geheimverbindungen, sondern die umfassende Centralleitung derselben seitens der Reichsrathsfraction enthüllt werden sollte. Gerade aber in letzterer Richtung vermochte das gewaltige Anklagematerial des Staatsanwaltes dem Gerichtshofe nicht eine völlige Überzeugung beizubringen. Gereinigt von der Anklage sind die Hauptbeschuldigten nicht aus dem Processe hervorgegangen; nur überführt werden konnten sie nicht. Erwiesen aber wurde, dass eine allgemeine, ihre Thätigkeit über ganz Deutschland erstreckende Verbindung zahlreicher Personen zur Verbreitung verbotener Druckschriften bestand und dass das Dasein ungesetzlicher localer Verbindungen vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte. Ein großer Theil der Angeklagten wurde daher wegen Zugehörigkeit zu diesen ungesetzlichen Geheimbünden verurtheilt; die Mitglieder der Reichstagsfraction aber wurden nicht verurtheilt. Dieser Erfolg wurde entsprechend ausgenützt.

Zu Anfang des Jahres wurde in Deutschland ebenso wie allen übrigen Staaten durch Agitatoren als Vorbereitung für die Reichstagswahlen das Verhältnis zwischen dem Arbeitsherrn und seinen Arbeitern vergiftet, Unzufriedenheit, Neid, Missgunst, Hass, Unbotmäßigkeit und alle Regungen niederer Begehrlichkeit, systematisch Opposition und Auflehnung gegen jedwede Autorität in der Arbeiterseele großgezogen.

Ein Beispiel hiezu gaben die Unruhen zu Köpenick. Für Montag den 20. März war in Köpenick — einem Vororte von Berlin — nach dem Saale „Kaiserhof“ eine socialdemokratische Versammlung einberufen worden. Die Versammlung wurde aber nicht gestattet, weil in Köpenick der kleine Belagerungszustand herrschte. Das Verbot hatte eine Erregung unter den Arbeitern hervorgerufen, welche sowohl Dienstag, wie Mittwoch und Donnerstag in Zusammenrottungen vor dem „Kaiserhof“ zum Ausdruck kam. Am letzten Tage fiel es auf, dass die Zahl der Demonstrirenden bedeutend gewachsen war, dass sich unter ihnen nicht in Köpenick wohnende Elemente befanden und dass sich im Gegensatze zur früheren planlosen Demonstration diesmal eine gewisse Organisation kundgab.

Die Leute kamen in geschlossenen Reihen anmarschirt, es wurden Commandorufe wie: „Bataillon halt!“ gehört und befolgt und demgemäß war der Widerstand der Masse den Ordnungsorganen gegenüber ein ernsterer. Es fiel aus der Mitte ein Schuss, ohne Jemand zu verletzen, da zogen auch die Polizisten blank und die Gendarmerie schoss in die Luft. Mittlerweile war in der Muggenheimerstraße der Gendarm Müller hinterrücks mit zwei Schüssen angeschossen worden; er starb hieran, konnte aber doch noch den Namen des Mörders bezeichnen, nämlich den des Tischlers Biene, welcher auch sofort verhaftet worden ist.

Die Aufregung infolge dieses Mordes war eine so große, dass sich der Bürgermeister noch in der Nacht militärische Hilfe aus Frankfurt a. d. Oder erbat und mit dem Anrücken derselben war der Widerstand der aufrührerischen Bevölkerung besiegt. An dem Krawalle nahmen — wie constatirt ist — viele Weiber theil.

Als Ursache der Ruhestörung in Köpenick wurde zwar das Verbot der socialdemokratischen Versammlung angeführt, es lag aber andererseits der dringende Verdacht vor, dass die Ruhestörung von Berlin aus planmäßig angefacht worden sei. Thatsache war, dass viele Berliner Arbeiter zur Zeit der Unruhen in Köpenick waren, an den Unruhen theilgenommen und dieselben zum Theile geleitet haben.

Ein ganz unerwartetes Ereignis trat mit der Publicirung der Kaiser-Erlässe ein.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlichte am 4. Februar 1890 eine kaiserliche Cabinetsordre an den Reichskanzler, welche besagte:

„Der Kaiser ist entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit dies die Grenzen gestatten, welche seiner Fürsorge durch die Nothwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte concurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre Existenz und jene der Arbeiter zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch den Verlust des Absatzes im Auslande würde die Unternehmer und Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Concurrenz begründeten Schwierigkeiten für die Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch eine internationale Verständigung der an dem Weltmarkte betheiligten Länder, wenn nicht überwinden, so doch abschwächen.

Von der Überzeugung durchdrungen, dass auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, diese Bestrebungen einer gemeinsamen

Prüfung zu unterziehen, will der Kaiser, dass die diesseitigen Gesandten in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz amtlich anfragen, ob die dortigen Regierungen geneigt sind, mit uns behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit in Verbindung zu treten, den Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweitig zutage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu meiner Anregung im Principe gewonnen ist, wird der Reichskanzler beauftragt, die Cabinete aller Regierungen, welche an der Arbeiterfrage gleichen Antheil nehmen, zu einer Conferenz behufs Berathung derselben einzuladen."

Der „Reichsanzeiger" veröffentlichte eine weitere Cabinetsordre des Kaisers vom 4. Februar an den Handelsminister, welche besagt, der Kaiser habe bei seinem Regierungsantritt den Entschluss kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, wie sein Großvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Theil des Volkes im Geiste der christlichen Sittenlehre angenommen hat. So wertvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze mir gestellte Aufgabe. Neben dem weiteren Ausbau des Arbeiterversicherungsgesetzes sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabriksarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um auf diesem Gebiete Klagen und Wünschen, soweit sie berechtigt sind, gerecht zu werden. Es sei Aufgabe der Staatsverwaltung, die Zeitdauer und die Art der Arbeit so zu regeln, dass die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen in der Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung sei den Arbeitern der freie, friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden die Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.

Die staatlichen Bergwerke wünsche der Kaiser bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen und für den Privatbergbau erstrebe der Kaiser die Herstellung eines organischen Verhältnisses der Bergbeamten zu den Betrieben behufs einer der Stellung der Fabriksinspectoren entsprechenden Aufsicht, wie dies bis 1889 bestand. Zur Vorberathung dieser Fragen soll ein Staatsrath unter dem Vorsitze des Kaisers und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen, welche der Kaiser berufen würde, zusammentreten. Die Auswahl behalte sich der Kaiser ebenfalls vor."

Die deutsche Socialdemokratie erblickte in den Kaiser-Erlässen, welche ein durchaus neues Programm für die deutsche Socialpolitik enthielten, einen großen Sieg ihrer Sache und sah nun umso hoffnungsvoller den kommenden Reichrathswahlen entgegen. Der socialdemokratische Reichstagsabgeordnete Liebknecht hielt darüber am 13. März vor seinen Berliner Wählern eine Rede, in welcher er unter anderm anführte:

„Die kaiserlichen Erlässe waren ein Schlag ins Gesicht dem Manchesterthum. Es ist nunmehr Pflicht der Socialdemokratie dafür zu sorgen, dass das, was in den kaiserlichen Erlässen versprochen, auch erfüllt wird. Wir acceptiren alles, was die Lage der Arbeiter verbessert, damit aber geben wir unsere Forderungen nicht auf . . . . . das Socialistengesetz wird nun in den Sumpf zurückkehren, aus dem es gekommen ist. Die kaiserlichen Erlässe bedeuten eine Anerkenntnis der socialdemokratischen Forderungen. Allein keine Regierung der Welt, und wäre die Macht noch so groß und der Wille noch so gut, ist im Stande die socialdemokratischen Forderungen zu verwirklichen." Die im ersten kaiserlichen Erlasse vorgesehene internationale Conferenz in Angelegenheit des Arbeiterschutzes trat in der zweiten Hälfte des Monates März in Berlin zusammen.

Die Regierungen der wichtigsten Industriestaaten hatten ihre Betheiligung zugesagt und die Schweiz, welche ein ähnliches Vorgehen schon vor längerer Zeit empfohlen hatte und an dessen Verwirklichung arbeitete, trat zu Gunsten der Berliner Conferenz zurück.

Vertreten waren: Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, England, Frankreich, Spanien, Belgien, die Schweiz, Holland, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Schweden und Portugal.

Die Conferenz beschäftigte sich mit folgenden Punkten:

1. Regelung der Arbeit in den Bergwerken;
2. Regelung der Sonntagsarbeit;
3. Regelung der Kinderarbeit;
4. Regelung der Arbeit jugendlicher Personen;
5. Ausführung der vereinbarten Bestimmungen.

Es wurde eine Reihe von Schutzbestimmungen als „wünschenswert" bezeichnet, die aber die Grenzen der bisherigen Arbeiterschutzgesetzgebung, so wie sie in der Schweiz und in Österreich bereits längere Zeit geltend ist, nicht überschritten hat. In Deutschland bestanden zur Zeit der internationalen Vereinbarung bereits die Unfallversicherung, die Altersversorgung und die Krankenversicherung als Gesetze, während die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit sowie der Nacht- und Sonntagsarbeit eben auf dem Wege der internationalen Conferenz in Angriff genommen wurde.

In Bezug auf die Bergwerksarbeit lautete der Beschluss der Conferenz, es sei wünschenswert, dass die untere Grenze des Alters auf das Ende des 14. Lebensjahres verschoben wird, während für die südlichen Länder diese Grenze auf 12 Jahre festzusetzen sein würde.

In Bezug auf die Regelung der Kinderarbeit schlug die Schweiz und Österreich 14 Jahre als Altersgrenze vor, es wurde aber die Altersgrenze von 12 Jahren angenommen. Einstimmig gelangte der Wunsch zur Annahme, dass Kinder von ungesunden und gefährlichen Beschäftigungen ausgeschlossen, oder nur sehr vorsichtig zugelassen werden sollen.

In Bezug auf die Regelung der Arbeit junger Leute unterschied die Conferenz zwischen jungen Leuten beiderlei Geschlechtes von 14—16 Jahren und jungen Arbeitern von 16—18 Jahren. Erstere sollen weder Nachts, noch Sonntags arbeiten.

Außerdem wurde für diese Arbeiter der Zehnstundentag mit Unterbrechung von mindestens zweistündiger Ruhepause festgesetzt.

Das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit wurde auch für sämmtliche Arbeiterinnen und für diese auch der elfstündige Arbeitstag mit 1½ Stundenpause endgiltig angenommen.

In Bezug auf die Ausführung der vereinbarten Bestimmungen erklärte die Conferenz sich durch keinen Zwang gebunden. Die Berliner Arbeiterschutzconferenz ist nach beinahe vierzehntägiger Dauer am 28. März geschlossen worden.

Ihr Ergebnis entsprach insoferne den gehegten Erwartungen, als sie höchst wertvolle Grundsätze fixirte, namentlich mit Bezug auf die obigen Beschränkungen, die Fabriksinspectoren, die Verhütung von Strikes und die Bildung von Schiedsgerichten etc.

Die socialdemokratische Reichstagsfraction hat ebenfalls einen Arbeiterschutzgesetzentwurf eingebracht, derselbe weicht nur unbedeutend von dem früher unter diesem Titel eingebrachten Antrag ab. Wie dieser schlägt er die Organisation von Arbeitskammern, Arbeitsämtern und eines Reichsarbeitsamtes vor, denen die Überwachung beziehungsweise Ausführung der Vorschriften des Arbeiterschutzes, die Begutachtung aller Maßregeln und Vorschläge, welche das gewerkliche Interesse berühren, sowie die Organisation der gewerblichen Schiedsgerichte und des Arbeitsnachweises obliegen sollen. Die hauptsächlichsten Arbeiterschutzmaßregeln, die der Entwurf vorschlägt, sind:

Maximalarbeitstag für alle erwachsenen Arbeiter von zehn Stunden.

Vom 1. Jänner 1894 an, sollen die zehn Stunden auf neun, vom 1. Jänner 1898 ab die neun auf acht Stunden ermäßiget werden. Durch diese stufenweise Herabsetzung soll der Industrie vollauf Zeit gegeben werden, sich auf die durchgreifende Veränderung einzurichten. Für Arbeiten unter Tag (Bergwerke) wurde die sofortige Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages verlangt. Das Executivcomité des internationalen Arbeitercongresses vom 14. bis 21. Juli 1889 in Paris, hat an die internationale Conferenz für Arbeiterschutzgesetzgebung in Berlin ein Schreiben gerichtet, in welchem es die auf dem Pariser Congresse gefassten Resolutionen der hohen Versammlung bekannt gab, nachdem das Haupttractandum, mit welchem sich der Congress befasste dasselbe war, welches auch die Berliner Conferenz beschäftigte.

Über die am 28. März geschlossene Berliner Arbeiterschutzconferenz schrieb der „Socialdemokrat" in der Nummer 13:

„Ihre praktischen Ergebnisse sind genau so ausgefallen, wie wir vorausgesagt haben. Man ist nicht über das hinausgekommen, was nicht in den vorgeschrittenen Ländern bereits besteht und hat sich nicht entfernt zu denjenigen Forderungen aufgeschwungen, die schon heute von den weitsichtigeren bürgerlichen Socialreformern aufgestellt werden. Mit allen ihren Mängeln aber ist sie der erste Schritt auf der Bahn, der von der Socialdemokratie von jeher als die nothwendige Consequenz des heutigen Wirtschaftssystems bezeichnet wurde, wir meinen die „Internationalität" der socialen Reformbewegung, als ein Erfolg der Socialdemokratie zu bezeichnen. Sie bedeutet die nachträgliche Verurtheilung aller gegen die Internationale angezettelten Verfolgungen."

Von allen Ereignissen in Deutschland waren es die Wahlen in den Reichsrath am 20. Februar, welche durch den, selbst in den Parteikreisen ungeahnten Aufschwung der Socialdemokratie die gesammte civilisirte Welt überraschten. Die socialdemokratische Partei errang 1,427.323 Stimmen (gegen 763.128 im Jahre 1887) und ist so die relativ stärkste Partei geworden, nachdem selbst das Centrum nur 1,340.716 Stimmen erhalten hatte. Die Socialdemokraten gewannen im ersten Wahlgange 20 Mandate und weitere 15 bei den Stichwahlen. Die kühnsten Erwartungen der Socialdemokraten warden hiedurch übertroffen, die optimistischesten Berechnungen in den Schatten gestellt.

Aus Anlass des Ergebnisses der Wahlen in den deutschen Reichstag erschien die Nummer 10 des „Socialdemokrat" vom 8. März mit dem Bilde „Unser die Welt, trotz alledem!"

Der festlichen Stimmung war das Gedicht „Der erste Act" gewidmet mit den beiden Schlussversen:

„Doch ist's, ihr Herren, der erste Act
Des Riesendramas nur gewesen!"

Dieselbe Nummer des „Socialdemokrat" brachte Glückwunschadressen, Telegramme etc. vom Nationalrath der Arbeiterpartei in Paris, vom Verein rumänischer Socialisten in Paris, von Quesde, Vaillant und den socialdemokratischen Abgeordneten der französischen Kammer, von der socialistischen Partei in Dänemark, dem Centralrath der holländischen Partei, dem Generalrath der socialdemokratischen Föderation Englands, dem „Newington Reformclub" in London, von John Burns, dann von P. Axelrod, G. Plechanoff und W. Sassulitsch des russischen „Socialdemokrat", vom „Circolo radicale" in Rom, der Liga der Mailänder Socialisten und von dem socialistischen Studentenzirkel zu Alessandria in Piemont u. s. w.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" widmete in ihrer Nummer vom 21. Februar dem Wahlkampf einen Artikel, ebenso der „Volksfreund" in Brünn und die „Arbeiter-Wochenchronik in Budapest, sowie auch die übrige Arbeiterpresse.

Über das Vorschreiten der socialistischen Bewegung in Baiern lieferte das Ergebnis über den Ausfall der Wahl am 20. Februar einen Beweis. Es zeigte sich, dass die Früchte einer fünfundzwanzigjährigen intensiven Agitation nach und nach zur Reife gelangen. Die Socialisten haben zwar in Baiern nur drei Mandate errungen, aber die Stimmen der Partei haben sich bedeutend vermehrt und in ganz Baiern die Summe von mehr als Hunderttausend erreicht.

Die Reichstagswahlen in Deutschland hatten übrigens ein Nachspiel. In einem Wahllocale zu Hechlingen ging es am 20. Februar bei den Wahlen stürmisch zu. Die ganze Wahlcommission musste flüchten, wurde von den Arbeitern mit den Rufen, „Heute kriegen die Cartell-Brüder was auf den Ballon", „Runter mit der Wahlcommission" attaquirt. Der Tisch, wo der Wahlvorstand Platz genommen hatte, wurde umgeworfen, die Mitglieder mit Biergläser beworfen etc. Die Hängelampe wurde zerbrochen, hierauf fingen die Wahlzettel zu brennen an und die Wahlacte wurden am Boden zerstreut aufgefunden.

Dieserwegen hatten sich vor dem Landschwurgerichte in Dessau am 20. Juni einundzwanzig Arbeiter wegen Landfriedenbruches zu verantworten.

Der Gerichtshof erkannte in sieben Fällen auf Zuchthausstrafe von 1 bis 2 Jahren, und in dreizehn

Fällen auf Gefängnisstrafe von 4 bis 8 Monaten und sprach einen der Angeklagten frei.

Der Maifeier und Achtstundendemonstration wollte die Mehrheit der Fraction, alle alten bewährten Führer wie Bebel, Liebknecht etc. eine Form geben, wodurch unliebsame Auftritte vermieden werden sollten. Dem gegenüber vertraten ein beträchtlicher Theil der deutschen Socialdemokraten, speciell die Berliner Genossen und an ihrer Spitze der Redacteur und Reichsrathsabgeordnete Max Schippel die Ansicht, streng im Sinne des Pariser internationalen Congressbeschlusses den 1. Mai zu feiern. Er und Schmidt erließen eine öffentliche Aufforderung an die Parteigenossen in allen Industriestädten mit starker socialdemokratischer Organisation, an jenem Tage die Arbeit ruhen zu lassen und überall Versammlungen und Massenpetitionen für den Achtstundentag zu veranstalten. Für die Petitionen rechnete man, da bei der Reichsrathswahl am 20. Februar ein und einhalb Millionen Stimmen für socialdemokratische Candidaten abgegeben wurden, auf eine Gesammtzahl von zwei Millionen Unterschriften.

Der Abgeordnete Liebknecht hingegen erklärte, dass er das Nichtarbeiten am 1. Mai nicht befürworten könne, weil er die Möglichkeit nicht für vorhanden erachte, für den 1. Mai, der ein Donnerstag ist, dem in Preußen der Bußtag vorhergeht, ein allgemeines Feiern der Arbeit zu erwirken.

Der Versuch könnte nur zu schweren Conflicten führen und da er an den meisten Orten unzweifelhaft misslingen würde, der Wirkung der Kundgebung nur Abbruch thun.

So war die Agitation für die Maifeier in Deutschland von vorneherein eine getheilte, dieselbe ist aber auch wegen Inanspruchnahme der Socialdemokraten durch die Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen später als irgendwo entfaltet worden.

Für die Demonstration waren die organisirten Arbeiter, welche aber von den nicht organisirten Arbeitern in Deutschland an Zahl weit übertroffen werden; es sollte aber die Demonstration nach amerikanischem Muster durchgeführt, das heißt jeder Conflict mit der Behörde vermieden werden, um das Fest nicht zu stören und der Regierung nicht Grund zu Ausnahmsmaßregeln zu geben.

Nur ein verschwindend kleiner Theil von radicalen Elementen war zu Ruhestörungen geneigt. Es überraschte daher durchaus nicht, dass die Demonstration für den Achtstundentag am 1. Mai in Deutschland einen fast durchaus ruhigen und friedlichen Charakter annahm. Nur aus einem einzigen Orte, Lichtenberg bei Berlin, wurde ein Excess gemeldet. Dort nämlich hatten von 200 beim Bau des städtischen Irrenhauses beschäftigten Maurern 40 die Arbeit angetreten, wurden aber Mittags von den Strikenden insultirt und thätlich angegriffen, worauf die Gendarmerie die Ruhe herstellte.

In Hamburg war die Maifeier noch am meisten zum Ausdruck gebracht worden. Die Arbeiterpartei dortselbst behauptete, dass das provokatorische Vorgehen der Fabrikantenvereinigung förmlich zu einer größeren Demonstration herausgefordert habe und dass es daher nur natürlich war, dass von allen Arbeitercentren im Reiche in Hamburg die Achtstundendemonstration am imposantesten verlaufen ist.

Die aus Anlass der Maifeier gegründete Fabrikantenliga in Hamburg war den Socialisten vom Momente des Entstehens an, ein Dorn im Auge. Es hatte nämlich die in Hamburg mächtig auftretende, geradezu kühn ihr Haupt erhebende Gewerkschaftsbewegung die dortigen Fabrikanten bestimmt, die feiernden Arbeiter — 8000 an Zahl — am 2. Mai abzulohnen, wobei ihnen eröffnet wurde, sie mögen am 5. Mai wieder um eine Arbeit vorfragen. Welche Erregung dies unter der Arbeiterschaft, namentlich aber unter den Hafen- und Eisenbahnarbeitern hervorgerufen hatte, zeigte sich am besten, dass die Arbeiter sogleich mit einer Strikebewegung antworteten, die aber für sie verhängnisvoll werden sollte. Von den Strikenden beschlossen die Maurer nach neunwöchentlichem Ausstand auf die Forderung erhöhten Lohnes und verkürzter Arbeitszeit zu verzichten und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Arbeiter hatten aber die Rechnung ohne die Unternehmer gemacht, welche nunmehr erklärten, dass die Arbeiter nicht nur zu den alten Bedingungen arbeiten, sondern auch einen Revers unterzeichnen müssten, dass sie dem Fachvereine nicht mehr angehören und keine socialistischen Schriften mehr verbreiten wollen. Auf diese Art wollten die Arbeitgeber die ihnen tief verhasste Arbeiterorganisation und den besonders in Hamburg scharf aufgetretenen Übermuth der Arbeiter beugen. Monatelang hielt der Ausstand in dieser Hafenstadt an, ohne dass Arbeitgeber noch Arbeitnehmer, die beide mit einem großen Strikefonde ausgerüstet waren, den erstere unter sich, letztere in ganz Deutschland aufgebracht hatten, bis zur Vollständigkeit nachgaben. Am Ende gab es weder Sieger noch Besiegte, obwohl die Arbeiter die endliche Arbeitsaufnahme als „Sieg“ bezeichneten. Der Ausstand der Arbeiter in Hamburg war für Bebel Veranlassung, am 19. Juni in einer Socialdemokratenversammlung in Berlin zu tadeln, dass seit den Wahlen einem großen Theile der deutschen Arbeiter der Kamm geschwollen sei. „Im Siegesrausch meinten sie“, sagte er, „sie könnten den Capitalisten jetzt Alles bieten, die Bourgeoisie stehe bereits am Rande des Verfalles. Dieser Wahn habe dazu geführt, dass mit wahrem Fanatismus Strikes unternommen worden seien, die zum Schaden der Arbeiter ausfielen.“

Ähnlich den Hamburger Unternehmern haben sich später die Leipziger Unternehmer zu einem Verbande organisirt, dem gegenüber die Leipziger Arbeiter einen Gegenverband gegründet hatten und ebenso entstanden an vielen andern Orten Deutschlands Verbände von Arbeitsgebern, die theils schon fest organisirt sind, theils in der Organisation begriffen sind, nämlich:

1. Der bereits oben erwähnte Verband sämmtlicher Arbeitgeber Leipzigs, der vornehmlich bezweckt, die guten und friedliebenden Arbeiter gegenüber den Aufwieglern zu schützen.

2. Verband der Flachsspinnereibesitzer von Nordwest-Deutschland zur gemeinsamen Abwehr unberechtigter Arbeitsausstände.

3. Verein der Brauereibesitzer in Rheinland-Westphalen, Hessen, Nassau u. s. w. zur Wahrung ihrer Interessen den Arbeitern gegenüber.

4. Verbindung der Lausitzer Cigarrenfabrikanten zur Abwehr gegen unberechtigte Arbeitseinstellung mit Schiedsgerichten aus Arbeitgebern und Arbeitern.

5. Verband deutscher Metallindustrieller, welcher die Bezirksvereine der Provinzen Hannover, Magdeburg, Braunschweig, Halle a. d. S., Hamburg, Berlin, Offenbach a. M. sowie in Kassel umfasst.

6. Zieglerverein für die Regierungsbezirke Magdeburg und das Herzogthum Anhalt, dessen Mitglieder, sobald eine Arbeitseinstellung erfolgt, auf allen Ziegeleien den Betrieb einstellen und sämmtliche Arbeiter entlassen.

7. Arbeitsgeberverband Hamburg-Altona, dem sich angeschlossen haben:

Der Verein Hamburger Rheder, der Hamburger Eisenindustrie, die Bauhütte, fast sämmtliche Hamburger Innungen, der Verein Hamburger-Altoner Quartierleute, der Kornumstecher, der Verein der Spritinteressenten, dann der Brauereien und Mälzereien von Hamburg und Umgebung.

Der Verband richtet sich gegen die Übergriffe der Socialdemokraten und deren Führer zum Schutze der besonnenen Elemente unter den Arbeitern; er erstreckt sich auf Hamburg, Altona, Wansbeck und Harburg.

8. Verband der wirtschaftlichen Vereine.

9. Gruppe des Vereines deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, welche beide es sich zur Pflicht gemacht haben, kein Mitglied der Fach- und Gewerkvereine, sowie der gesammten Rechtsschutzvereine zu beschäftigen.

10. Verband der Tuchfabrikanten in Kottbus,

11. der Riemerfabrikanten in Bremen,

12—14. der Tabakfabrikanten in Braunschweig, Halberstadt und Nordhausen,

15. der Cartonfabrikanten in Berlin und

16. der Rothenover Ziegeleienbesitzer.

Die Liste macht nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, dürfte aber doch die Mehrzahl aller entstandenen Unternehmerverbande enthalten.

Die Lausitzer Cigarrenfabriken führten Schiedsgerichte aus dem jeweiligen Obmanne der Vereinigung, zwei bei der Arbeitseinstellung nicht betheiligten Fabrikanten und zwei in der gleichen Lage befindlichen Arbeitern ein. Die Statuten bestimmen, dass, wenn die Forderungen der Arbeiter als gerechte erkannt werden, der Fabrikant sich zu fügen habe.

Vom Verband abgewiesene und doch strikende Arbeiter sollen von keinem Verbandsmitgliede aufgenommen werden.

Mit den so in den Vordergrund getretenen Coalitionsbestrebungen der Arbeitgeber steht das von dem Ingenieur M. Stenglein und dem Berliner Buchdruckereibesitzer Behrens dem preußischen Ministerium unterbreitete Schriftstück in einem gewissen Zusammenhange, demzufolge die beiden Genannten beabsichtigten eine Zeitung herauszugeben, welche als unabhängiges Organ als Hauptziel die sachliche Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen und Auswüchse der Socialdemokratie und des internationalen Anarchismus verfolgen und außerdem die Besprechung wirtschaftlicher Fragen behandeln soll.

Die Unternehmer beabsichtigten ferner die von socialdemokratischer und anarchistischer Seite verbreiteten Flugschriften auf ihre wirtschaftliche Haltlosigkeit und sociale Gemeingefährlichkeit zu prüfen und darauf aufmerksam zu machen. Es soll dadurch allen Gewerkschaftsclassen die große Gefahr klar gemacht werden, welche in den verhängnisvollen Presserzeugnissen enthalten ist.

Die Achtstundenfrage ist nach dem vorher Gesagten in Deutschland ebenso oder noch intensiver in Behandlung als nur irgendwo und dient Folgendes zur besonderen Charakteristik der Auffassung dieser Frage:

Rechtsanwalt Gutenstein in Karlsruhe beantwortete die Frage: „Wie soll der Normalarbeitstag in Deutschland geschützt werden?“ dahin:

Kein Staatsorgan, kein Bezirksbeamter, keine Verwaltungsbehörde, kein Fabriksinspector soll den achtstündigen Arbeitstag beschützen; über ihn wachen können und sollen nur die Arbeiter selbst und zwar:

1. Arbeiter, die von ihren Berufsgenossen selbst hiezu gewählt werden und gegen deren Wahl Niemand ein Veto einlegen kann;

2. Arbeiter, die dann als frei Gewählte gut bezahlt werden, um frei vor Noth zu sein;

3. Arbeiter, welche arbeitsgerichtlich verantwortlich gemacht und strenge bestraft werden sollen, wenn sie den achtstündigen Normalarbeitstag nicht schützen;

4. Arbeiter, welchen der Eintritt in jede Fabrik, Werkstätte, Hausindustrie allezeit und allerwärts freisteht und

5. Arbeiter, welche allmonatlich über ihren Befund zu berichten haben und hiefür verantwortlich sind.“

Kaum war die Achtstundenbewegung in Deutschland in ruhigere Überlegung genommen worden, als die „Spaltung der Partei“ zum erstenmale in die Öffentlichkeit gebracht wurde.

Schon aus dem Anlass der Maifeier waren Differenzen in der Führerschaft der deutschen Socialdemokratie eingetreten; namentlich waren es die Berliner Socialdemokraten, an ihrer Spitze der Chemnitzer Reichstagsabgeordnete Max Schippel, die für eine allgemeine Arbeitseinstellung am 1. Mai eintraten. Da die Mehrheit bekanntlich für das Gegentheil entschied, so bestand von da ab eine gewisse Spannung zwischen den alten Führern und den jüngeren Frondeuren.

Die Spaltung der Partei vollzog sich aber erst mit der bevorstehenden Aufhebung des Socialistengesetzes. Dieses hatte die Fractionen der socialdemokratischen Partei seinerzeit geeinigt und so kam es nicht unerwartet, dass das Ende dieses Gesetzes die Führer und mit ihnen die Partei wieder in zwei Lager wie ehemals zu trennen drohte.

Es war natürlich, dass in einer Partei, in der immer neue Ideen zum Durchbruch kommen, solche Leute vorhanden waren, die diesen neuen Ideen nicht folgen konnten oder nicht folgen wollten.

Wie schon im Jahre 1869 die deutsche Socialdemokratie in den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ und „Die socialdemokratische Arbeiterpartei“ sich schied, hat das Berichtsjahr eine wenn auch nicht so tief gehende und vielleicht auch nicht andauernde Spaltung der socialdemokratischen Partei in die der „Jungen“ und der „Alten“ gebracht.

Der Gegensatz zwischen den Radicalen vom Jahre 1869 und den Radicalen von heute besteht darin, dass jene behaupteten, die socialdemokratischen Ideen ließen sich auf dem Wege der Reform verwirklichen, während diese nur in der Revolution das einzig geeignete Mittel erkennen, dabei werden beide Ausdrücke freilich nicht in dem Sinne gebraucht, in dem sie gang und gäbe sind.

Die radicalen Elemente vermeinen, dass sie auf Grund der bestehenden Ordnung ihr Ziel nie erreichen werden, und dass der Staat der Zukunft nur gedeihen könne, wenn die bestehende sociale Ordnung oder — wie sie sagen — Unordnung beseitigt sein wird.

Liebknecht und mit ihm die Fraction ist aber nicht der Meinung, dass die Zeit des Sieges schon so nahe, der Sieg überhaupt schon so gewiss sei. Er sagte nach den Wahlen in einer Versammlung: „Die deutsche Socialdemokratie ist eine Großmacht geworden im politischen und socialen Rathe, sie kann heute schon Gesetze machen — aber noch lange keine Gesetze dictiren.“

Es ist jedenfalls ein bemerkenswertes Moment, dass von dem Augenblicke an, als dem Socialistengesetze das Sterbeglöcklein geläutet wurde, die stramme Organisation nachgelassen hatte, und dass von eben demselben Zeitpunkte ab der Kampf zwischen „Alten“ und „Jungen“ begann, der dann in den Monaten Juli bis September am erbittertsten geführt wurde und gerade in Berlin seinen Höhepunkt erreicht hatte.

Um den Opponenten allen Anhang abzuschneiden, wurde die Übersiedlung des gesammten Generalstabes nach Berlin angeordnet und das „Berliner Volksblatt“ als künftiges Centralorgan dem Parteivorstande in die Hand gegeben.

Der Sieg für die alten Führer war nicht leicht zu erringen, die Presse der Opposition arbeitete mit vollem Dampf. Drei Organe waren es: Das erst seit kurzem bestehende „Magdeburger Arbeiterblatt“, die von Schippel redigirte „Berliner Volkstribüne“, das bestgeschriebene deutsche Arbeiterblatt, und die „Sächsische Arbeiterzeitung“, welche am schroffsten und heftigsten auftrat und hiefür von Bebel und Liebknecht in offenen Erklärungen scharf abgekanzelt wurde.

Je näher das Ende des Socialistengesetzes heranrückte, desto heftiger wurde die Sprache der Opposition in der Presse, aber auch in den Versammlungen gegen die „Autoritäten“.

In den Versammlungen sprach am heftigsten der Buchdrucker Wilhelm Werner aus Berlin, einer der einflussreichsten Socialisten unter den Berliner Genossen, Vorsitzender der „Berliner Localcommission“ und Verleger der „Berliner Volkstribüne“; er that dies besonders in der Versammlung zu Friedenau, in welcher er über die Taktik der Führer und über den kommenden Arbeiterparteitag in Halle sprach. Er sagte: „Wir achten und ehren Bebel und Liebknecht, aber trotzdem wollen wir uns doch jetzt, wo die Frage der Neuorganisation der Partei an uns herantritt, das Recht der freien Meinung nicht nehmen lassen.“

Die junge Schule bekämpfte besonders den von der Fraction ausgearbeiteten Entwurf für die Organisation der Partei, weil nach diesem Entwurfe sich die Fraction ein gewisses Controlsrecht vorbehalten hat. Es wurde zum Vorwurfe gemacht, dass man die Städte durch das Land majorisiren wolle und dass die Fraction auf diese Weise die Stärkung der eigenen Macht bezwecke.

Die Fraction antwortete in der denkbar derbsten Weise und in sachlichen Widerlegungen den jungen Gegnern, „welche kaum noch die ersten Höschen getragen“, als die alten Fractionsmitglieder bereits für die gemeinschaftliche Sache gewirkt und gelitten hatten.

Während des Kampfes, in dem die „Jungen“ Schritt für Schritt zurückgedrängt wurden, legte Schippel die Redaction der „Volkstribüne“ nieder, welche Dr. Konrad Schmidt, der Verfasser mehrerer socialistischer Broschüren und Aufsätze, ebenfalls ein Gegner der Fraction, übernahm.

Bei solchem offenen Kampfe musste es geradezu wundern, dass das künftige Centralorgan noch immer die Spaltung der Partei keck ableugnete und dass der Aufruf der Fraction für den Parteitag in Halle die Partei als „einig“ hinstellte.

Das hinderte alles nicht, dass bald darauf Dr. Bruno Wille in demselben „Berliner Volksblatt“ die sachlichen Meinungsverschiedenheiten veröffentlichte, welche zur Opposition gegen die Parteileitung geführt haben und als solche bezeichnete:

1. Die Haltung der Socialdemokratie im Reichstage, welche zuweilen geeignet war, Hoffnung zu erwecken, als könne bereits auf dem Boden der capitalistischen Gesellschaft die Lage der arbeitenden Classe nennenswert verbessert werden;

2. die Agitation bei den Wahlen in den Reichsrath, welche vielfach mehr darauf hinauslief, Sitze im Parlament zu gewinnen, als Socialdemokraten zu machen;

3. das Eintreten der Fraction für bürgerparteiliche Candidaten bei den letzten Stichwahlen, entgegen den principientreuen Beschlüssen zu St. Gallen;

4. das Vorgehen der Fraction in der Frage des 1. Mai;

5. das Verhalten maßgebender Fractionsmitglieder in Angelegenheit der Parteipresse;

6. eine gewisse Art dieser Genossen, sachliche Kritik als persönliche Beleidigung zu behandeln;

7. die Einberufung der Dresdener Volksversammlung durch Circulare;

8. den Aufruf zu den Congresswahlen, welcher von vorneherein autoritativ einen bestimmten Wahlmodus zur Geltung zu bringen suchte;

9. den Organisationsentwurf deswegen, weil er der Fraction eine allzugroße Macht einräumt.

Liebknecht suchte bald darauf in einer stark besuchten Volksversammlung zu Berlin einen Theil dieser Anklagen zu entkräften, indem er sagte: „Der Vorwurf, dass die Fraction zuviel parlamentire, ist ungerecht, es wäre geradezu thöricht, wollten wir die Waffe des allgemeinen Wahlrechtes nicht benützen. Gewissermaßen sind wir alle Possibilisten, denn wir erstreben nur, was möglich ist“.

In gleicher Weise hat Friedrich Engels, der Senior der deutschen Socialdemokraten, den „Jungen“ Paul Ernst bekämpft.

Den übrigen Theil der Anklagen der „Jungen“ hat Bebel in einer bald darauf stattgefundenen großen Versammlung in Berlin zu widerlegen versucht.

Mit seiner ganzen Autorität trat er für die Beschlüsse der Fraction in der Frage des 1. Mai und für das Betreten des Weges des Parlamentirens ein. Vergeblich bemühte sich Schriftsteller Wille in derselben Versammlung mit der Aufgabe des Beweises, dass der Parlamentarismus eine große Gefahr für die Partei bezeichne. Weder er, noch Werner, noch Wildberger und Paginski vermochten Bebel zu stürzen.

Die Versammlung wurde auch Anlass zu einer groben Ruhestörung. Schon vor 3 Uhr Nachmittags an hatten sich so große Volksmassen beim Versammlungslocale der Brauerei Friedrichshain angesammelt, dass die polizeiliche Sperre derselben erfolgen musste. Die Tausende, welche unter dieser Zeit erschienen und keinen Einlass mehr fanden, postirten sich nunmehr an der dem Versammlungslocale zu gelegenen Lisière des Friedrichshain und in den Wegen desselben, um hier den Verlauf der Versammlung abzuwarten.

Die Menge wuchs derart an, dass gegen 9 Uhr Abends berittene Schutzleute die Straße „Am Friedrichshain“ zu räumen versuchten, welchem Beginnen Widerstand entgegengesetzt wurde. Endlich gingen die Schutzleute insgesammt kräftigst gegen die Massen vor und es gelang ihnen auch dieselben an das Königsthor zurückzudrängen, jedoch vergrößerte sich die Menge ständig durch Neuhinzukommende.

Die Ruhestörer suchten immer wieder mit Gewalt und Drohungen vorzudrängen, bis schließlich von der blanken Waffe Gebrauch gemacht wurde. Mehrere Schutzleute sind durch Steinwürfe zu Schaden gekommen;

von der Menge wurden einige leicht verletzt, viele aber verhaftet.

Interessant sind die Enunciationen des „Socialdemokrat“, der über dieses Capitel deutscher Socialdemokratie in der Nummer 31 vom 23. August 1890 schrieb:

.... „Der Versuch durch ein Ausnahmsgesetz die Ausbreitung des Socialismus zu hindern; der Versuch uns durch falsche Brüder zu „anarchistischen“ Thaten zu verlocken und vor die Kanonen des Militärstaates zu treiben, ist ebenfalls missglückt; bleibt das Dritte: Die Socialdemokratie zu „selbstmörderischen Streitigkeiten zu verführen.“ Und diese herostratische Arbeit musste von Freunden verrichtet werden, um Erfolg zu haben.“ ....

Rasch schritten endlich die „Alten“ von Sieg zu Sieg. Die Eigenthümer der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ Schönfeldt und Harnisch gaben die Zeitung an die Partei ab und bald darauf erklärte die Redaction der „Volksstimme“ in Magdeburg (Hans Müller und Paul Kampfmeier) von ihrem Amte zurückzutreten. Die Überreste der Opposition zogen sich endlich auf zwei Punkte zurück, von denen aus sie gegen die Haltung der Partei noch ankämpfte:

1. Die Unzulänglichkeit des Parlamentarismus, und
2. die zu schwache Betonung des antireligiösen Standpunktes der Partei.

Da kam das Ende des Socialistengesetzes.

Nach der Darlegung im vorjährigen Jahresberichte begannen in den ersten Tagen des November die Debatten über das neue Socialistengesetz. Nach viertägiger Redeschlacht hatte damals die Debatte durch Verweisung der Vorlage an eine 28gliedrige Commission vorläufig ihr Ende gefunden, von welcher es nicht mehr dem neuen Hause der Abgeordneten vorgelegt worden ist.

Nach zwölfjährigem Bestande erlosch daher mit Ende des Monates September das Ausnahmsgesetz gegen die deutsche Socialdemokratie, das unter dem betäubenden Eindrucke der in kurzer Frist aufeinander gefolgten Mordanfälle Hödel's und Nobiling's auf Kaiser Wilhelm I. vom neugewählten Reichstag angenommen worden war.

Das Socialistengesetz hatte die revolutionäre Agitation von der Öffentlichkeit verschwinden gemacht, die Agitatoren verhindert, in zahlreichen Blättern, Flugschriften und Versammlungen den wüthendsten Classenhass zu säen und das Evangelium der gewerbsthätigen Revolution zu predigen.

Was die socialdemokratischen Blätter aus der Zeit vor Erlass des Socialistengesetzes geleistet haben, war geeignet, keine andere Saat aufgehen zu lassen als jene, die sich in den Mordversuchen anarchistischer Fanatiker zum Entsetzen aller anständigen Volkselemente kundgab. Das Socialistengesetz hatte also einen Damm gegen die Zügellosigkeit der revolutionären Agitation geschaffen, der sicher manches Unheil verhütet hat. Aber das Gesetz erwies sich nicht als geeignet, der geheimen Agitation, welche die Führer der socialdemokratischen Partei nunmehr mit gesteigerter Intensität und immer größerer Geschicklichkeit betrieben, wirksam entgegenzutreten.

Die Führer hatten den Schwerpunkt ihrer Agitation in das Ausland verlegt, von wo aus allein es möglich war, sich der cynischen Sprache gefahrlos zu bedienen, wie Most sie in seinem Organ „Freiheit“ mit Virtuosität handhabt. Der von der Leitung der deutschen Socialdemokratie früher in Zürich, später in London herausgegebene „Socialdemokrat“ wetteiferte bald mit dem Most'schen Organe in hasserfüllter und revolutionärer Sprache, nur in taktischer Hinsicht unterschied er sich noch von den Organen der Anarchisten, indem er aus Klugheitsrücksichten den Dynamitwahnsinn der Letzteren bekämpfte.

Die Anstrengungen der Polizei, die wachsende Verbreitung des „Socialdemokrat“ und der im Auslande gedruckten revolutionären Flugschriften und Broschüren innerhalb der Reichsgrenze zu verhindern, erwiesen sich zwar nicht ohne Erfolg, konnten aber doch nicht verhindern, dass die Zahl der in Deutschland abgesetzten Exemplare des „Socialdemokrat“ stieg, obgleich die Verbreitung nur auf Geheimwegen erfolgen konnte.

Daneben breitete sich die geheime Organisation der Partei aus und gewann auch an innerer Stärke, wie die Wahlen in die Reichsvertretung, die Landtage und Gemeindevertretungen, an denen die Socialdemokraten sich betheiligten, deutlich zeigten.

Wenn auch in der Öffentlichkeit häufig ein Zurücktreten der Agitation bemerkbar war, lieferte das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen den Beweis, dass die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen gegen die Socialdemokratie die Ausbreitung derselben auf die Dauer nicht zu hindern vermochten.

Das Ende der Wirksamkeit des Socialistengesetzes wurde von den Socialisten als Sieg gefeiert.

Der „Socialdemokrat“ brachte in der Nummer 31 vom 2. August an der Spitze des Blattes den Aufruf der Fraction an die Parteigenossen:

„Nach fast zwölfjähriger Dauer endet am 30. September 1890 das Socialistengesetz. Die Partei hat es siegreich überwunden. Ins Leben gerufen, um sie zu vernichten, ist es an dem Felsen der Partei zerschellt. Stärker und mächtiger als je zuvor, ist die Partei stolz auf ihren Sieg und auf die Niederlage ihrer Gegner, zu weiteren Kämpfen bereit und gerüstet.

Der Socialismus ist die Frage geworden, um die sich alles dreht. Die innere und äußere Politik, alle Parteien und Gesellschaftsschichten werden von ihm beeinflusst und beherrscht. Er ist der mächtigste Factor der Gegenwart und wird in nicht ferner Zeit der Alles entscheidende sein.

Mit dem Falle des Socialistengesetzes tritt die Frage der Neuorganisation der Partei in den Vordergrund. Diese neue Organisation zu schaffen, wird die Hauptaufgabe sein, die der nächste Parteitag, den wir hiemit auf Sonntag, den 12. October 1890 nach Halle a. S. einberufen, zu erledigen hat.“

Der Aufruf stellte für den Parteitag folgende Tagesordnung auf:

1. Bericht der Parteileitung, von Bebel.
2. Bericht der Revisoren.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraction, durch Singer.
4. Die Organisation der Partei, durch Auer.
5. Vornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation.
6. Das Programm der Partei, durch Liebknecht.
7. Die Parteipresse, durch Auer und Bebel.
8. Die Stellung der Partei zu Strikes und Boycotts, durch Grillenberger und Kloss.
9. Anträge aus der Mitte des Parteitages.

Der Aufruf war datirt von Berlin, 1. August 1890 und unterzeichnet von:

Auer, Bebel, Birk, Blos, Bock, Bruhns, Dietz, Drusbach, Förster, Frohme, Geyer, Grillenberger, Harm,

Heine, Hickel, Joest, Kunert, Liebknecht, Meister, Metzger, Molkenbuhr, Schippel, Schmidt (Frankfurt a. M.), Schmidl (Sachsen), Schultze, Schuhmacher, Schwarz, Seifert, Singer, Stadthagen, Stalle, Tutzauer, Ulrich, Vollmar, Wurm.

Die Fraction der deutschen Socialdemokratie hat in derselben Sitzung, in welcher dieser Aufruf beschlossen worden war, auch entschieden, dass es wünschenswert sei, wenn der „Socialdemokrat" mit dem 30. September 1890 sein Erscheinen einstellte, weil er durch Erlöschen des Socialistengesetzes auch seine Existenzberechtigung verloren habe.

Hiezu bemerkte der „Socialdemokrat":

„Die Mission des „Socialdemokrat" ist erfüllt. Er war in erster Reihe das Kampforgan der Partei gegen das Ausnahmsgesetz.

Die Socialdemokratie verlangt nichts Unbilliges. Sie verlangt nur gleiche Luft und gleiches Licht mit allen übrigen Parteien, das ist ihr gutes Recht und wenn man es ihr vorenthält oder verkümmert, so wird sie sich auf ihre Weise Luft zu verschaffen wissen. Mögen die Gegner, die heutigen Machthaber, selbst entscheiden, welches von beiden für sie das Wünschenswerte ist. Die Socialdemokratie zieht den Kampf auf dem Boden des gemeinen Rechtes, den Weg der organischen Fortentwicklung vor, nicht im Parteiinteresse, sondern im Interesse des gesammten Volkes....

....Ein Kämpfer tritt zurück, aber der Kampf selbst bleibt derselbe. Der „Socialdemokrat" legt die Waffen aus der Hand, aber die Socialdemokratie bleibt gerüstet. Sie führt den Kampf mit ungeschwächter Kraft fort. Unter ihrem Banner lässt uns zusammen steh'n:

Hoch die deutsche Socialdemokratie.

Hoch der Befreiungskampf der Arbeiter aller Länder!"

Acht Tage nach dem Aufruf für den Parteitag nach Halle a. S. erschien der Organisationsentwurf für die socialdemokratische Partei Deutschlands. Er lautete:

§. 1. Zur Partei gehörig wird jene Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt. §. 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat. Über die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise. Gegen diese Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

Vertrauensmänner. §. 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteinteressen einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen. §. 4. Die Wahl der Vertrauensmänner erfolgt alljährlich, und zwar im Anschlusse an den voraufgegangenen Parteitag. Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen. §. 5. Tritt ein Vertrauensmann zurück oder tritt sonstwie ein Vacanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon, entsprechend §. 4, Absatz 2, der Parteileitung Mittheilung zu machen. §. 6. In einzelnen Staaten, in welchen aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag. §. 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist. Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so muss die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich verständigen. §. 8. Die Einberufung des Parteitages muss spätestens vier Wochen vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das officielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen. Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens zehn Tage vor der Eröffnung des Parteitages durch das officielle Parteiorgan bekanntzugeben hat. §. 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt: 1. Die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, dass in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden; 2. die Mitglieder der Reichstagsfraction; 3. die Mitglieder der Parteileitung. Die Mitglieder der Reichstagsfraction und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung. §. 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören: 1. Entgegennahme des Berichtes über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten. 2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat. 3. Die Wahl der Parteileitung. 4. Die Beschlussfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen. 5. Die Beschlussfassung über die eingegangenen Anträge. §. 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden: 1. Durch die Parteileitung; 2. auf Antrag der Reichstagsfraction; 3. auf Antrag von mindestens fünfzehn Wahlkreisen. Falls die Parteileitung sich weigert, einen Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraction einzuberufen. Als Versammlungsort eines ordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen. §. 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muss spätestens vierzehn Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das officielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen. Anträge der Parteigenossen sind spätestens sieben Tage vor der Abhaltung des Parteitages im officiellen Parteiorgan zu veröffentlichen. Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen, wie für die ordentlichen Parteitage (§§. 8. — 10).

Parteileitung. §. 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus zwei Vorsitzenden, zwei Schriftführern, einem Kassier und sieben Controloren. Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel. Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Constituirung vorzunehmen und

dieselbe im officiellen Parteiorgan bekannt zu machen. Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder. §. 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt. §. 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, controlirt die principielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht. §. 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassier aus, so ist die Vacanz durch eine von den Controloren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Parteiorgan. §. 17. Zum officiellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel: „Vorwärts", Berliner Volksblatt, Centralorgan der social demokratischen Partei Deutschlands. Alle officiellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redactionellen Theiles zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation. §. 18. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muss die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären. Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§. 7 und 11 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten. Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Mit dem „Socialdemokrat" stellte auch die im Verlage desselben erschienene „Socialdemokratische Bibliothek" vom 1. October ab ihr Erscheinen ein. Sie brachte im XXXIII Hefte, dem vorletzten ihrer ganzen Sammlung, einen Abdruck des „Communistischen Manifestes" von Karl Marx und Friedrich Engels, das mit einem Vorwort des 70jährigen Engels für diese neueste Auflage versehen war und schloss im XXXIV. Hefte mit einem Sonderabdruck von P. Lafarqués „Die Religion des Capitals".

Am 27. September 1890 erschien die Nummer 39 als letzte Aufgabe des „Socialdemokrat". Sie brachte an der Spitze des Blattes ein Gedicht „Zum Abschied" und nahm Abschied von den Lesern in dem Artikel: „Unser Scheidegruß". Der Schluss desselben lautete:

„So lasst uns fortan Schulter an Schulter weiter kämpfen, zielbewusst und unermüdlich. So wollen wir unsern Einzug halten ins „gemeine Recht", ohne Illusion und ohne Furcht. Der „Socialdemokrat" verschwindet, aber die Lücke die er hinterlässt, schließt sich schnell und die Fahne, die er bisher getragen, flattert nur noch stolzer in den Lüften.

In diesem Sinne scheiden wir heute von den Genossen mit den Ruf:

Hoch die Socialdemokratie!"

Friedrich Engels, der Veteran unter den deutschen Socialisten, schrieb in dieser letzten Nummer des „Socialdemokrat":

„Was wird geschehen, wenn die Partei abermals in das Ausnahmsgesetz gezwängt werden sollte?

Wird die Partei Barricaden bauen? An die Gewalt der Waffen appelliren? Diesen Gefallen — meint Engels — wird sie ihren Gegnern nicht thun.

Wenn die Partei sieht, dass sich ihre Stimmenzahl in den letzten drei Jahren verdoppelt hat und dass sie bis zur nächsten Wahl auf ein noch stärkeres Wachsthum rechnen kann, so müsste sie verrückt sein, heute mit zwanzig gegen achtzig und gegen die Armee obendrein einen Putsch zu versuchen, dessen sicherer Ausgang wäre — der Verlust aller seit 25 Jahren erworbenen Wachposten.

Die Partei hat ein viel besseres, gründlich erprobtes Mittel. An dem Tage wo uns das gemeine Recht streitig gemacht wird, erscheint der „Socialdemokrat" wieder. Die alten Maschinerien, in Reserve gehalten für diesen Fall, treten wieder in Thätigkeit, verbessert, vermehrt, neu eingeölt. Und eines ist sicher: Zum zweitenmale hält das Deutsche Reich das keine zwölf Jahre aus."

Mit dieser Drohung: „Der Socialdemokrat ante portas", will Engels die Sistirung des gemeinen Rechtes für die Zukunft hintanhalten.

Die letzte Nummer brachte auch noch Abschiedsgrüße der „Arbeiterpartei in Frankreich" und seiner „italienischen Mitarbeiter" aus Rom und empfiehlt endlich W. Belles Correspondenz in Zürich, „die Arbeiterchronik" in Nürnberg, die „Volks-Tribüne" in Berlin, und die „Neue Zeitung" in Stuttgart den Parteigenossen als Ersatz für den „Socialdemokrat".

Anfänglich war beabsichtigt, den 1. October als einen „Arbeiterfesttag" zu begehen, der Vorschlag ist später praktisch dahin ausgestaltet worden, dass an diesem Tage die allgemeinen Wahlen für den Parteitag in Halle a. S. angesetzt wurden.

Es wurde hiedurch einmal die Gelegenheit zu einer allgemeinen Paradeaufstellung der deutschen Socialdemokraten geboten und dann von diesem Tage ab, ein kräftiger agitatorischer Impuls in die Massen hineingetragen. Von anderer Seite wurde für diesen Tag „in einer halben Million Exemplaren" eine Broschüre angekündigt, welche am 1. October an die Arbeiter zur Vertheilung gelangen sollte und in welcher die Socialpolitik der Reichsgewalt klar gelegt wurde. Mit der Unterschrift „die Commission für die Verbreitung socialpolitischer Flugschriften" ging geraume Zeit vorher den deutschen Blättern ein längerer Aufruf an die deutschen Arbeiter mit der Bitte um Veröffentlichung zu.

Die Commission sagte in dem gedruckten Begleitschreiben: „Um die arbeitenden Classen für die angekündigte Darlegung der von der kaiserlichen Regierung angestrebten Socialreformen vorzubereiten." Später verlautete, dass die Flugschrift „An die Arbeiter Deutschlands" den Abgeordneten Oechelhäuser zum Verfasser hat. Um den 1. October in großartiger Weise zu begehen, traf die Socialdemokratie in Berlin alle möglichen Vorkehrungen.

Es wurden zu dem Zwecke einige der größten Säle, welche Berlin besitzt, zur Abhaltung von Festlichkeiten gemietet, Gedenkmünzen mit der Inschrift „Zum Andenken an den Sieg des deutschen Proletariats über das Socialistengesetz 1890" geprägt, Büsten von Lassalle, Liebknecht, Bebel u. s. w. hergestellt, kurz es kam zugleich ein „Geschäftssocialismus" in einer ziemlich breiten Weise zur Geltung.

Am 30. September Abends fanden in Berlin eine Anzahl von Versammlungen statt, in welchen die Führer Ansprachen und Reden hielten, in denen sie den Sieg der Socialdemokratie priesen. Bebel erklärte, um die Socialdemokratie zu bekämpfen, musste man die Waffen aus dem Arsenale der Socialdemokratie entnehmen. Dass das Gesetz gefallen, sei nur dem höchsten Willen zu danken, aber gerade, dass dieser Wille an höchster

Stelle zum Durchbruch kam, sei einer der größten moralischen Erfolge der Partei.

Nach Bebel sprach Frau Ihrer für das Frauenstimmrecht. In den übrigen Versammlungen sprachen Liebknecht, Singer, Auerbach, Vogtherr und Andere. In sämmtlichen Festsälen wurde um 12 Uhr Mitternacht die rothe Fahne gehisst, sodann das „Lied der Arbeit" abgesungen und hiemit waren die Versammlungen zu Ende.

Das „Berliner Volksblatt" als Organ der socialdemokratischen Partei feierte den 1. October durch den Wiederabdruck des socialdemokratischen Parteiprogrammes, nämlich das alte, bereits 1875 festgestellte „Gothaer Programm":

„1. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Cultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsproduct bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Rechte, jedem nach seinen vernunftmäßigen Bedürfnissen. In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Capitalistenclasse; die hiedurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterclasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen. Die Befreiung der Arbeiterclasse erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages. Die Befreiung der Arbeit muss das Werk der Arbeiterclasse sein, der gegenüber alle anderen Classen nur eine reactionäre Masse sind.

2. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die socialistische Gesellschaft; die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit; die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller socialen und politischen Ungleichheit. Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewusst und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen."

In Beantwortung einer Adresse der socialdemokratischen Arbeiterpartei Frankreichs an die deutsche Socialdemokratie hat der Verband der socialdemokratischen Reichstagsfraction eine Zuschrift an die französische Arbeiterpartei gerichtet, in der es unter anderem hieß . . . . . „Mit Euch erachten wir den Völkerfrieden als unerlässlich für die Lösung der civilisatorischen Aufgaben des Proletariats und wir sind mit Euch stolz darauf, dass unsere Parteigenossen in allen Ländern es sind, welche die hehre Fahne der Völkerverbrüderung vorantragen. Hoch die französiche Socialdemokratie! Hoch der internationale Socialismus!"

Der Socialistencongress in Halle a. S. wurde am Sonntag den 12. October eröffnet. Vom frühen Morgen ab war das Localcomité, aus meist sehr jungen Leuten bestehend, durch weißrothe Schleifen kenntlich, am Bahnhofe ununterbrochen anwesend, um die ankommenden Delegirten zu begrüßen. Nachmittags trat der Parteivorstand zu einer geheimen Berathung zusammen und stellte die Tagesordnung und die Geschäftsordnung fest, ferner beschloss er, der Debatte den weitesten Spielraum zu lassen, jedoch persönliche Zänkereien abzuschneiden. Blutrothe Zettel luden zum Commers am Dienstag ein.

Um sieben Uhr Abends wurde die erste Sitzung im „Hofjäger" eröffnet. Der für die Zuschauer freigelassene besondere Raum war sofort überfüllt. Der Sitzungssaal war mit Guirlanden, Kränzenund rothen Schleifen, sowie mit den Bildnissen der verstorbenen Abgeordneten etc. geschmückt.

Über dem Podium hingen die Bilder von Marx und Lassalle, sowie Zeichnungen der New-Yorker Freiheitsgöttin. Zu beiden Seiten waren rothe Banner angebracht, welche in leuchtenden Buchstaben die Worte: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" trugen. Über das Ganze spannte sich ein breites Band mit der Aufschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!"

Die Seitenmedaillons enthielten die Daten sämmtlicher Congresse, sowie die Aufzeichnung aller socialistischen Pressunterdrückungen.

390 Delegirte waren angemeldet, darunter sieben aus Amerika, neun aus England, vier Schweizer, drei aus Österreich (Dr. Victor Adler, Rudolf Pokorny und Rudolf Hanser); thatsächlich erschienen 341 Delegirte aus Deutschland, aus England zwei, aus Frankreich und Österreich je drei, aus Russland fünf und aus der Schweiz, Dänemark, Schweden, Holland und Belgien je einer, ferner fünf Frauen. Lebhaft begrüßt und mit siegesbewussten Mienen nahmen die Delegirten ihre Plätze ein.

Liebknecht als Einberufer eröffnete die Versammlung, indem er ausführte, dass nach zwölfjährigem Kampfe, der unermessliche Opfer gefordert, der heutige ruhmreiche Tag anbrach, dessen Bedeutung alle Welt erkennt. An den Wänden hängen die Bilder der Opfer, welche ihre Überzeugung mit dem Leben bezahlt haben. Je zahlreicher die Opfer, umso größer ist der neue Zuzug aus dem Volke gewesen, welches die Socialdemokratie als seine Erlösung erkannt hat.

„Arbeiter", sagte Liebknecht, „wir tagen öffentlich, wir haben keine Geheimnisse. Jene, welche sagen, wir hätten versteckte Zwecke, sind Thoren."

Liebknecht schloss mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Socialdemokratie. Auf Vorschlag des Delegirten Ewald wurden Singer (Berlin) und Dietz (Hamburg) zum Vorsitzenden gewählt, Axtor zum Schriftführer.

Als hierauf die Tagesordnung und Geschäftsordnung berathen ward, begannen bereits die „Jungen" ihren Feldzug gegen die „Alten".

Delegirter Werner schlug vor zu einzelnen Punkten der Tagesordnung als Referenten neben den Abgeordneten Correferenten aus dem Plenum zu ernennen.

Bebel sprach dagegen und so wurde Werners Vorschlag mit allen gegen 12 Stimmen abgelehnt. Sodann entspann sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte, wobei sämmtliche Anträge der Opposition mit erdrückender Mehrheit abgelehnt wurden.

Endlich beschloss man täglich acht Stunden zu debattiren. Die Sitzung am Montag den 13. October begann um 10 Uhr mit einer kurzen Begrüßungsrede des Präsidenten Singer. Nachdem sodann Dr. Adler aus Wien, Ansele aus Brüssel, Domela aus Holland, Bronting aus Stockholm, Cronberg aus Kopenhagen, Beck aus Zürich, Wraski aus Warschau und Richard Fischer aus London die Grüße der Genossen übermittelt hatten, hielt Bebel den Rechenschaftsbericht, in welchem er die

Geschäfte der deutschen Socialdemokratie in den letzten 25 Jahren recapitulirte.

Bebels Rede war ein trockener Rechenschaftsbericht. Die Mittheilung, dass das Parteivermögen augenblicklich rund 172.000 Mark beträgt, wurde mit stürmischen Bravos aufgenommen, ebenso die Ankündigung, dass demnächst zahlreiche neue socialistische Zeitungen gegründet werden sollen, und zwar, wie Bebel hinzufügte, in ultramontanen Wahlkreisen, weil die socialistische Partei die begründete Hoffnung habe, bei dem bevorstehenden Zersetzungsprocesse des Ultramontanismus eine glänzende Ernte zu halten.

Aus Bebels Bericht ist noch erwähnenswert: Die socialistische Parteipresse besteht heute aus 19 Tageszeitungen, 40 Wochenblättern mit zusammen 254.000 Abonnenten, ferner 43 gewerkschaftlichen Blättern mit 201.000 Abonnenten, zwei Witzblättern mit 10.000 Abonnenten, Summa Summarum 104 Zeitungen mit circa 600.000 Abonnenten.

Der Wahl- und Diätenfond hat in den letzten drei Jahren rund 198.000 Mark eingenommen. Der Unterstützungsfond nahm 104.000 Mark ein und verausgabte 60.000 Mark. Infolge dieser Überschüsse sei die Partei unter die Capitalisten gegangen und habe manchmal Börsegeschäfte gemacht.

Die zukünftige Agitation müsse noch größere Maßstäbe auch in pecuniärer Hinsicht anlegen.

An Bebels Rede schloss sich eine längere Debatte, welche aber nur die Ohnmacht der Berliner Opposition darthat.

Werner aus Berlin griff die Fraction an, weil dieselbe durch ihre Haltung bei der Maifeier, von welcher die Fraction bekanntlich abrieth, dass Misslingen derselben herbeigeführt habe. Desgleichen tadelte Werner die Fraction, weil dieselbe entgegen den Beschlüssen des St. Gallener Parteitages, bei den Reichstagswahlen nicht die Stimmenenthaltung, sondern das Eintreten für die Freisinnigen proclamirte. Schließlich polemisirte Werner gegen den Entwurf des neuen Organisationsstatutes.

Nicht ganz überraschend war, dass Abgeordneter von Vollmar sich theilweise Werners Angriffen anschloss und sich somit im Gegensatze zu den Fractionsgenossen setzte.

Von verschiedenen Delegirten wurde sodann die Berliner Opposition scharf getadelt, weil dieselbe aus egoistischer Herrschsucht einen Parteizwiespalt hervorrufen wollte, in einem Augenblick, wo die Einigkeit am nöthigsten sei.

Bei der Abstimmung wurde das Verhalten der Reichstagsfraction mit bedeutender Mehrheit als den Verhältnissen entsprechend anerkannt und der Antrag, die eingehende Prüfung der Berliner Parteiverhältnisse einer Commission zu überweisen, für welchen auch Vollmar eintrat, nach einem energischen Protest Bebels, welcher kategorisch erklärte, dass überhaupt keine Parteistreitigkeiten in Berlin existiren, abgelehnt.

Als Werner beantragte, dass diejenigen Fractionsmitglieder, welche nicht Delegirte sind, nur berathende, nicht beschließende Stimme auf dem Congress haben sollen (es handelte sich dabei um elf Abgeordnete, die nicht gleichzeitig Delegirte waren), erklärte Bebel es für ein Armutszeugnis, wenn man denjenigen Genossen, welche ein Abgeordnetenmandat besitzen, auf dem Parteitage nicht gleiche Rechte wie den Delegirten ertheilen wolle; in diesem Falle würde er lieber auf die Mitgliedschaft in der Fraction verzichten, wenn deren Mitglieder Socialdemokraten zweiter Classe sein sollten.

Frau Ihrer aus Berlin ersuchte um die Unterstützung der Partei für die Gründung einer socialistischen Frauenzeitung in Berlin.

In der zweiten Hauptversammlung am 14. October berichtete Singer über die parlamentarische Thätigkeit der socialistischen Reichstagsfraction. Er erklärte die parlamentarische Agitation für wirksamer als jede andere. Der Arbeiterschutzgesetzgebung, soweit dieselbe bestimmt sei, den Arbeitertrotz in Gestalt des Coalitionsrechtes zu brechen, werde die Fraction nicht zustimmen, sondern die gänzliche Haltlosigkeit des officiellen Arbeiterschutzes nachweisen.

Wie die socialdemokratische Partei sich nicht durch das Zuckerbrot der Socialreform bestechen ließ, sondern lieber die Peitsche des Socialistengesetzes ertrug, werde dieselbe dem Zuckerbrote der Arbeiterschutzgesetzgebung nicht das Coalitionsrecht der Arbeiter opfern.

Das Altersversorgungsgesetz nannte Singer ein Bettelgeld; er schloss mit den Worten: „Wir betrachten die parlamentarische Thätigkeit nur als ein Agitationsmittel, aber als unser schneidigstes Kampfmittel. Die Versumpfung der Partei infolge des Parlamentarismus ist unmöglich.“

Nachdem Liebknecht eine längere Rede gegen die oppositionelle Parteipresse gehalten hatte, rechtfertigte Buchdruckereibesitzer Werner die Haltung dieser Presse. Sein ceterum censeo ging dahin, die geistige Lage der Arbeiter, welche jetzt gedankenlos den Führern nachzufolgen pflegen, müsse gehoben werden.

Ferroul aus Paris überbrachte sodann die Grüße der französischen Socialisten und der socialistischen Pariser Kammerfraction.

Liebknecht antwortete in französischer Sprache mit einem Hoch auf die französischen Socialisten.

Frau Marx-Aveling, die Tochter Karl Marx's, die vom französischen Socialistencongress in Lille gekommen war, wurde lebhaft begrüßt.

Die beanständeten Mandate der weiblichen Mitglieder wurden für giltig erklärt, worauf Frau Ihrer für die Bewilligung der Gleichberechtigung der Frauen dankte.

Sodann hielt Abgeordneter Auer sein Referat über Parteiorganisation, die Basis für die Agitation der Zukunft. Er legte den Entwurf vor und nominirte das „Berliner Volksblatt“ als Centralorgan, das zweifellos gut redigirt sei und auch in Zukunft gut oder noch besser redigirt sein werde. Die Localpresse soll hiedurch nicht verkümmert werden.

Der folgende Verhandlungstag brachte das Referat Liebknechts über die Erneuerung des Parteiprogrammes, das eine endlose Debatte hervorrief und mit der Annahme der Liebknecht'schen Resolution schloss, wornach die Reform des Parteiprogrammes, das nicht mehr auf der Höhe der Zeit steht, bis zum nächsten Parteitag aufzuschieben und diesem ein drei Monate vor seinem Zusammentritte zu publicirendes, vom Parteivorstande auszuarbeitendes Parteiprogramm vorzulegen sei.

Liebknecht hob hervor, ein Programm sei immer unvollkommen, zumal bei der socialistischen Partei; es sei überflüssig, hervorzuheben, dass die „socialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands“ — dies soll hinfort die officielle Bezeichnung sein — ausdrücklich im Programm erklären müsse, dass sie schließlich die Republik erstrebe. Das sei selbstverständlich.

Die vierte Hauptverhandlung begann mit der Hinausbeförderung des Berichterstatters des „Halle'schen General-Anzeigers“, weil derselbe von einer geheimen

Sitzung berichtet hatte, welche die socialistischen Abgeordneten mit den französischen Tags vorher gehabt hatten.

Über den Liebknecht'schen Antrag, dass die Religion Privatsache sein müsse, entspann sich eine lange Debatte; man wollte nicht dem Centrum eine starke Waffe gegen den Socialismus in die Hand geben.

Ehrhardt aus Ludwigsstraß tadelte die Haltung der Berliner Genossen, welche die Fürsorge für die ländliche Bevölkerung im Munde führen, mit ihren Berathungen über Religion aber den ländlichen Agitatoren Prügel zwischen die Beine werfen.

Ebenso betonte Schwarz aus Hamburg und der bekannte norddeutsche Bauernagitator Molkenbuhr, dass die Religion nicht angerührt werden dürfe; nur Dr. Rüdt wollte den Kampf gegen das Centrum, noch mehr aber gegen die Muckerei.

Im Schlussworte führte Liebknecht aus, der socialistische Zukunftsstaat sei schwer zu schildern und nur ein Narr könne verlangen, man solle ihm sagen, wie es im socialistischen Zukunftsstaate aussehen werde.

Es könne nicht decretirt werden: an einem bestimmten Tage um 12 Uhr Nachts hört die heutige Gesellschaft auf und tritt die neue in Kraft.

Die Referenten zum Punkte der Tagesordnung: „Stellung der Partei zu Strikes und Boycotts", waren Kloss (Stuttgart) und Grillenberger (Nürnberg).

Kloss führte aus, dass die Arbeiter zu Strikes schon darum berechtigt sind, um sich den Lebensunterhalt zu sichern. Aber nicht nur die finanzielle, sondern auch die taktische Seite müsse berücksichtigt werden. Gegen das Übermaß im Striken müsste aber entschieden protestirt werden.

Grillenberger vertrat die Meinung, dass die Waffe des Boycotts noch vorsichtiger angewendet werden müsse, als die des Arbeitsausstandes. Das einzige Mittel, einen Strike oder Boycott siegreich durchzuführen, ist die Organisation; diese müsse auf das Land hinaus, in die Provinz getragen werden. Dazu sei jetzt die beste Zeit, weil wir in einer Periode des wirtschaftlichen Niederganges stehen.

Der sechste Verhandlungstag brachte das Capitel: „die Parteipresse". Auer stellte als Berichterstatter die unten folgende Resolution, die alles enthalte, was sich über diesen Gegenstand sagen ließe.

Örtl (Nürnberg) warnte vor der Epidemie der Blattgründungen.

Singer widmete sodann einen warmen Nachruf dem im Saale des Congresses plötzlich verstorbenen Hamburger Delegirten Baumgartner und schloss hierauf die Sitzung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung legte Auer dem Congresse den Organisationsentwurf vor. Diesem zufolge ist der Name der Partei geändert, wie bereits an früherer Stelle erwähnt wurde. Der Entwurf wurde mit allen gegen Eine Stimme en bloc angenommen.

Der siebente und letzte Verhandlungstag wurde mit einer Erklärung sämmtlicher Berliner Delegirten eröffnet, nach welcher sie die Behauptung, dass die Berliner Parteigenossen im principiellen Gegensatze zur Partei und zur Parteileitung stehen und einer Spaltung der Partei zustreben, als eine „Verdächtigung" und „Unterstellung" bezeichnen und versichern, dass sie mit allen Kräften an der Einheit, Entwicklung und dem Aufbau der Partei weiterarbeiten werden.

In die Parteileitung wurden gewählt:

Gerisch und Singer zu Vorsitzenden,
Auer und Fischer zu Schriftführern,
Bebel zum Kassier,
Dobber, Herbert, Ewald, Raden, Jacoby, G. Schulz und Behrend zu Controloren.

Berlin ist zum Sitz der Parteileitung ausersehen.

Liebknecht wurde aus dem Grunde nicht in den Vorstand gewählt, weil er seit 1. October mit den Functionen eines Chefredacteurs des jetzigen Centralorgans betraut worden ist.

Der Antrag: die Wahl Liebknechts zum Chefredacteur des officiellen Centralorganes zu sanctioniren und ihn gleichberechtigt mit der Parteileitung zu erklären, wurde einstimmig angenommen.

Von den Anträgen des letzten Verhandlungstages ist Liebknechts Antrag:

„Der Congress beschließt: Der 1. Mai ist dauernd ein Feiertag der Arbeiter, der, entsprechend dem Beschlusse des internationalen Pariser Arbeitercongresses, den Einrichtungen und Verhältnissen des Landes gemäß zu begehen ist. Wenn sich der Arbeitsruhe an diesem Tage Hindernisse in den Weg stellen, so haben die Umzüge, Feste im Freien etc. am ersten Sonntag im Mai stattzufinden"

mit allen gegen drei Stimmen angenommen worden.

Der Antrag Bebels, der Einladung des Generalrathes der belgischen Arbeiterpartei, den nächsten internationalen Socialistencongress in Brüssel stattfinden zu lassen, Folge zu geben, wurde einstimmig angenommen.

Tölcke, der sich rühmte, fast alle Congresse mitgemacht zu haben, stattete dem Bureau den Dank der Delegirten für die Umsicht und Unparteilichkeit ab, worauf Singer die Schlussworte sprach:

„Wir sind zusammengekommen in dem Bewusstsein, dass die Einigkeit der Partei sich glänzend bewähren werde. Die Hoffnungen der gegnerischen Presse sind gescheitert. Trotz mancher unangenehmen Scene ist die Meinung, dass ernsthafte Differenzen durchaus nicht bestehen, noch auf keinem Parteitag so deutlich hervorgetreten wie auf diesem. Besonders haben sich die Berliner Genossen ein Denkmal für ihre Parteitüchtigkeit gesetzt durch ihre heutige Erklärung. Keine Macht der Welt wird mit der Socialdemokratie fertig. Nicht ruhen, nicht rasten wollen wir, bis wir unser Ziel, die Befreiung der Proletarier aller Länder, erreicht haben. So fordere ich Sie auf, mit mir einzustimmen in den dreimaligen Ruf: „Hoch die deutsche, Hoch die internationale, völkerbeglückende Socialdemokratie!"

Hierauf erhoben sich alle Delegirten und sangen stehend die erste Strophe der Arbeitermarseillaise: „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet."

Der Commers, den die Halle'schen Genossen zu Ehren des Parteitages im Saale „Prinz Karl" veranstalteten, wurde eingeleitet mit einem Prolog von Manhard Wittich.

Von auswärtigen Gästen sprachen Hanser (Wien) und Beck (Zürich).

Beck überreichte die rothe Fahne den Kasseler Genossen, die bei Erlass des Socialistengesetzes über die schweizerische Grenze gebracht und von den Züricher Genossen aufbewahrt wurde.

Folgende Resolutionen wurden auf dem Parteitage zu Halle proponirt und angenommen:

1. Die von Auer eingebrachte Resolution über die Parteipresse.

„Der Parteitag beschließt:

In Erwägung, dass die Presse das beste und wirksamste Agitations- und Kampfmittel ist,

in weiterer Erwägung, dass unsere Parteipresse dieser ihrer Aufgabe nur entsprechen kann, wenn ihre Existenz genügend gesichert ist und jeder maßgebende, nicht parteigenössische Einfluss von ihr ferngehalten wird,

spricht der Parteitag die Erwartung aus:

dass die Genossen überall neben der Agitation für die Verbreitung des Centralorgans und der nichtperiodischen Parteiliteratur sich vor allem die Unterstützung und Verbreitung unserer bereits existirenden Localpresse angelegen sein lassen;

dass sie ferner überall streng darauf achten, dass unsere Presse nicht Gegenstand von Privatspeculationen werde, die mit dem Parteizweck nichts gemein haben;

dass die erste und oberste Aufgabe unserer Presse: die Arbeiter aufzuklären und zum Classenbewusstsein zu erziehen, nicht unter Rücksichten auf irgend welche Privatinteressen leide.

Insbesondere empfiehlt der Parteitag den Genossen, bei der Gründung von neuen Parteiblättern möglichst Vorsicht walten zu lassen und solche Unternehmungen unter keinen Umständen zu gründen, bevor sie nicht genau erwogen und sich überzeugt haben, dass die Möglichkeit für die Existenz des Unternehmens aus eigenen Mitteln gegeben und dass vor allem auch die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte zur Leitung eines Blattes vorhanden sind."

2. Die von Kloss und Grillenberger eingebrachte Resolution über Strikes und Boycotts.

„Der Parteitag erklärt: Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Classen, die politischen Rechte und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herabzudrücken, sind Strikes und auch Boycotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterclasse: einmal um die auf ihre materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, dann aber auch, um ihre sociale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

Da aber Strikes und Boycotts zweischneidige Waffen sind, die am unrechten Orte oder zu unrechter Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterclasse mehr schädigen, als fördern können, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern, sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen; insbesondere betrachtet es der Parteitag als eine zwingende Nothwendigkeit, dass die Arbeiterclasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisirt, und zwar möglichst in centralistischen Verbänden, um sowohl durch die Wucht der Zahl, wie die Wucht der materiellen Mittel und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können.

Der Parteitag, von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt allen Parteigenossen kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Zugleich protestirt der Parteitag gegen die erneuten Versuche der Regierungen und der Unternehmerclasse, den in Deutschland vorhandenen Rest des Coalitionsrechtes durch die reactionären Bestimmungen in der Novelle zur Gewerbeordnung vollends zu vernichten und beauftragt die parlamentarischen Vertreter der Partei, diese Versuche mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und dafür einzutreten, dass volle Coalitions- und Vereinigungsfreiheit, diese Grundlage für die Kämpfe der Arbeiterclasse zur Erreichung besserer Existenzbedingungen, erreicht werde."

3. Die von Fischer (London) und Örtel (Nürnberg) beantragte Resolution über die parlamentarische Thätigkeit der Fraction lautete:

„Der Parteitag erklärt, dass die parlamentarische Thätigkeit der Fraction sowohl den Beschlüssen des St. Gallener Parteitages entsprach, als auch die aus der Änderung der politischen Parteigruppirung für die deutsche Socialdemokratie erwachsenen Verpflichtungen völlig erfüllt hat.

Der Parteitag fordert die Fraction deshalb auf, wie bisher die principiellen Forderungen der Socialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Parteien und den Classenstaat rücksichtslos zu vertreten; ebenso aber auch die auf dem Boden der heutigen Gesellschaft möglichen und im Interesse der Arbeiterclasse nöthigen Reformen zu erstreben, ohne über die Bedeutung und Tragweite dieser positiven gesetzgeberischen Thätigkeit für die Classenlage der Arbeiter in politischer wie ökonomischer Hinsicht Zweifel zu lassen, oder Illusionen zu wecken."

4. Die Resolution Bebels über die Gehaltsregulirung war folgende:

„In Erwägung, dass im §. 14 des Organisationsstatuts bestimmt ist, dass die Gehälter für die Parteileitung durch den Parteitag festgesetzt werden sollen; in Erwägung, dass noch nicht zu übersehen ist, wie groß die Arbeit der Parteileitung sein wird, also sich die Höhe der nothwendigen Gehälter nicht genau festsetzen lässt, beschließt der Parteitag, dass die Parteileitung ermächtigt ist, das Gehalt bis zum nächsten Parteitag selber festzusetzen mit der Einschränkung, dass das Gehalt der einzelnen Mitglieder, soweit sie überhaupt Gehälter empfangen, den Betrag von 250 Mark pro Monat nicht übersteigen darf."

Die socialistische Presse und das Vereinswesen hat mit dem Hinwegfall des Socialistengesetzes einen rapiden Aufschwung genommen.

Allein auch schon vor Aufhebung desselben wurde namentlich auf dem Gebiete der Genossenschaftsorganisation ein gewaltiger Schritt nach Vorwärts gemacht.

Der Delegirtentag der westphälischen Bergleute in den ersten Tagen des Monates März ist hiebei in den Vordergrund getreten. Er hat am 9. März eine Resolution beschlossen, welche die Enteignung der Bergwerke behufs Überführung derselben in das Eigenthum der Arbeiter und Beamten verlangte. Dieser Beschluss zeigte hinreichend das Wachsthum der Socialdemokratie in den Kreisen der Bergarbeiter, die noch vor Jahresfrist antisocialistisch dachten.

Am 11. Mai hat in Bochum abermals eine Delegirtenversammlung des rheinisch-westphälischen Bergarbeiterverbandes stattgefunden, welche nicht zu verwechseln ist mit der noch weiter hinaus bestandenen Zechen-Delegirtenversammlung.

Es waren 134 Zahlstellen vertreten; beschlossen wurde, das rheinisch-westphälische Bergarbeiterorgan auch in polnischer Sprache für die zahlreichen polnischen Bergleute in Rheinland-Westphalen erscheinen zu lassen. Die Annahme eines veränderten Verbandstatuts wurde auf den Bergmannstag in Halle a. d. S. verschoben.

Beschlossen wurde ferners eine Unterstützungskasse für gemaßregelte Bergleute zu gründen.

Die „Spitze" (Schröder aus Dortmund und Heininghaus aus Gelsenkirchen) bekam den Auftrag diese Strikeunterstützungskasse überall und sofort zu organisiren. Der Verbandstag der Bergarbeiter in Halle a. d. S. fand im Monate September statt. Die von demselben beschlossenen unvernünftigen und anmaßenden Resolutionen, nach welchen das künftige Schiedsgericht bloß aus Arbeitern bestehen solle, den Arbeitgebern die Entlassung von Arbeitern verboten, die Anstellung entlassener Arbeiter zur Pflicht gemacht werden soll etc., haben auf die große Majorität der Arbeiter überhaupt einen nicht günstigen Eindruck gemacht. Ein ganz besonderes Wachsthum hat die Organisation der deutschen Metallarbeiter aufzuweisen, von denen heute zu verzeichnen sind:

40 Former-Fachvereine,
31 Klempner-Fachvereine,
72 allgemeine Metallarbeitervereine,
17 Maschinenbauer-,
34 Feilhauer-, sowie
14 diverse einschlägige Vereine.

Die Gesammtzahl der an 116 Orten in den 208 Vereinen organisirten Genossen beträgt mehr als 35.000 Mitglieder.

In Leipzig ist am 20. August ein Kartell von 32 Fachvereinen zustande gekommen, dessen Zweck in der folgenden Resolution ausgedrückt ist:

„Veranlasst durch die Versuche der Unternehmer, die Arbeiterorganisationen zu unterdrücken, ist es unbedingt nothwendig, dass die Arbeiter künftig zur Erringung einer besseren Lebenslage gemeinschaftlich handeln, um die Angriffe der Unternehmer energisch zurückzuweisen und jeder Forderung der Arbeiter mehr Nachdruck zu geben. Das soll erreicht werden:

1. Durch gemeinschaftliches Wirken des Arbeiterkartells für die Interessen der Arbeiter;
2. durch regelmäßige Überwachung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse;
3. durch Rechtsbelehrung und Gewährung von Rechtsschutz und
4. durch statistische Erhebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter jeden Gewerbes."

In kurzem wird eine socialdemokratische Gewerkschaftsconferenz in Berlin stattfinden, in welcher eine Vorlage für einen allgemeinen socialdemokratischen Gewerkschaftscongress ausgearbeitet werden soll. Hiebei sollen für die gewerkschaftlichen Organisationen gewisse Normen festgestellt, und die Frage erörtert werden, ob nicht ein einheitliches Vorgehen bei Arbeitseinstellungen, Arbeitsausschlüssen und ähnlichen Angelegenheiten durchführbar sei und in welcher Form sich die einzelnen Organisationen gegenseitig unterstützen könnten, um eventuell alle verfügbaren Kräfte auf einem Punkte concentriren zu können.

Von Interesse war ein Artikel im „Berliner Volksblatt" unmittelbar nach der Maibewegung. Der sehr bemerkenswerte Artikel war „Gewehr bei Fuß" überschrieben und empfahl der deutschen Arbeiterschaft angesichts der gegenwärtigen Lage des Arbeitermarktes, die ganz deutlich eine rückläufige Bewegung der Geschäfte erkennen ließ, sowie des täglich offener zutage tretenden Feldzugsplanes des Unternehmerthums, von jedem nicht unvermeidlichen oder ihnen aufgezwungenen Strike abzusehen und ihre ganze Thätigkeit der Stärkung und dem Ausbau ihrer Organisation, dem Sammeln aller Kräfte und Hilfsmittel zu späteren Kämpfen, sowie der Unterstützung der in Hamburg in Kampf liegenden Organisationen zu widmen. Infolge dieses Artikels ist in Berlin eine Central-Strikecommission in Function getreten.

In der constituirenden Sitzung derselben waren 70 Gewerkschaften durch 146 Delegirte, darunter 4 Frauen, vertreten. Die Versammelten wählten einen Ausschuss von 13 Personen, darunter 3 Frauen, an die sich die Gewerkschaften in allen Strikefällen zu wenden haben, der die Sachlage untersuchen und dem Plenum unterbreiten soll, dem die endgiltige Beschlussfassung unterliegt.

Aus der großen Zahl der Arbeiterversammlungen in Deutschland wird hier jener in Schwarzmüllers Salon in Berlin am 15. September erwähnt, in welcher Liebknecht vor 2500 Personen über die Taktik der Socialdemokratie sprach und auf die Landbevölkerung zu reden kam. Er sagte: „Im Interesse unserer Partei müssen wir wünschen, dass die Landbevölkerung in die Bewegung einbezogen werde und schon auf dem nächsten Parteicongresse zahlreich vertreten wäre. Schon seit 1868 beschäftige sich die Socialdemokratie mit dem Gedanken, die Propaganda auf das flache Land hinauszutragen. Wenn bisher in dieser Beziehung nicht größere Erfolge aufzuweisen seien, so liegt dies nicht daran, dass die Landbevölkerung für unsere Ideen nicht zu gewinnen wäre, sondern dass diese Leute sehr schwer zusammen zu bekommen sind."

Zu erwähnen ist noch die Versammlung des socialdemokratischen Arbeitervereines für den Wahlkreis Sagan-Sprottau in den ersten Tagen des Monates October, weil es nach derselben zu ernsten Ausschreitungen gekommen ist. Die Versammlung selbst war nämlich dem Schicksal der Auflösung verfallen gewesen. Da brach die Menge in ein wüstes Gejohle aus und nahm unter den fortgesetzten Rufen: „Es lebe die Socialdemokratie" einen derartig bedrohlichen Charakter an, dass militärische Hilfe von der Garnison requirirt werden musste. Der Tumult pflanzte sich auf der Straße fort bis zum Bahnhofe, wohin die Sprottauer Arbeiter den Saganer Genossen das Geleite gegeben hatten.

Es gelang, zwei der Haupträdelsführer zu verhaften. Militär, Polizei und Bahnbeamte hielten bis zum Abgang des Saganer Zuges die Ordnung einigermaßen aufrecht, doch als der Nachtzug sich in Bewegung gesetzt hatte, da brach die wilde Horde im Gefühl der Sicherheit nochmals los und „Nieder mit der Regierung!" „Hoch die Socialdemokratie!" erscholl es im wüsten Geschrei. Der diensthabende Stationsbeamte ließ den Zug sofort anhalten und es wurden die Tumultuanten von den Mitfahrenden ausgeschlossen, von denen noch sechs — sämmtlich aus Sagan — verhaftet worden sind.

Die socialistische Presse in Deutschland hat eine bemerkenswerte Wandlung durchgemacht.

Mit dem Hinwegfall des Socialistengesetzes ist eine totale Veränderung der socialistischen Presse eingetreten. Das bisherige Organ der Socialdemokratie deutscher Zunge „Der Socialdemokrat" ist mit dem Wegfall des Socialistengesetzes selbst überflüssig geworden.

Da wiederholte Anfragen bei dem „Socialdemokrat“ einliefen, welcher Ersatz für das eingehende Organ empfohlen würde, hat die Schlussnummer des genannten Blattes einige der eventuellen Nachfolger empfohlen. Es bezeichnete darunter den „Proletarier“, eine Correspondenz für die deutschen Socialisten und Arbeitervereine im Auslande, von welchem wöchentlich eine Nummer erscheint.

Die erste Nummer ist am 4. October 1890 in Zürich unter der Redaction W. Belles erschienen. Der erste Artikel „Was will der Proletarier“ setzte den Zweck seines Daseins auseinander; er müsse als ein Bindeglied zwischen den im Auslande lebenden deutschen Socialisten untereinander und mit den Parteigenossen im Deutschen Reiche dienen. Das Organ versprach, das Hauptgewicht nicht so sehr auf den Kampf gegen die regierenden Gewalten und die herrschenden Zustände im Reiche zu legen, als vielmehr in einer politischen Rundschau die wichtigsten Tagesereignisse, insbesonders auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung, und die jeweilig auftauchenden socialen Fragen zu besprechen.

Der „Proletarier“ hat hienach offenbar den Hauptzweck, auf internationaler Basis die Gegensätze, welche in der Socialdemokratie aller Länder naturgemäß zum Ausdruck gelangen, möglichst auszugleichen, oder doch abzuschwächen und zu mildern, damit aus diesen Gegensätzen keine Nachtheile für die socialdemokratische Bewegung im großen und ganzen eintreten.

An zweiter Stelle nennt der „Socialdemokrat“ die schon seit Jahren erscheinende socialdemokratische Zeitschrift „Die neue Zeit“ unter der Redaction des bekannten socialistischen Schriftstellers Karl Kautzky und im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart. Das Ende des Socialistengesetzes bedeutete für „Die neue Zeit“ eine Reihe von Veränderungen so weitgehender Natur, dass es nothwendig war, mit deren Inslebentreten auch einen neuen Jahrgang zu beginnen. Sie erscheint seit 1. October 1890 als Wochenschrift in Heften von je 32 Seiten und ist ein Organ der Kritik und Forschung des wissenschaftlichen Socialismus, eine Revue der heutigen Gesellschaft und kommenden Erscheinungen. Ständige Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ sind: Bebel, Bernstein, Schippel, Marx-Aveling, Lefargue, Dr. Braun (Berlin) und Dr. Adler (Wien).

Ferners empfiehlt der „Socialdemokrat“ die „Arbeiter-Chronik“, ein Blatt, das unter der Redaction von Grillenberger wöchentlich einmal im Verlage von Wörlein in Nürnberg erscheint. Dieses Blatt verfolgt entschieden die Tendenz des „Socialdemokrat“, aber mit Klugheit und Reserve, weshalb es auch die republikanischen Schrullen des Auerbach und Consorten bekämpft.

Endlich wurde als Nachfolger des „Socialdemokrat“ die „Berliner Volkstribüne“ genannt, die im Verlag von Maurer, Werner und Dimmik in Berlin unter der Redaction des bekannten socialistischen Nationalökonomen Konrad Schmidt wöchentlich einmal erscheint. Diese socialistische Zeitschrift wurde bis zum 1. October von dem Abgeordneten Max Schippel redigirt und scheint die schärfere Tonart in der Socialdemokratie sowie die republikanische Richtung zu vertreten.

Die deutsche Arbeiterpresse wurde vom October ab bedeutend vergrößert und vermehrt. In Breslau wird die „Schlesische Volks-Wacht“ als ein täglich erscheinendes Parteiblatt ins Leben gerufen werden.

Die „Schlesischen Nachrichten“ bleiben daneben als Wochenblatt bestehen. In Erfurt ist die „Thüringer Tribüne“ in das Eigenthum der Partei übergegangen. In Gera wurde in einer am 15. September abgehaltenen Volksversammlung die Gründung einer Tageszeitung beschlossen, die als „Reuß'sche Tribüne“ ins Leben treten soll. Die „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg erscheint seit 1. October im vergrößerten Format. In Ottensee erscheint neu die „Norddeutsche Volkszeitung“, dreimal wöchentlich.

In Hannover wird eine für die ganze Provinz bestimmte und vom Reichsrathsabgeordneten Wurm redigirte täglich erscheinende Zeitung herausgegeben, die den Namen „Volkswille“ führt.

Die „Hessische Volksstimme“ erscheint seit 1. October täglich; in Bielefeld ist die Herausgabe der „Westphälische Volkswacht“ beschlossen und auch in Aachen und Münster sind socialistische Blätter in Vorbereitung, um diese zwei „festesten ultramontanen Hochburgen“ für die Socialdemokratie zu gewinnen. Nach den hierortigen Aufzeichnungen, die allerdings auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen, gibt es mit Ende des Berichtsjahres folgende socialdemokratische Blätter:

1. Der vom 1. Jänner ab als Centralorgan erscheinende „Vorwärts“ (Berliner Volksblatt);
2. eine wissenschaftliche Revue „Die neue Zeit“;
3. 24 täglich erscheinende Zeitungen;
4. 11 dreimal wöchentlich erscheinende Blätter;
5. 3 wöchentlich zweimal;
6. 9 wöchentlich einmal erscheinende Blätter; ferner zwei Witzblätter und ein illustrirtes Unterhaltungsblatt. Die Gewerkschaftspresse bietet eine dreimal wöchentlich, 12 einmal wöchentlich und 3 monatlich einmal erscheinende Blätter. Am 20. December erschien die Probenummer die „Arbeiterin“, eine Zeitschrift für die Interessen der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes, redigirt von Frau Emma Ihrer.

Im Monate Mai ist der zweite Theil der Denkschrift über das Socialistengesetz erschienen, der nach seinem Inhaltsverzeichnisse eine Geschichte der Opfer, Kämpfe und Verfolgungen unter dem Socialistengesetz enthielt.

Der erste Theil war eigentlich ein gedrängter Abriss der Geschichte der deutschen Socialdemokratie, der zweite Theil bedeutete eine Geschichte des Socialistengesetzes, geschrieben von den Opfern desselben.

Dieser hat folgende Capiteln: Städtebilder, Ausgewiesene in Amerika, Nach Amerika Vertriebene, Die Opfer des kleinen Belagerungszustandes, Verzeichnis verbotener Druckschriften, Verzeichnis verbotener Vereine, endlich eine Zusammenstellung der unter der zehnjährigen Herrschaft des Socialistengesetzes erlittenen Freiheitsstrafen in Berlin, Leipzig und Hamburg oder in den übrigen Städten und das Schlusswort.

Die Denkschrift hat in Deutschland große, in Österreich nur geringe Verbreitung gefunden.

Aus der „socialdemokratischen Bibliothek“ in London ist im Jahre 1889 der I. und im Jahre 1890 der II. Theil von „Trutz Eisenstirn, Erzieherisches aus Puttkamerum“ erschienen. Das Buch nennt sich ein vierblätteriges Broschüren-Kleeblatt nebst einem Anhang vom Vetter „Niemand“ und beschäftigt sich mit den „erzieherischen Wirkungen“ des Socialistengesetzes oder vielmehr, das Buch sagt selbst von sich, dass es von erzieherischer Wirkung sei.

Die vier Flugschriften sind angeblich im Auftrage von Hamburger Arbeitern verfasst worden und sollen seinerzeit in Hamburg vertheilt worden sein. Da sie aber Vieles enthalten, „was auch für weitere Kreise nicht ohne Interesse ist“, so hat der Verfasser diese vier Flugschriften in Ein Büchelchen vereinigt.

Der Verfasser gab folgende Vorrede hiezu:

Die Väter des Socialistengesetzes werden daraus ersehen, dass wir nach Kräften bemüht sind, das Wort von den „erzieherischen Wirkungen“ des Socialistengesetzes zur Wahrheit zu machen.“

Die erste Flugschrift betitelt sich: „Anarchismus, Socialdemokratie und revolutionäre Taktik.“ Ein Wort an Freund und Feind. Deutschland im Wonnemonat des achten Jahres der Socialistengesetz-Schande.

Die zweite Flugschrift: „Warum verfolgt man uns?“ ist zur Naturgeschichte des Socialistengesetzes Puttkammer und den „Puttkammerlingen“ gewidmet.

Die dritte und vierte Flugschrift: „Umsturz“ und „Parlamentarismus“ ist den Umstürzlern, beziehungsweise den Parlamentariern gewidmet.

Auch diese Flugschriften haben in Deutschland ziemliche Verbreitung gefunden.

Die anarchistische Bewegung in Deutschland hat auch in diesem Berichtsjahre eine besondere That nicht zu verzeichnen. Von größerem Interesse war ein Hochverrathsprocess, der am 10. Juli in Leipzig vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichtes begonnen hatte und gegen die Anarchistin Reinhold, deren Gatten, dem Schneidermeister R., dann gegen den Maler Behr und gegen den Schlosser Wagenknecht geführt worden war.

Die Angeklagten hatten sich erstens wegen Aufforderung zur Ermordung des Kaisers, zweitens wegen Vorbereitung zur gewaltsamen Änderung des Deutschen Reiches und drittens wegen Beleidigung des Kaisers vor eingangs bezeichnetem Gerichtshofe zu verantworten. Der der Anklage zugrunde liegende Thatbestand war folgender: Ende April 1890 erhielt eine große Anzahl Berliner Bürger durch die neue Berliner Omnibus- und Paketfahrt-Actiengesellschaft verschlossene Briefe, in denen sich Flugblätter und zwar zum Theil in großer Anzahl befanden. In den Flugblättern wurde einmal die Feier des 1. Mai für unsinnig erklärt, weil der Achtstundentag wie überhaupt eine Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung nicht imstande sei, die Lage des Proletariats zu bessern. Das Ziel der Arbeiter sei die Umwandlung des Privateigenthums in gemeinschaftliches Gut Aller, die Zertrümmerung aller Herrschaft durch die sociale Revolution. Im Weiteren wurde in diesen Flugblättern, die in der Druckerei des anarchistischen Blattes „Autonomie“ in London hergestellt waren, zu Gewaltthaten an Personen und zur Ermordung des deutschen Kaisers, sowie zur gewaltsamen Änderung des Deutschen Reiches aufgefordert und endlich waren in den Flugblättern die ärgsten Beleidigungen gegen den Kaiser enthalten. Von den Angeklagten hat nur Frau Reinhold, die offen und frei bekannte, dass sie Anarchistin sei, zugegeben, dass sie die Beförderung der Flugschriften bewirkt habe, behauptete aber, dass sie den Inhalt der Flugschriften nicht gekannt, und dass sie die That allein begangen habe, mithin ihre drei Mitangeklagten, ganz besonders aber ihr Gatte, schuldlos seien.

In der Reinhold'schen Wohnung war das Bild des Schuhmachergehilfen Lieske, der bekanntlich im Jahre 1885 wegen Ermordung des Polizeirathes Rumpf hingerichtet ward, mit Lorbeer umkränzt und waren auch die Bilder der aus Anlass des Dynamitattentats zu Chicago hingerichteten Anarchisten gefunden worden. Ebenso wurden in den Wohnungen der Angeklagten Behr und Wagenknecht viele anarchistische Druckschriften, so auch regelmäßige Correspondenzen mit Londoner Anarchisten und mit einem Manne namens Josef Schütz, der vor einiger Zeit in Aachen wegen Einschmuggelung anarchistischer Druckschriften verhaftet wurde und bei dem eine geheime Anweisung gefunden worden war, auf welche Art am leichtesten anarchistische Schriften von London nach Deutschland und Österreich einzuführen und zu verbreiten seien.

Der Hochverrathsprocess endete mit der Verurtheilung der Frau Reinhold zu sechs Jahren Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust; die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Der Reichsanwalt hatte gegen den Schneidermeister Reinhold acht Jahre Zuchthaus und gegen die übrigen Angeklagten je sechs Jahre Zuchthaus und Ehrverlust beantragt.

Im Monate Juli wurden in Aachen mehrere Arbeiter čechischer Nationalität verhaftet, bei welchen mehrere Tausend Exemplare anarchistischer Druckschriften vorgefunden und von der dortigen Behörde beschlagnahmt wurden, die in deutscher und čechischer Sprache verfasst, in England gedruckt und zur Einschmuggelung nach Österreich bestimmt waren. Unter den saisirten Druckschriften befanden sich die „Pomsta“ Nr. 11 und 12 aus dem Jahre 1888, das Flugblatt „Der Heimatlose“, „An die Frauen des Volkes“, „Arbeiter-Kameraden“ und der Aufruf „Auf ihr Proletarier“. Unter den Verhafteten waren: Wenzl Slansky, Vincenz Weidlich, Robert Schatten, Franz Thum, Anton Tschörner, Edmund und Robert Hirt. Von diesen wurden aber nur Robert Hirt, Tschörner und Franz Dobias zu mehrmonatlichen Gefängnisstrafen verurtheilt.

In Posen wurde in den ersten Tagen des Monates März der russische socialrevolutionäre Emissär Ladislaus Anielewski verhaftet, der mit dem im Jahre 1888 in Krakau verhafteten und ausgewiesenen Karl Studnicki-Gizbert ident ist. Er wurde zugleich mit einem gewissen Liczbinsky in Haft genommen, weil er kurze Zeit vorher durch mehrere Handlungen — Verbreitung von socialrevolutionären Volksaufrufen, Theilnahme an geheimen Verbindungen und Aufwieglung gegen die staatlichen Gewalten — den öffentlichen Frieden gefährdete.

Anielewski räumte ein, vom Centralcomité der Verbindung „Proletaryat“ in Warschau nach Posen gesandt worden zu sein, um socialrevolutionäre Propaganda zu machen.

Zur Aufhebung des Socialistengesetzes in Deutschland schrieb Most in der Nummer 38 der „Freiheit“ vom 20. September:

> . . . . . „Jetzt ist der Moment gekommen, wo die Anarchisten in Deutschland sich zu zeigen haben. Sie müssen heraustreten in die Öffentlichkeit, um so durch das gute Beispiel die Zaghaften zum Anarchismus zu führen.“

Most fordert sodann die, welche das Ausnahmsgesetz in die Fremde trieb, auf, nach Deutschland zurückzukehren, um Propaganda zu machen. Er betonte „mit blutendem Herzen“, dass ihm die Theilnahme an eine solche Heimkehr nicht gegönnt sei, indem ja auch das „gemeine Recht“ sein Kerbholz vollgeschnitten habe.

Die socialdemokratische Bewegung in Deutschland, namentlich in Berlin, sucht nun auch die Arbeiterfrauen zu organisiren.

Bekanntlich waren auf dem Parteitage zu Halle zum erstenmale auch weibliche Delegirte anwesend. Frau Ihrer, die aus Berlin ein Mandat hatte, erstattete am 22. October in einer Arbeiterinnenversammlung in Berlin Bericht über den Congress. Sie sprach für vollständige Gleichstellung der Frau mit dem Mann. Ein Agitationsausschuss wurde gewählt mit dem Auftrage, häufige Versammlungen der Arbeiterinnen einzuberufen.

In einer Resolution wurde verlangt, dass die von Frauen aufgestellten Forderungen bereits von der heutigen Gesellschaft anerkannt würden, und dass immer mehr Frauen und Mädchen sich der socialistischen Partei zuwenden.

Die deutsche Frauenbewegung ist mehr proletarischen Charakters, denn sie ist eine Arbeiterinnenbewegung und ist hervorgegangen aus der Socialdemokratie.

Ihre Forderungen haben einerseits einen wirtschaftlichen Charakter, sie verlangen gleichen Lohn und entsprechende Schutzgesetze, wobei sie sich entschieden gegen solche Schutzgesetze verwahren, welche z. B. das einseitige Verbot der Nachtarbeit für Frauen, ihre wirtschaftliche Gleichheit mit dem Manne stören würde. Einen erbaulichen Einblick in das Familienleben des socialdemokratischen Zukunftsstaates eröffnete die Debatte einer socialdemokratischen Frauenversammlung, welche im letzten Sommer zu Friedenau stattgefunden hatte. In derselben bemerkte Frau Gubela (Berlin), es sei nothwendig, dass nicht bloß die ländlichen Arbeiter, sondern auch die ländlichen Arbeiterinnen sich der großen allgemeinen Arbeiterbewegung anschließen und deshalb sei die Versammlung einberufen worden.

Ein gewisser Peus behandelt hierauf das Familienleben im socialdemokratischen Zukunftsstaate. In diesem wird der Grundsatz: Die Frau gehört ins Haus! nicht mehr gelten. Die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung werde schließlich dahin führen, dass in der Familie auch nicht mehr gekocht werde. Ähnlich werden sich andere Dinge gestalten, kurz die häusliche Arbeit würde aufhören, die Frau werde nicht mehr Hausesclavin sein.

Eine gewisse Frau Zausch erwiderte zwar, dass sie dem Vortragenden keineswegs beistimmen könne, da aber Peus wiederholt erklärte, dass die Stellung des Weibes im socialdemokratischen Staate eine bedeutend bessere sein werde, als heute, so war die Mehrzahl der Versammelten hiemit zufrieden.

In Berlin wurden im Monate September ein socialistischer Massenaustritt aus der Landeskirche eingeleitet. Es fand zu diesem Zwecke eine von 2000 Personen besuchte Versammlung statt, in welcher der socialistische Stadtverordnete Voigtherr über dieses Thema sprach. Er beantragte eine Resolution, dass jeder Theilnehmer an der Versammlung möglichst schnell aus der Landeskirche ausscheiden und seine Kinder vom religiösen Unterrichte fernhalten solle. Bekanntlich hat sich am Parteitage zu Halle die überwiegende Majorität gegen die Bewegung in dieser Richtung ausgesprochen.

Die Socialdemokraten von Berlin und Umgebung nahmen den Todestag Lassalles (31. August) zum Anlass, um wieder ein stärkeres Lebenszeichen von sich zu geben.

In Friedrichshagen, Schwarzendorf, Schlachtensee, Weißensee und Hohen-Neuendorf an der Nordbahn und andern Orten herrschte den ganzen Tag hindurch lebhaftes Treiben. Besonders übervölkert war Friedrichshagen, welchen Ort sich 23 Arbeitervereine der verschiedenen Gewerke zum Ziel erwählt hatten. Schon am frühen Morgen begann eine Auswanderung dahin. Gegen 15 Extrazüge waren in den Fahrplan eingelegt, um den Verkehr an diesem Tag (es war ein Sonntag) zu bewältigen. Dort ging es besonders bunt zu, auch „bunt“ in der materiellen Bedeutung des Wortes, denn rothe Federn auf den Hüten, rothe Kleider, Schleier oder Sonnenschirme etc. spielten eine große Rolle.

Unter der Melodie von kirchlichen und patriotischen Liedern, wurden socialdemokratische Lieder gesungen, dazwischen erschollen Hochrufe auf die revolutionäre Socialdemokratie und endlich hielt ein Genosse eine Ansprache, in welcher er die Versammlung aufforderte, mit dem rothen Banner zu kämpfen. „Die Reformpläne von oben seien nicht genügend und könnten die Arbeiter nicht beglücken.“ Endlich wurde ein Hoch auf den socialistischen Zukunftsstaat ausgebracht und die Marseillaise gesungen.

Zum Schlusse wäre noch des großen Bier-Boycotts zu erwähnen, den Mitte Mai Berliner Arbeiter und in erbitterter Weise geführt haben. Demselben waren fast alle Lagerbierbrauereien unterworfen. Es waren nämlich schon im vorigen Jahre, wie auch an andern Orten in Berlin den Arbeitern so ziemlich sämmtliche Säle zu Versammlungen verloren gegangen. Die Socialisten waren also in Besorgnis, auf jede Agitation in der bevorstehenden Wahlbewegung verzichten zu müssen, wenn sie nicht auf das Mittel gekommen wären, durch welches seiner Zeit der irische Richter James Boycott kirre gemacht wurde, auf den nach ihm benannten Boycott. Es wurde daher von den Arbeitern die sogenannte Localcommission gewählt und ihr der Auftrag zutheil, dafür zu sorgen, dass die Berliner Arbeiterschaft keinen Mangel an Versammlungslocalen habe. Diese Commission nahm nacheinander die verschiedenen Brauereien vor und erklärte ihnen: Entweder Ihr überlasst uns Euere Säle zu Versammlungen, oder Ihr werdet eine erhebliche Verminderung des Bierverbrauches bekommen. Wurde der Saal trotzdem verweigert, so boycottirte man die Brauereien, das heißt das Bier der Brauerei wurde von Arbeitern in keinem Locale getrunken.

Die Brauergesellen nützten den Boycott bei ihren Strikes aus, indem sie von den Socialisten moralische Unterstützung durch Boycottiren jener Brauereien verlangten, die ihre Forderungen nicht erfüllten. Natürlich vereinigten sich die Brauereibesitzer wieder zu einem Ring, indem sie an keine Kunde einer boycottirten Brauerei Bier verabfolgten. Endlich haben aber die von den Socialisten inscenirten Bierboycottversuche durch einen Gerichtsbescheid II. Instanz eine Repression erfahren, infolge dieser Entscheidung können dieselben von nun an mit erhöhten Gefängnisstrafen bedroht werden und seither fanden keine Boycottirungen mehr statt.

In Bochum ist es am Montag den 24. November Abends zu einem Zusammenstoß der Polizei mit Socialdemokraten gekommen.

Als die Polizei eine von Socialdemokraten aufgepflanzte rothe Fahne entfernen wollte, widersetzte sich eine Anzahl Socialdemokraten und es entstand ein heftiger Kampf zwischen Letzteren und zehn Polizisten. Sechzehn Socialdemokraten wurden verhaftet, sieben derselben waren mit Schießwaffen versehen.

Schweiz.

Den Stand der socialdemokratischen Bewegung in der Schweiz hat der Socialist Steck auf dem schweizerischen socialdemokratischen Parteitage in Zürich am Sonntag den 16. November, den dreißig Delegirten und Vertrauensmännern aus 14 Orten folgendermaßen geschildert:

Das Jahr 1890 war für die Partei ein ziemlich stilles; es brachte keine Kämpfe gegen die Bourgeoisie und die alten Parteien, es hatte nicht wie das vorhergehende Jahr den Referendums-Feldzug gegen den Generalanwalt.

Der Oltner Arbeitertag und das Centralfest des Grütlivereines nahmen das Interesse der Arbeiter voll in Anspruch. Die socialdemokratische Partei hat sich wenig ausgebreitet an numerischer Macht, aber sie steht abgeklärter gegen außen, namentlich gegen die ihr zunächst stehenden bürgerlichen Parteien da. Das socialdemokratische Bewusstsein ihrer Mitglieder hat zugenommen, die Überzeugung sich vertieft, die Scheidung von der reactionären Masse der Bourgeoisie schärferen politischen Ausdruck erhalten.

Die ganze organisirte Arbeiterschaft beginnt selbständiger aufzutreten und diese Selbständigkeit muss sie in die Arme der Socialdemokraten führen. Die nächsten Jahre werden daher bedeutenden Zuwachs bringen. Bezüglich der in die Massen zu tragenden Agitation sagte der Bericht:

„Wir müssen immer neue Wege zum Herzen des Volkes in der Agitation suchen und dürfen weder in ein Schablonenthum, noch in einen farblosen Opportunismus verfallen. Unsere Grundsätze müssen der Fels, sein, an dem sich alle Wogen brechen."

Die Thätigkeit des Parteicomités ist auch stets diesen Grundsätzen gefolgt und hatte das Hauptaugenmerk auf die Ausbildung und Festigung der Organisation, dann auf die Agitation für dieselbe und für das socialdemokratische Programm gerichtet.

In der Agitation wurde das Parteicomité von 54 Grütlivereinen unterstützt, welche die Flugblätter verbreiten halfen, von welchen das Flugblatt „Wo fehlts" das bedeutsamste ist.

Die Beschlüsse des letzten Parteitages bezüglich des Widerstandes gegen jede weitere Ausdehnung der politischen Polizei und gegen die reactionäre Ergänzung des Bundesstrafrechtes fanden im Berichtsjahre noch keine Anwendung. Hiebei machte der Berichterstatter auf die Sorge der herrschenden Freisinnigen um ihre eigenen Leute aufmerksam, indem er auf die kleine Empörung im Canton Tessin anspielte und sagte:

„Die Anarchisten steckte man wegen eines einfältigen Flugblattes monatelang ein und ruinirte sie und ihre Angehörigen; die bewaffneten Empörer der letzten Zeit aber gehen frei und stolz auf ihre Thaten einher."

Übergehend zur Betheiligung an der praktischen Politik erwähnte der Bericht die Theilnahme an den Nationalrathswahlen, an der Maifeier, am Oltener Arbeitertage, an der Referendumsbewegung gegen die Lebensmittelzölle. Der Bericht gedachte endlich der Parteifinanzen, die er als nicht glänzend bezeichnete, es wurden zu wenig Parteimarken abgesetzt und es müsste in Hinkunft in dieser Richtung viel mehr gearbeitet werden.

Was die vorerwähnte Betheiligung an der praktischen Politik betrifft, so hatte der Sieg der deutschen Socialdemokratie bei den Wahlen für den Reichstag am 20. Februar 1890 auch die Schweizer Arbeiter veranlasst, für die Cantons- und Regierungsrathswahlen des Cantons Zürich selbständige Candidaten aufzustellen.

Diese Wahlen haben am 4. Mai stattgefunden und da die obigen Beschlüsse erst am 13. April gefasst wurden, so war von vornehcrein wenig Aussicht auf Erfolg vorhanden, was auch eintraf.

Es brachten zwar die am 10. Mai in Basel und Bern beendeten Landtagswahlen im ersteren Cantone eine Vermehrung der Arbeitervertreter von 6 auf 26. Allein davon waren nur 5 ausgesprochene und überzeugte Socialdemokraten, während die übrigen 21 Vertrauensmänner der Arbeiterpartei mehr oder weniger entschieden demokratische Leute waren.

Die Vertreter haben sich aber doch geeinigt, im Cantonsrathe eine selbständige Gruppe zu bilden. In Bern haben sich die Stimmen der Socialdemokraten bedeutend vermehrt, dagegen ist nur Ein Socialdemokrat in den Cantonsrath gewählt worden, nämlich der Buchbinder Siebenmann, während der vielbewährte socialistische Parteimann A. Reichel seinem conservativen Gegner gegenüber unterlegen ist. Hingegen wurden in Biel drei Vertreter der Arbeiterpartei gewählt, welche sich aber in der Folge nicht als vollständige Socialdemokraten erwiesen haben.

Durch seine Niederlage bei der Cantonrathswahl verbittert, zog Reichel im „Schweizerischen Socialdemokraten" gegen die Gesellschaftsordnung, besonders aber gegen das neue Auslieferungsgesetz zu Felde, wie es der schweizerische Bundesrath ausgearbeitet und im Monate Juni dem eidgenössischen Rathe vorgelegt hat.

Es war namentlich der Artikel 10 dieses Entwurfes, der von politischen Verbrechen und Vergehen handelt, welcher die größte Aufregung im socialistischen Lager veranlasst hatte.

Der Artikel lautet:

„Wegen politischer Verbrechen und Vergehen wird die Auslieferung nicht bewilligt. Sie wird indessen bewilligt, wenn die Handlung vorwiegend den Charakter eines gemeinen Verbrechens oder Vergehens hat."

Der Bundesrath hatte nicht nur den Entwurf der Expertencommission acceptirt, sondern demselben noch eine verschärfte Form gegeben, weil im zweiten Satze der Passus „wird indessen bewilligt" statt des ursprünglich „kann bewilligt werden" aufgenommen worden ist.

Darin erblickte Socialist A. Reichel und seine Genossen die Gefahr, dass politische Verbrecher unter allen Umständen ausgewiesen werden. Die Aufregung steigerte sich noch erheblich, als die Züricher Stadtpolizei in Nummer 33 des Amtsblattes des Cantons Zürich eine Ausnahmsverfügung dictirte, der zufolge es verboten wurde, die öffentlichen Straßen und Plätze dazu zu benützen, um durch Postenstehen, Aufstellen von Gruppen, Patrouilliren vor den Werkstätten, unberufenes Begleiten oder in ähnlicher Weise eine Arbeitseinstellung hervorzurufen, oder einer bestehenden Ausdehnung zu verschaffen. Die Stadtpolizei hat aber dieses Verbot über eine Beschwerde des Generalausschusses des Verbandes der Grütli- und Arbeitervereine an den Stadtrath der Stadt Zürich wieder zurückgezogen.

Der Generalausschuss der Grütlivereine — ein Gemisch von Professoren, Advocaten, Ärzten, Gewerbetreibenden, Bauern und Arbeitern — hob in der Beschwerdeschrift zuerst hervor, dass er nicht durchaus socialistisch gesinnt sei, aber doch gegen obige Verfügung protestiren müsse und wies in seiner Beschwerde, um seine nicht durchaus socialistische Gesinnung zu beweisen, auch auf die Haltung der Grütlivereine zur Maidemonstration hin, welche sogar gegen eine Feier des 1. Mai agitirten, woher es kam, dass die Maidemonstration in der Schweiz im allgemeinen wenig Anklang gefunden habe; denn mit Ausnahme von Zürich, woselbst 6000 Arbeiter an der Maifeier theilnahmen und in den Morgenstunden ein Placat an die Mauern geklebt wurde:

„Wir wollen nicht mehr bitten, sondern selbst nehmen. Ein Jeder soll an diesem Tag seine indivi-

duelle Revolution machen. Es lebe die sociale Revolution"!

haben an keinem Orte in der Schweiz größere Demonstrationen am 1. Mai stattgefunden.

Der bereits obenerwähnte Arbeitertag des schweizerischen Arbeiterbundes, welcher am Ostermontag in dem schweizerischen Städtchen Olten des Cantons Solothurn stattgefunden hatte, war von 37 größeren Verbänden und 90 kleineren Vereinen der verschiedensten politischen, socialen und religiösen Richtungen, insgesammt 114.449 Mitglieder zählend, durch 247 Delegirte beschickt. Doch überwog, wie die Zusammensetzung des Bureaus und die gefassten Beschlüsse ergaben, das vorgeschrittene socialistische Element. Das Bureau bestand aus: Scherrer (St. Gallen), Lang (Zürich), Präsidium; Houst (Chaux de Fonds) und Vogelsanger (Chur) Schriftführer; Brandt (St. Gallen) und Pierre Noud (Chaux de Fonds) Dolmetsch.

Unter den Beschlüssen die gefasst wurden, dürfte besonders derjenige, betreffend Erweiterung des schweizerischen Fabriksgesetzes, interessiren. Die Hauptforderungen des Arbeitertages in dieser Richtung sind:

Ausdehnung des Begriffes „Fabrik" auf jeden gewerblichen Betrieb, der seine Producte in größeren Quantitäten für den Handel herstellt oder in welchen mit Maschinen oder sonst unter gefahrdrohenden Umständen gearbeitet wird, oder wo eine Mehrzahl von Arbeitern gleichzeitig und regelmäßig angestellt sind.

Maximalarbeitstag von zehn Stunden; Erschwerung der Überzeitbewilligung, Beschränkung der Lohnabzüge, Vermehrung der Fabriksinspectoren.

Es gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Der schweizerische Arbeitertag erwartet, dass der Bundesrath die Rede- und Pressfreiheit und das Versammlungsrecht, welche den Schweizerbürgern gewährleistet sind, unverkürzt auch den Fremden zutheil werden lasse.

Die schweizerische Arbeiterschaft erklärt ihre volle Solidarität mit der kämpfenden Arbeiterschaft der ganzen Welt" . . . . .

Damit wurde der Parteitag geschlossen.

Von Aufsehen erregender Wirkung war die im Monate Juni vom Parteicomité der schweizerischen socialdemokratischen Partei effectuirte Verbreitung des schon oberwähnten Flugblattes „Wo fehlts?", in welchem die allgemeinen grundsätzlichen Bestrebungen der Socialdemokratie dargelegt wurden, und welches die Bestimmung enthielt: „Allerwärts in Stadt und Land, in den Thälern wie auf den Bergen nicht nur der Schweiz, sondern auch aller übrigen Länder deutscher Zunge verbreitet zu werden."

Das Flugblatt enthielt eine Reihe von Fragen an die armen Arbeiter, wie:

„Hast du eine kleine Wohnung, oder ist sie nicht freundlich und gesund genug? Fehlt es dir an Geräthschaften, an Nahrung, an Kleidern, an Vergnügen?

und es ertheilte die Antwort:

„Es ist überall Raum für eine Hütte und es sind genug Steine etc. da, ebenso seien alle Magazine voll von Geräthschaften, Kleidern und Lebensmittel; die Natur etc. bietet alles Vergügen. Alles ist im Überfluss vorhanden, und wenn den Arbeitern etwas fehlt, woher kommt denn das? Woher überhaupt die Armut des Volkes bei dem Überfluss von Gütern? Weil es eben nur Arme und Reiche gibt."

Die Flugschrift kommt natürlich zu folgendem Schlusse:

. . . . . „Es gibt darum nur Ein Mittel der Abhilfe, der wirklichen Lösung der socialen Frage und das ist die Überführung der Productionsmittel in den Besitz des gesammten Volkes.

Das ist das Streben unserer Partei sowie der Socialdemokratie aller Länder."

Im Monate Juni forderte der Posamentirerverein in Basel in einem Aufrufe sämmtliche der Textilbranche angehörenden Verbände auf, die Frage der Abhaltung eines internationalen Textilarbeitercongresses in Basel zu berathen.

Zweck des Congresses soll sein, Mittel und Wege zu berathen, wie die Lage der Textilarbeiter zu bessern, sowie eine engere Verbindung unter denselben anzubahnen sei. Die Abhaltung des Congresses ist noch nicht gesichert.

Im Monate September haben in Bern 26 Gewerkschaften, Arbeiterinnen- und Arbeitervereine ein „Stadtbernisches Arbeitersecretariat" gegründet. Das Programm, welches dem in der Person des Russen Dr. Wassilief ernannten Secretär zugewiesen wurde, besteht in Folgendem:

a) Organisation der Maßnahmen zum Zwecke der Bildung neuer Gewerkschaften und Arbeiterverbindungen.

b) Organisation der Verbreitung des allgemeinen Wissens und speciell des Verständnisses des modernen ökonomischen und politischen Lebens und der weltbewegenden Idee der Socialdemokratie.

c) Organisation des geschlossenen Auftretens in allen Wahlen und anderen politischen und gewerkschaftlichen Angelegenheiten.

d) Sammlung des Materials zur Kenntnis der Lage der Besitzlosen der Stadt Bern und Umgebung.

Dem mit 1000 Francs honorirten Arbeitersecretär ist eine siebengliedrige Commission beigeordnet.

Über den gleich eingangs dieser Darstellung erwähnten schweizerischen socialdemokratischen Parteitag in Zürich am 16. November ist noch nachzutragen, dass im Verlaufe desselben Reichel abermals auf die Zusatzartikel zum Bundesstrafrecht zurückkam. In seinen Ausführungen wurde er noch von Lang und Seidel unterstützt. Mit Bezug auf die Rechts- und Verfassungsverletzungen durch ein „protziges Fabrikantenthum" wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Der socialdemokratische Parteitag, in Anbetracht, dass seitens der schweizerischen Arbeitgeber das Vereins- und Versammlungsrecht immer mehr bekämpft wird, verlangt von der eidgenössischen Behörde ein Gesetz, das jeden Angriff auf das Coalitions- und Versammlungsrecht der Arbeiter bestraft."

Zürich ist nach wie vor das Agitationsfeld der Socialisten, dort wurde am 24. November unter großer Betheiligung mit einer Mehrheit von 2000 Stimmen der erste Socialdemokrat, Redacteur Vogelsanger in das schweizerische Parlament gewählt.

Wie Zürich für Socialisten, ist Genf für anarchistisch gesinnte Personen ein Herd der Bewegung. Die dortigen Behörden unterlassen nicht, mit Strenge gegen deren Ausschreitungen vorzugehen. So hat das dortige Polizeidepartement nach Einsichtnahme der aufrührerischen Reden des Anarchisten Barbe (aus Frankreich) in der Versammlung der Zimmerleute am 9. Juni dessen sofortige Ausweisung aus dem Cantone beschlossen. Derselbe

hatte gesagt, man solle zum Meister gehen und ihm seine „sieben Sachen“ wegschleppen.

Am 11. November wurden in Genf in allen Straßen Exemplare eines anarchistischen Aufrufes gefunden, welcher zum Kampfe gegen die bestehende Ordnung und Gesellschaft aufforderte.

Solche Pamphlete, in welchen der Umsturz der öffentlichen Ordnung als Ziel proclamirt wurde, sind auch in der Nacht vom 10. auf den 11. September nach einer Versammlung in Genf ausgestreut worden, in welcher heftige Reden gegen die russische Regierung und gegen die Eidgenossenschaft gehalten worden sind. Infolge dessen wurden nachstehende Personen unter Anklage gestellt:

1. Maurice Ardaine, Coiffeur (Franzose);
2. Ferdinand Vignet, Schuster (Franzose);
3. Marco Sullam, Student (Grieche);
4. Praskiew Stojanow, Student (Bulgare);
5. Giacomo Petraroga, Schneider (Italiener);
6. Bernard Paul, Schuster (Franzose);
7. Louis Josef Gallini, Student (Italiener);
8. C. Soiss, Mechaniker (aus der Schweiz) und
9. Lucian Weil, Journalist (Belgier).

Zugleich beschloss der Bundesrath über Antrag des Bundesanwaltes, infolge maßloser Agitationen einige dieser Leute, „weil sie die anarchistische Propaganda auch in der Schweiz fortsetzten, den gewaltsamen Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung predigten und als geeignete Mittel hiezu den Mord und andere verbrecherische Handlungen bezeichneten“, aus der Schweiz auszuweisen.

Von den so Gemaßregelten sind Bernard und Weil nach Brüssel, Gallini und Stojanow nach Italien abgereist, während das Ziel der Reise der übrigen Ausgewiesenen nicht bekannt geworden ist.

Dänemark.

Im vorjährigen Berichte über die socialistische Bewegung in Dänemark wurde erwähnt, dass die dänischen Socialisten ihrer vorwiegenden Mehrzahl nach marxistisch gesinnt sind, aber dass sie bisher an possibilistische Bündnisse mit dem bürgerlichen Radicalismus gewöhnt gewesen sind.

Bei den Neuwahlen im Monate Jänner 1890 haben diese Bündnisse der Socialisten ihre Probe abgelegt, es wurde den linksstehenden Parteien des Folkething erheblicher Zuwachs zugeführt und wurden unter andern auch drei Socialisten in dasselbe gewählt: P. Holm, C. Hördum und Harald Jensen, welche sofort in engste Beziehungen zu den deutschen Parteiführern getreten sind und von denen Jensen mit Andersen regelmäßig an der Spitze gestanden ist, wenn es galt die deutschen Socialisten pecuniär zu unterstützen.

Dieser kleine Erfolg bei den Wahlen in Dänemark selbst, noch mehr aber der Erfolg, den die Socialdemokraten am 20. Februar in Deutschland errungen haben, hat nicht verfehlt in den Reihen der socialistischen Parteien in Dänemark einigen Eindruck zu machen. Die socialdemokratische Partei in Dänemark ist trotz ihrer Wahlerfolge in Kopenhagen numerisch nicht sehr bedeutend, ja die schwächste aller Parteien im Lande und zählt außerhalb der Hauptstadt im Lande nur wenig Anhänger. Sie hat demnach ihren kleinen Erfolg einzig und allein der Unterstützung der Liberalen zu danken gehabt, deren Bündnis die Socialdemokraten wieder nur dadurch erlangen konnten, dass sie sich wiederholt und ausdrücklich verpflichtet hatten, ihre Bestrebungen ausschließlich auf dem Boden des Gesetzes und innerhalb des Rahmens der Verfassung zu verfolgen.

Es sind daher die Führer der dänischen Socialdemokraten im Interesse ihrer Stellung als Partei und ihrer Vertreter im Reichsrathe, noch für geraume Zeit genöthigt, an der Allianz mit den Liberalen festzuhalten, den Boden der Legalität nicht zu verlassen und etwaigen anarchistischen Velleitäten im Schoße dieser Partei selbst entgegenzutreten, woraus sich die später erwähnte Spaltung der Partei ergeben hat.

Wie in Deutschland hat der Erfolg der Wahlen und eine maßlose Agitation für die Maidemonstration auch im Staate Dänemark die socialistische Partei übermüthig gemacht. Es hat daher die dänische Regierung zuletzt in der officiösen Zeitung „Berlinsge Tidende“ erklären lassen, dass socialistische Agitationen und Drohungen gegen nichtsocialistische Arbeiter in den Werkstätten und auf den Arbeitsplätzen, insbesondere auf jenen des Staates künftighin nicht geduldet werden würden. Nach der Maidemonstration kehrte die Besonnenheit zurück und mit ihr begann die Organisation der Partei.

Die dortige Organisation der Arbeiter zerfällt zur Zeit in zwei Theile: Die politische Agitation und die der Fachvereine.

Die letzteren zählen in Kopenhagen 20.000 und außerhalb Kopenhagens gegen 11.000 Mitglieder.

In Betreff der Strikebewegung in Dänemark wird bemerkt, dass, wenn auch die Strikenden im Kampfe unterlegen sind, sie doch an Organisation gewonnen haben. Als eclatantes Beispiel in dieser Beziehung kann der Maurerstrike angeführt werden.

Vor Ausbruch des Strikes war in dieser Branche so gut wie keine Organisation, nach demselben konnte die Organisation unter den Maurergehilfen als eine der besten des Landes bezeichnet werden.

Die politische Organisation zählte gegen 109 Vereine mit etwa 14.000 Mitgliedern, die bei den großen Wahlen (besonders in Kopenhagen) mit den Radicalen zusammengearbeitet haben, worüber H. Jensen in Christiania auf dem dritten allgemeinen skandinavischen Arbeitercongresse berichtete, auf welchem von dänischen Vereinen 21 beim Congresse vertreten waren und auf welchem Jensen am Schlusse seiner Rede betonte, dass man in Dänemark einen Zusammenschluss mit den Arbeitern der andern skandinavischen Länder wünsche.

Auf diesem skandinavischen Arbeitercongresse, von welchem übrigens bei der Darstellung der Bewegung in Schweden und Norwegen noch die Rede sein wird, sind dänischerseits mehrere Vorschläge zu Beschlüssen vorgelegt worden, welche sämmtlich in der Richtung einer starken Organisation der Fachvereine mit internationaler oder jedenfalls skandinavischer Richtung gehen.

An diesem Arbeitercongresse nahmen drei Frauen theil, davon zwei aus Dänemark: Johanna Spendsen für den „dänischen Weberbund“ und Anna Jensen für die „gesammten Frauenvereine“ Dänemarks.

Die dänische Socialdemokratie wirkte bis Ende des Berichtsjahres durch fünf Tagesblätter, theils durch die Verbreitung socialistischer Schriften, theils durch mündliche Agitation.

Von den fünf Tagesblättern, die von der Partei herausgegeben werden, erscheint das eine in Kopenhagen in einer täglichen Auflage von circa 22.000 Exemplaren. Die übrigen vier erscheinen in Jütland, beziehungsweise in den Städten Aarhus, Horsens, Randers und Aalborg.

Die socialistischen Schriften, die von der Partei herausgegeben wurden, waren theils originale, theils übersetzte Arbeiten, welche fast alle im Hauptorgan, dem

„Socialdemokraten“, veröffentlicht worden, aber auch im Sonderabdruck erschienen und in einer großen Anzahl Exemplaren über das ganze Land verbreitet worden sind.

Das wichtigste Begebnis in der dänischen Bewegung bildete im Berichtsjahre der in den Tagen vom 12. bis 22. Juni in Kopenhagen abgehaltene vierte Congress der dänischen socialdemokratischen Partei, welcher nur von den 66 Delegirten des socialdemokratischen „Verbandes“ (34 Vereine) vertreten war.

Nach einer Mittheilung des Vorsitzenden dieses Congresses gibt es in der Hauptstadt und in den Provinzen 390 socialdemokratische Vereine mit 45.000 Mitgliedern.

Diese Vereine sind in sechs Agitationsdistricte eingetheilt, von welchen jeder seinen eigenen „Agitationsfond“ besitzt. Auf dem Congresse wurde in erster Linie über das Verhältnis der Socialdemokraten zu den andern politischen Parteien, über eine neue Parteiorganisation, über die Abschaffung des Erbrechtes und über die Arbeit der Kinder in den Fabriken verhandelt.

Ein Vorschlag, sieben schon lange vorher, nach den Ausfall der Wahlen in das Folkething, ausgeschlossene „revolutionäre“ Mitglieder wieder aufzunehmen, wurde von der Tagesordnung gestrichen und ein anderer Vorschlag, nach welchem Agitationsschulen errichtet werden sollen, wurde nach langer Berathung mit der Motivirung verworfen, dass die Bewegung die beste Schule sei und dass man praktische, nicht „theoretische“ Socialisten benöthige.

Schließlich wurde bestimmt, dass jedes Mitglied in den Städten 25 Öre (20 Pfennige) und auf dem Lande 15 Öre zum Agitationsfond beitragen solle und dass die Hinaustragung des Socialismus auf das flache Land höchst wünschenswert sei.

Der auf dem Kopenhagener Congress aufgestellte Feldzugsplan hat auch wieder große Ähnlichkeit mit demjenigen der deutschen Socialisten.

In Dänemark wie in Deutschland empfindet die Socialdemokratie das Bedürfnis, ihr Programm zu erweitern, um neue Anhänger aus der Mitte der ackerbautreibenden Bevölkerung zu gewinnen.

Dies scheint nach den Erklärungen eines Delegirten auf dem Congresse zu Kopenhagen besonders in den Ländern der skandinavischen Halbinsel wünschenswert, weil dort die Industriearbeiten verhältnismäßig wenig zahlreich sind.

Die dänischen socialdemokratischen Führer haben auch seither wiederholt erklärt, dass die parlamentarische Socialdemokratie keinen Wert habe, so lange sie nicht durch das Proletariat der Landbevölkerung unterstützt werde und dass also das unmittelbare Ziel der skandinavischen Socialdemokratie die Reorganisation der ländlichen Bevölkerung sei.

Aus dem Grunde fangen sie bereits an, in Versammlungen die besitzenden Landwirte als ebensolche „Menschenschinder“ zu bezeichnen wie die Großindustriellen und hetzen hiedurch die Feldarbeiter gegen die Classe der Landwirte auf.

Das Ergebnis des Congresses zu Kopenhagen befriedigte aber nicht alle Parteien der Socialdemokratie in Dänemark und wurde schon mit der Stellung des obigen Antrages auf Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Mitglieder der Keim der Uneinigkeit gelegt.

Der im Monate September erfolgte Ausfall der Wahlen des Landsthing (Herrenhaus), in welches zum erstenmale zwei Socialisten gewählt wurden, trug noch viel dazu bei, die Uneinigkeit zu fördern, und so ist es gegen Ende des Jahres in Dänemark hauptsächlich infolge der beliebten Bündnisse mit den Liberalen zu einer Spaltung in der Partei gekommen, indem sich die Opposition in derselben lostrennte und sich selbständig organisirte.

Bei dieser Gelegenheit stellte sich die Oppositionspartei auf den Standpunkt der Existenzberechtigung, indem sie erklärte, dass die dänische Partei bisher thatsächlich nichts als Possibilismus betrieben habe, bei allen Wahlen mit den Liberalen gelaufen sei, für die Weckung des Classenbewusstseins unter den Arbeitern aber gar nichts gethan habe.

Auf diese Weise sei es ihr allerdings gelungen, drei Sitze in der Volksvertretung, ja noch mehr, sogar zwei Sitze in dem Landsthing zu erringen.

Von Interesse war der Strike der bereits oben erwähnten Maurergehilfen in Kopenhagen, welcher von socialistischer Hand vorbereitet, eingeführt und eingeleitet, am 11. Mai den Anfang nahm, volle 66 Tage dauerte und an welchen sich 2000 Gehilfen betheiligten.

Der Strike hatte deshalb besonderes Interesse, weil er durch die Hartnäckigkeit beider Parteien sowie durch Organisation und Disciplin der Arbeiter in gleicher Weise ausgezeichnet war.

Die Strikekassa der Arbeiter soll zu Beginn des Ausstandes an 50.000 Kronen betragen haben; schließlich stellte die Strikekassa sogar Bons für Bäcker, Fleischer etc. aus, die erst nach Wiederaufnahme der Arbeit ausbezahlt werden sollten und die anfangs mit Widerstreben, endlich aber doch von Victualienhändlern angenommen worden sind.

Der Strike fand sein Ende durch nachstehenden Beschluss der Bauunternehmer. Dieselben traten zusammen, zeichneten einen Garantiefond von 100.000 Kronen zur Unterstützung armer Collegen und erklärten dem Arbeitersyndicate am 15. Juli, dass, wenn die Maurer bis Ende der Woche zu den alten Bedingungen die Arbeit nicht aufnehmen würden, sie entschlossen seien, jede Bauthätigkeit bis zur Sommersaison 1891 ihrerseits einzustellen.

Das wirkte; am 17. Juli erfolgte die Arbeitsaufnahme durch alle 2000 Gehilfen, die durch den Strike eine Million Kronen verloren hatten.

Schweden und Norwegen.

In diesen beiden Ländern hat die socialdemokratische Bewegung in den ersten Monaten des vorigen Jahres nur geringe Fortschritte gemacht. Die Partei ist noch viel zu jung und zu schwach, um sich mit den Parteien anderer Länder zu messen oder zu vergleichen. Außerdem hat die Regierung beider Länder, namentlich in Norwegen, gerade im letzten Jahre viele Maßnahmen zum Schutze der arbeitenden Classen in Vorbereitung genommen und einen dahin zielenden Gesetzentwurf bereits dem gesetzgebenden Körper vorgelegt. Die Bestimmungen desselben erstreckten sich auf sämmtliche Fabriken mit Ausschluss der „Werkstätten“ und bezogen sich auf folgende Fragen

1. Sicherheitliche und sanitäre Maßregeln etc.
2. Regelung des Arbeitscontractes zwischen Arbeitsgebern und Arbeitsnehmern.
3. Controlbestimmung und
4. Strafsätze.

Endlich wurde die Kinderarbeit und die Arbeit jugendlicher Hilfsarbeiter in einer der bisherigen Gesetzgebung in einigen auropäischen Ländern ähnlichen Weise geregelt.

Die Unzufriedenheit mit dem laxen Gange der Bewegung in den beiden Ländern kam auf dem zu Christiania in den Ostertagen abgehaltenen dritten allgemeinen skandinavischen Arbeitercongresse zum Ausdrucke, auf welchem von schwedischen Vereinen nur 5 und von norwegischen 38 mit 58 Vertretern erschienen waren.

Für Norwegen erklärte Bürstenbinder Jeppensen, dass die Fortschrittsfraction im norwegischen Parlamente zum großen Theil Schuld daran sei, dass die Arbeitersache im Lande noch nicht weiter vorwärts gekommen sei.

Die Arbeiterpartei hätte den Versprechungen der Linken vertraut und wäre bitterlich getäuscht worden. Das Organ der Socialisten zählte nach einer sechsjährigen Thätigkeit nur gegen 1400 Abonnenten. Betreffend die Verhältnisse in Schweden erklärte Axel Danielson, dass die Fachvereine im beständigen Fortgange, die politischen Vereine dagegen im Rückgange begriffen seien. Die Arbeiterbewegung stehe übrigens in Schweden auf fast demselben Standpunkte wie in Norwegen. Eine Frau Margarethe Vullum (Gattin des norwegischen Redacteurs Vullum) war als Vertreterin für den „Fachverein der Zündholzpackerinnen" in Christiania auf dem Congresse erschienen. Am 1. Mai fanden in Christiania und in Stockholm, sowie in den meisten übrigen Städten der beiden Königreiche, Demonstrationen zu Gunsten des achtstündigen Arbeiterstages statt und von diesem Tage ab hat die socialdemokratische Bewegung in diesen Ländern einen Aufschwung genommen, welcher von dem Radactionssecretär H. Bergegreen des stark verbreiteten socialistischen Blattes „Der Socialdemokrat" zur intensiven Agitation benützt wurde.

Der Aufschwung in der Bewegung machte sich schon auf dem Congresse der socialdemokratischen Partei zu Stockholm am 25. und 26. Mai 1890 geltend.

Von den auf diesem Congresse gefassten Beschlüssen sind hervorzuheben:

Bei den Reichsrathswahlen kann die Partei nur mit solchen Parteien zusammen gehen, welche folgende Hauptforderungen des socialdemokratischen Programmes anerkennen:

Allgemeines Wahlrecht, Rede- und Versammlungsfreiheit, gesetzliche Feststellung des achtstündigen Arbeitstages und gründliche Arbeiterschutzgesetzgebung. Die Strikebewegung ist derart zu organisiren, dass zunächst in denjenigen Betrieben die Arbeit eingestellt wird, in welchen der Lohn niedriger als ein angemessenes Existenzminimum ist. Derartige Arbeitseinstellungen müssten in erster Linie unterstützt werden.

Endlich wurde auf diesem Congresse beschlossen, die Agitation auf die landwirtschaftlichen Arbeiter auszudehnen, durch Vertheilung geeigneter Schriften unter letztere und durch Bestellung von Agitatoren, welche die ländliche Bevölkerung kennen.

Infolge der nach dem 1. Mai durch Bergegreen eingeleiteten Agitationen ist es in Malmö am 4. Juni zu ernsten Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Militär gekommen. Der Grund war das Verbot einer Arbeiterversammlung zu deren Besuch das socialistische Wochenblatt „Arbetet" trotz des Verbotes aufgefordert hatte. Es wurden viele Personen verwundet und viele Verhaftungen vorgenommen. In reger Weise suchten die Anarchisten in Norwegen für ihre Idee thätig zu sein. Ihr Organ „Fedraheimen" geben sie seit dem 1. April 1890 in Broschürenform heraus und sind als solche erschienen: „Anarkist um Anarkie" von Elisee Reklus, dann „Olaw Husmann ag Per Snikkar" (ein Zwiegespräch) und „Kan politikken hjelpe oss?" von R. Steinsvik. Ferner haben die Anarchisten eine Übersetzung aus dem Dänischen „An die jungen Leute" von P. Krapotkin herausgegeben. Im Verlage des anarchistischen Organes „Fedraheimen" sind endlich im Berichtsjahre ähnliche Schriften wie die der „internationalen Bibliothek" von R. Steinsvik, Tönzet, Nordbanerne und Norway herausgegeben worden, von welchen die Broschüren „Gesetz und Autorität" und „die Gesellschaft am Tage nach der Rovolution" vielfach verbreitet worden sind.

Großbritannien.

Das Jahr 1890 brachte die für die gesammte Arbeiterbewegung insbesondere aber für die englische Arbeiterpartei sehr bedeutsame Thatsache, dass die bis noch vor kurzem als durchwegs conservativ bekannten Arbeiter Englands im Übergang ins socialistische Lager begriffen sind. Es sind nicht nur alte Trades Unionisten Anhänger des Socialismus geworden, sondern alle nach dem großen Dockarbeiterstricke entstandenen neuen Gewerkschaften der sogenannten „ungelernten" Arbeiter auf socialistischer Grundlage organisirt worden.

Die ungelernten Arbeiter (unskilled workmen) waren nämlich von jeher von den alten Gewerkschaftern geringschätzend behandelt worden, stehen aber seit wenigen Jahren unter dem Einflusse socialistischer Lehrmeinungen, bis die große Bewegung unter den ungelernten Arbeitern Englands entstand und sich in großen Demonstrationen und lauten Massenversammlungen bemerkbar machte.

Seit dem großen Dockarbeiterstrike und dem folgenden Ausstande der Gasarbeiter haben sich die Ungelernten selbst zu helfen gesucht, und zwar auf der Basis der Organisation der Gewerkvereine, wobei sie von der Geschicklichkeit ihrer Führer Champion und John Burns und durch die besitzende Classe unterstützt wurden. Dadurch sind Kampfesorganisationen geschaffen worden, die nicht mit dem Ballast der alten Unterstützungskassen beschwert sind, in denen auch nicht der Kastengeist wie in den alten Trades Unions besteht, in denen vielmehr Classenbewusstsein und Solidaritätsgefühl vorherrscht und wodurch sich Gewerkvereine mit aggresivem Charakter gebildet haben, welche bei jeder Gelegenheit rücksichtslos in Strike zu treten gesonnen sind. Dass die „ungelernten Arbeiter" in dieses Fahrwasser geriethen, wurde zu wiederholtenmalen in mehreren Versammlungen der neuen Organisationen den alten Gewerkschaften zur Schuld gerechnet. Es wurde der Vorwurf erhoben, dass sie die Organisation der ungelernten Arbeiter nicht in die Hand nehmen wollten und dass sie letztere dadurch in die Hände der Socialisten geliefert haben, die sich ihrer bereitwilligst angenommen und sie auf den heutigen Stand gebracht hätten, dass bis Ende 1890 sich 45 solcher neuer Gewerkvereine bilden konnten, darunter solche mit der bisher unerhörten Mitgliederzahl von 100.000 bis 150.000. Indessen fühlen die neuen Organisationen, dass sie wegen der fehlenden Krankheits- und Altersversicherung nicht jene materielle Festigkeit besitzen, wie die alter Gewerksvereine und entstammen daher die vorerwähnten Vorwürfe dem Missmuthe, dass die alten Trades Unions die neuen Organisationen nicht in ihre ehemals so festen Verbände aufgenommen haben.

Wie alle Ereignisse auf dem Inselreiche einen größeren Charakter annehmen, als auf dem Festlande, gestaltete sich auch die Maidemonstration namentlich in

London großartiger als sonst an einem Orte des Festlandes und die darauf im ganzen Lande folgende Achtstundenbewegung lieferte solche Beweise von Ausdauer und festem Willen, wie sie von den Arbeitern keines anderen Staates an den Tag gelegt wurden.

Die Bewegung für die Maidemonstration kam anfangs sehr langsam in Fluss. Es waren ja bekanntlich auf dem Marxistencongresse fast nur Mitglieder der socialistischen Liga vertreten, während fast alle englischen Arbeiterorganisationen auf dem Congresse der Possibilisten erschienen waren. Einzig Frau Eleonore Aveling und zwei oder drei andere Delegirte, darunter Keir Hardie, standen auf der Seite der festländischen Arbeiterparteien.

Da sich aber herausstellte, dass jeder Versuch, die Maidemonstration am Donnerstag den 1. Mai abzuhalten, scheitern würde, so beschloss man sie auf Sonntag den 4. Mai zu verlegen.

Damit alle Londoner Arbeiter sich betheiligten, lud das ad hoc eingesetzte Centralcomité auch den Londoner Trades Council ein. Es ist dies eine aus Delegirten von Londoner Trades Unions, und zwar meist der älteren, also „gelernten" Gewerkschaften zusammengesetzte Körperschaft, worin einstweilen noch das antisocialistische Element die Mehrheit hat.

Der Trades Council vereinigte sich mit der „Social Demokratic Federation", welche mit den französischen Possibilisten im Bunde steht und auch deren Congress beschickt hat, und beide kamen überein, die Maidemonstration mit Rücksicht darauf, dass sie am 4. und nicht am 1. Mai stattfinde, unter gewissen Bedingungen mitzufeiern.

Es gelang, einen Vergleich zwischen dem Centralcomité und den beiden genanten Körperschaften herzustellen und jede Partei erlangte sieben Rednertribünen im Hydepark.

Die ganze Demonstration verlief übrigens ohne ernstliche Störung. Im Hydepark selbst waren wohl 300.000—400.000 Menschen versammelt. Die verschiedenen Gewerkschaften, 600 an der Zahl, sammelten sich nachmittags 2 Uhr auf dem Themsequai und zogen von da um 3 Uhr in zwei großen Aufzügen und auf zwei verschiedenen Routen mit Musik und unzähligen Bannern und Fahnen nach dem Parke.

Hier sprachen der Reihe nach die radicalen Parlamentsabgeordneten Cuningham, Grahem, John Burns, Dr. Edw. Aveling, Frau Eleonore Aveling (eine Tochter des Karl Marx) und Michael Davitt (der Gründer der irischen Landliga). Anwesend waren ferner der russische Nihilist Stepniak und der Franzose Paul Lafargue. An die Maifeier schloss sich die Bewegung für den gesetzlichen Achtstundentag, für welchen eine gewaltige Demonstration am letzten Sonnabende im Monate Juni in Southport stattfand. Die ganze Bergarbeiterbevölkerung im weitesten Umkreise dieser Stadt nahm an derselben theil. Die ganze Menge wurde auf 70.000 Menschen geschätzt, welche von mehreren Musikchören begleitet war und in Pickhardt, den Vorsitzenden in der „Bergarbeiterfederation", einen Hauptredner hatte. Am folgenden Sonntage fand in London eine Delegirtenconferenz statt, zur endgiltigen Berathung der Statuten für die im Anschluss an die Maidemonstration vorgeschlagene „gesetzliche Achtstunden- und internationale Arbeitsliga." Es waren 60 Delegirte anwesend.

Das Princip des gesetzlichen Achtstundentages wurde mit allen gegen 12 Stimmen beschlossen. Gegen denselben sprach unter andern auch Ferdinand Gilles, der frühere Redacteur der „Elbefelder freien Presse" und spätere Mitarbeiter der „Londoner freien Presse". Besonders interessant war der Verlauf der am 21. Juni in London abgehaltenen Versammlung des „Communistischen Arbeiterbildungsvereines", in welchem nach einem Vortrage von Frau G. Schack über die „Socialagrarischen Zustände in Irland" das Programm „Legal Eight Hours and International Labour League" zur Discussion stand. In dieser Versammlung beantragte der vorerwähnte Redacteur Gilles keine neue politische Wahlpartei zu schaffen, sondern eine große umfassende socialdemokratische Organisation.

Dagegen beantragte George eine Resolution, für die Bildung einer unabhängigen politischen und ökonomischen Arbeiterpartei zu stimmen, welche Resolution nach lebhafter Debatte mit großer Majorität zur Annahme gelangte. Der Tenor der Reden lautete dahin, dass eine Organisation mit einem bestimmten Ziele, die von vorneherein Farbe bekennt und jener Verschwommenheit entgegenwirkt, an der nur die Gegner des Socialismus Gefallen finden können, geschaffen werden müsse. In diesem Sinne sprach sich auch eine schon früher, nämlich am 12. Mai in London abgehaltene Conferenz von Socialistenführern aus, an welcher sich Engel und Bernstein für Deutschland, Lafargue für Frankreich, Burns und Davitt für Großbritannien betheiligten.

Die „Gesetzliche Achtstunden-Internationale Arbeitsliga" hat demgemäß ihr Programm keineswegs auf den gesetzlichen Achtstundentag beschränkt, sondern in ihren Statuten als „Aufgaben" der Liga bezeichnet: Durch Aufklärung und Organisation zu wirken: 1. Für ein Achtstundengesetz, 2. für die Forderungen des Pariser Internationalen Congresses, so weit sie nicht bereits als Gesetze schon bestehen, ferner 3. für alle zur Emancipation der Arbeiterclasse führenden Maßregeln, über welche die Körperschaften, die die Organisation bilden, sich später einigen werden, und 4. für die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei. Das Programm hat mithin einen ganz entschieden socialistischen Charakter, der alle bürgerlichen Politiker ausschließt und ist dieses Programm auch von den meisten Arbeitervereinen, Gewerkschaften u. s. w. acceptirt worden, die noch nicht von der vollen socialistischen Erkenntnis durchdrungen sind.

Das Executivcomité der Liga beschloss auch noch Versammlungen und Vorträge im ganzen Lande abhalten zu lassen und einige Candidaten für die Parlaments- und Localwahlen aufzustellen, eventuell solche Candidaten zu unterstützen, welche das Programm der Liga annehmen. Mit ähnlichen Bestrebungen für den gesetzlichen Achtstundentag hat Michael Davitt auf der „grünen Insel" begonnen, und zwar höchst merkwürdigerweise in dem Wahlkreise des irischen Führers Parnell, allerdings unter feierlichen Verwahrungen, dass es dabei auf irgend eine Feindseligkeit gegen das Mitglied für Cork abgesehen sei. Davitt hat die Bildung eines „irisch-demokratischen Arbeiterbundes" in Angriff genommen, damit über die politischen Bestrebungen für Home-Rule nicht schließlich die allgemeinen Arbeiterinteressen Irlands vernachlässigt werden. Schließlich wird noch der öffentlichen Disputation in London zwischen dem Socialisten Hyndmann und dem Radicalen Bradlaugh über den gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag erwähnt, welche vor einer zahlreich besuchten Versammlung in der St. James-Halle unter dem Vorsitz des Abgeordneten Buston zum Austrag kam.

Hyndmanns These lautete: dass die Einführung eines gesetzlichen achtstündigen Arbeitstages für alle Arbeiter sich als ein wertvolles Palliativ wider die gegen-

wärtige industrielle Anarchie erweisen würde. Bradlaughs Antithese hielt es gleichfalls für wünschenswert, die Zahl der Arbeitsstunden zu beschränken, aber nur insoweit, wie es mit einem nutzbringenden Betriebe vereinbar sei. Ein zwangweiser achtstündiger Arbeitstag würde viele englische Industrien vernichten, daher sei eine versöhnliche Berathung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorzuziehen. Jeder der Disputanten durfte eine halbe Stunde sprechen.

Bradlaugh opferte in seinen Ausführungen der Form zu viel und Hyndmann war allzu vage; schließlich hat die Disputation nur geringes Ergebnis gehabt und bewiesen, dass eine solche Frage sich am wenigsten mündlich und in so kurzer Zeit behandeln lasse.

Will man die Zahl der Arbeitermeetings, welche im Berichtsjahre in London und in einigen Städten Englands stattgefunden haben, als Maßstab gelten lassen, so muss man sagen, dass seit dem großen Dockarbeiterstrike die Arbeiterbewegung in England einen vibrirenden Charakter angenommen hat, welchen sie früher nicht hatte. Die Meetings in der zweiten Hälfte des Jahres galten besonders der Organisation.

Solche Propagandamittel wendeten an: die Tausende von Ladengehilfen im Victoriaparke, welche der „endlosen" Arbeitszeit hiedurch steuern wollten, auch die Anstreicher und Decorateure hielten ihre Meetings im Hydepark ab und die Eisenbahnangestellten versammelten sich in der Hope Town-Hall in Bethnal-Gren-Road, um ihren Ruf nach Verkürzung der Arbeitszeit in die Öffentlichkeit dringen zu lassen.

Ebensolche Meetings hielten kurz nach einander ab die Lederarbeiter, die Tischler und Bäcker von Whitechapel und die Schiffsschreiner am Tyne. Auch in Irland fanden einige Meetings statt, wovon das im Phönixpark zu Dublin am 30. März das bedeutendste war. Es wurde von der Dubliner Section der Gewerkschaft der Gasarbeiter aus Anlass des siegreichen Strikes und um die Organisation zu stärken einberufen. Etwa 7000 Arbeiter zogen in Procession auf und gaben recht deutlich zu verstehen, dass nun auch in Irland eine wirkliche Arbeiterbewegung im Zuge ist. Das Gros ihrer Anhänger sind Home Ruler.

Die Resolution, die dort gefasst wurde, verlangte die nationale und internationale Organisation behufs Erlangung des gerechten Antheiles an dem Product ihrer Arbeit.

Es ist schwer, allen diesen Meetings zu folgen und ebenso den vielen Congressen und Conferenzen, von welchen der Trades Unions-Congress in den Vordergrund gestellt werden muss.

Die letzte (23.) Jahresversammlung des Congresses der englischen Gewerkvereine, oder genauer des Gewerbebundes, war von mehr als gewöhnlicher Bedeutung, weil sie stärker als je besucht war und weil ihre Beschlüsse die besonnene Bahn verließen, welche während der letzten Jahrzehnte die englische Arbeiterbewegung ausgezeichnet hatte. Der Congress war von 360 Delegirten der verschiedenen Verbände besucht, welche eine Gesammtzahl von 1,427.000 Unionisten repräsentirten. Als Versammlungsort war die größte Seestadt Großbritanniens, Liverpool, auserwählt, welche den Congress vom 1. bis 6. September beherbergte. Was dem Congresse diesmal sein besonderes Gepräge gab, das war der Umstand, dass an den Verhandlungen als neues Element zum erstenmale die Vertreterschaft der sogenannten neuen Gewerkvereine theilnahm. Unter den Anwesenden befanden sich Broadhurst, John Burns, Shipton, B. Tillet und andere bekannte Arbeiterführer, sowie auch zahlreiche weibliche Delegirte.

Als Präsident des Congresses wurde ein Mitglied des jungen oder linken Flügels, der Holzarbeiter Matkin gewählt und hiedurch das Überwiegen der sogenannten „Jungen" allein gekennzeichnet. Matkin führte in seiner Rede aus, dass eine neue Aera für den Kampf der Arbeiter angebrochen sei. Der Kampf gegen die capitalitische Ausbeutung müsse auf erweiteter Grundlage geführt werden.

In der Hauptsache waren es drei Beschlüsse, die auf dem Congresse gefasst wurden:

1. Aufnahme von Arbeitervertretern als solche im Parlamente;
2. Verstaatlichung des Grund und Bodens;
3. der Normalarbeitstag von acht Stunden.

An Stelle des bisherigen Generalsecretärs des parlamentarischen Comités der englischen Trades Unions, Broadhurst, der Hauptsäule des tradeunionistischen Conservatismus, wurde der fortschrittliche Threesfall, gegen den persönlichen Freund Broadhursts, Shipton, gewählt.

Eine revolutionäre Conferenz wurde am Sonntag den 3. August im Club Autonomie abgehalten, auf welcher sämmtliche anarchistisch-communistische Gruppen vertreten waren. Der Hauptgegenstand, über welchen man discutirte, war der Antrag: „Im Falle einer europäischen Krisis von Seite der Revolutionäre ein einheitliches internationales Handeln zu sichern."

Am 1. December fand in London eine Conferenz von Führern der englischen Arbeiterbewegung mit einigen deutschen Socialdemokraten statt, welche nach London gekommen waren um Friedrich Engels zum 70. Geburtstage zu beglückwünschen. Zugegen waren unter andern Liebknecht, Singer und Bebel. Man sprach hauptsächlich von Fragen der Taktik und es stellte sich hiebei ziemliche Übereinstimmung heraus, welche vor allen den Deutschen die Gewissheit gab, dass zwischen den Socialdemokraten des Festlandes und den Arbeitern Englands keine Kluft mehr bestehe. Im Monate August wurde das Siegesfest der organisirten Arbeiterschaft in Erinnerung des großen Dockstrikes vom Jahre 1889 durch eine Monstredemonstration im Hydepark gefeiert. Auch an dieser Feier betheiligten sich mehr als 100.000 Arbeiter. Das Hauptereignis war die Rede von John Burns über eine stramme Organisation.

„No ticket no work" (Keine Verbandskarte keine Arbeit). Er empfahl auf das Eindringlichste die Landarbeiter zu organisiren und sie an das Land zu fesseln, damit der Zufluss der ländlichen Arbeiter in die Städte endlich aufhöre.

Die Strikebewegung in England war im abgelaufenen Jahre zwar von großer Ausdehnung, hatte aber lange nicht die Bedeutung des vorausgegangenen Jahres. Aus der großen Zahl der englischen Ausstände ist der der Dockarbeiter in Liverpool am 18. März, in Cardiff am 24. Juli und Southampton am 11. September, ferner der Ausstand der Bergarbeiter in den englischen Kohlendistricten am 15. März, bei welchem mehr als 150.000 Arbeiter strikten, dann der der schottischen Eisenbahnbediensteten in den letzten Tagen des December von Bedeutung gewesen. Einige dieser Strikes waren von erheblichen Unruhen begleitet gewesen, alle aber hatten mehr oder weniger einen Misserfolg. Der geplante Massenstrike der englischen Schutzleute am 8. Juli und der in denselben Tagen versuchte Ausstand der Postbediensteten ist kläglich gescheitert, doch waren in den kritischen

Tagen ernstliche Ruhestörungen in Bowstreet vorgefallen.

Eine Kundgebung der beschäftigungslosen Arbeiter fand am Sonntag den 7. September im Hydepark statt.

Es waren einige Tage vorher schon Zettel vertheilt worden, worin es unter andern hieß:

„Erscheint zu Tausenden und macht Euer Recht geltend. Brod oder Arbeit! Nieder mit den Grundbesitzern und Capitalisten! Tod allen Tyrannen!“

Es hatten sich aber nur bei 600 Personen eingefunden, die sich um ihren Führer Chapmann mit einer rothen Fahne scharten.

Die anarchistische Bewegung in England geht zwar höher, als in irgend einem Staate des Festlandes, doch ist sie auch dort nicht thatenreich gewesen. Am 21. Jänner begann in London der internationale Anarchistencongress, auf welchem die Anarchisten aller europäischen Staaten, außer Türkei, Griechenland und Schweden, im ganzen durch circa 100 Delegirte vertreten waren. Heyden (Amsterdam) war Vorsitzender. Der Amerikaner Stone, der in der Bombenaffaire von Chicago verwickelt war, wurde stürmisch begrüßt.

Der Vorsitzende constatirte, dass die „Propaganda der That“ in den letzten Jahren nicht so gewesen ist, wie es hätte sein sollen, aber die Partei sei doch nicht unthätig gewesen, sie hätte ihre Reihen verstärkt.

Im Club Autonomie, woselbst jeden Donnerstag und Samstag Vorträge und Discussionen stattfanden, wurden am 3. und 12. April Vorträge vom Fürsten P. Krapotkin über die Themata „Warum wir Communisten sind“ und „Welches sind die besten Mittel das Privateigenthum abzuschaffen“ gehalten, welche deshalb von Interesse sind, weil zu beiden Vorträgen zum erstenmale Socialdemokraten erschienen waren, welche dem Anarchisten Krapotkin entgegentraten.

Das aus Delegirten der „Socialist League“ und der Gruppe „Autonomie“ zusammengesetzte Comité zur Beurtheilung der wider Peukert vorgebrachten Beschuldigungen des Verrathes, fasste in der Sitzung am 3. Juli die Resolution, nach welcher kein Grund vorhanden ist, Peukert als Polizeispion hinzustellen.

Hiezu bemerkte der „Socialdemokrat“ in der Nummer 28 vom 12. Juli:

„Wir unsererseits nehmen von dem was wir über Peukert geschrieben haben, kein Wort zurück.“

Das Blatt bemerkte weiters, dass das Comité die Erhebungen umso leichtsinniger gepflogen habe, als es nicht einmal den „Socialdemokrat“ anging, die Beweisstücke gegen Peukert zur Verfügung zu stellen.

Die „Londoner freie Presse“ ist nach dreijährigem Bestande am 16. Juni 1890 eingegangen. In ihrer Abschiedsnummer hat das Blatt in unbestimmten Ausdrücken über „politische Ränkeschmiedereien“ geklagt, denen sie erlegen sei. Most sagte später in der „Freiheit“, dass diese Ränke von den „Machern“ des „Socialdemokrat“ angezettelt gewesen seien.

Bald darauf ist in London eine neue anarchistische Zeitschrift unter dem Titel „Internationale“ erschienen. Viele Broschüren und Flugschriften sind auf der anarchistischen Presse zu London hervorgegangen, von welch letzteren die Flugschrift „An die Armee, Marine und Polizei!“ (im Monate Juli und August) an die „Brüder und Kameraden!“ appellirt, um ihnen im Kampfe gegen das Capital und die Landlords beizustehen. Sie sollen nur an ihre Väter, Mütter und Brüder im Volke denken.

Mit den Typen der „Autonomie“ sind die Flugschriften „der Heimatlose“ und „An unsere Brüder, die Proletarier!“ hergestellt worden, welche, wie oben erwähnt, auch nach Wien eingeschmuggelt werden sollten, hier jedoch rechtzeitig saisirt worden sind.

Unter dem Haupttitel „The Socialist Plattform“ (das socialistische Programm) sind im Berichtsjahre sieben Broschüren erschienen.

Die Nummer 1 wendet sich gegen die „Trades Unions“, die Nummer 2 handelt von der „nützlichen Arbeit und unnützen Mühe“, Nummer 3 und 4 behandeln die Pariser Commune, Nummer 5 befasst sich mit der „organisirten Arbeit“, Nummer 6 beschreibt die „wahre und falsche Gesellschaft“ und die Nummer 7 handelt vom „Monopolismus“.

Die communistisch - anarchistische Gruppe von Eastend London gab Flugschriften in englischer Sprache heraus. Die Erstlingsschrift dieser Art, welche an die Achtstundenbewegung anknüpfte, war für die Leser sehr packend geschrieben und fand starke Verbreitung. Die Broschüren und Flugblätter werden von der Adresse: H. Mac Kenzie 12 Basing Place, Kingsland Road E. E. London versendet.

Der ganze incendiarische Inhalt aller dieser anarchistischen Flugschriften und Broschüren wurde von der „Autonomie“ übertrumpft, welche seit 15. November 1890 als Wochenblatt erscheint.

Dieses Brandblatt schrieb zum Gedenktag „der großen Todten in Chicago vom 11. November“:

„Wie gesagt, That auf That muss folgen, krachen muss es an allen Ecken und Enden, geröthet muss das ganze Firmament sein von dem Purpurschein der Flammen auf den Schlössern und Palästen.

Greift zum Dynamit, auf zur That.“

Frankreich.

Schon der Ausfall der Wahlen am 22. September 1889 hatte gezeigt, dass die überaus große Masse des französischen Volkes den socialistischen Bestrebungen noch nicht zugänglich ist, ja gerade diese Wahlen haben dargethan, dass der Socialismus noch stark im Hintergrunde stehe. Die possibilistischen Candidaten erhielten immerhin 40.000 Stimmen, wovon viele aber nur auf Grund ihrer Wahlbündnisse abgegeben wurden. Die Possibilisten hatten nämlich getreu ihrem Grundsatze die Bestrebungen in kleinen Dosen zur Geltung zu bringen, um derart ihre Annahmen einem jeden möglich zu machen (les rendre possibles), bei den Wahlen Compromisse mit „verwandten“ Parteien geschlossen, um wenigstens einige Abgeordnete in die öffentlichen Körperschaften zu bringen, die ihre Sache vertreten würden. Sie haben auf diese Art den Pariser Gemeinderath auf ihre Seite gebracht, die Creirung einer Arbeiterbörse und eines Minimallohnes der communalen Arbeiter durchgesetzt und hoffen noch manches zu erreichen. Etwa 15.000 Stimmen fielen den Blanquisten und circa 20.000 Stimmen den Marxisten zu. Charakteristisch ist, dass die Possibilisten die Mehrzahl ihrer Stimmen im Süden, die Collectivisten im Norden Frankreichs erhielten, die Blanquistischen Stimmen in Paris abgegeben wurden, während die eigentlichen Arbeiterquartiere boulangistisch gewählt hatten. Es wurden im ganzen nur acht socialistische Deputirte gewählt, aber eines hat die Wahlcampagne doch bewiesen, dass immerhin in gewissen Departements außerhalb Paris ein Herd für socialistische Agitation ist und dass dies in den nördlichen ebenso gewiss ist, als in den südlichen Departements eine Hinneigung der socialistischen Elemente zu den Anarchisten besteht. Es sind namentlich die an der belgischen Grenze gelegenen Arrondissements, in wel-

chen die Collectivisten eine tüchtige Organisation erreichten, während die Possibilisten dort und an einigen anderen Orten im Berichtsjahre einige Schlappen erlitten haben, woraus die Marxisten ableiten, dass erstere im Abwirtschaften begriffen sind und daraus hoffen, dass in nicht zu langer Zeit in Frankreich wieder nur Eine Socialistenpartei existiren wird, nämlich die Partei der Marxisten oder Collectivisten.

Vorderhand marschiren die Marxisten und Blanquisten zusammen, während in der Partei der Possibilisten eine Spaltung eingetreten ist.

Ähnlich der englischen Achtstundenliga, haben auch die Pariser Delegirten des internationalen Socialistencongresses von Paris die Gründung einer Liga zu Gunsten des Achtstundentages beschlossen. Sie forderten zu dem Zwecke alle socialistischen Arbeiterorgane auf, unverzüglich ähnliche Comités zu bilden. Der Beschluss trug die Unterschrift von 47 Delegirten, darunter die des Jules Quesde, Lafargue und Deville, der vier Deputirten Baudin, Boyer, Ferroul und Lachise, sowie der Stadträthe von Paris: Chanviere, Lonquet und Vaillant.

Auf Grund eines Antrages der socialistischen Fraction hatte zugleich das französische Parlament ein Comité mit der Erwägung social-politischer Angelegenheiten betraut, das einen Fragebogen an alle Vereinigungen und Genossenschaften von Arbeitsgebern wie von Arbeitern versendete. Die Antworten liefen zahlreich ein, die meisten sprachen sich jedoch gegen jegliche Einschränkung der Arbeitszeit aus; es kam hiebei das merkwürdige Moment zutage, dass die meisten Fachvereine eine Regelung für unmöglich hielten, da die Betriebe, also auch die Arbeiter, sich nach den Bestellungen richten müssen, bei denen Ebbe und Flut abwechseln. Viele Fachvereine bestritten geradezu dem Staate das Recht, durch Gesetze die Arbeitszeit zu regeln.

Im Gegensatze hiezu stand die Resolution, welche am Sonntag den 13. Juli von einer Arbeiterversammlung im Theater von Roubaix angenommen wurde. Achthundert Arbeiter nahmen daran theil, auch der Abgeordnete Moreau und der Delegirte der Berliner Arbeiterschutzconferenz Delahail war anwesend. Der Letztere forderte, anknüpfend an die Berliner Conferenz, die Arbeiter auf, Syndicatskammern zu bilden, und befürwortete die Organisation von Strikes und die Ausübung eines Druckes auf die Staatsgewalt zu Gunsten des Achtstundentages.

Hand in Hand mit der Achtstundenbewegung ging die Agitation für die Maidemonstration.

Anlässlich des 1. Mai hatte der Nationalrath der Arbeiterpartei an alle socialistischen Vereinigungen und Syndicatskammern einen Aufruf erlassen, der mit den Worten schloss: „Wie immer auch der Ausgang sein möge, dieser Tag ist berufen, den Classenkampf zu internationalisiren.“

Bei dem Pariser Gemeinderathe Daumas versammelten sich am 24. März etwa Fünfzig Socialisten, die alle dem Marxistencongresse in Paris beigewohnt hatten. Alle waren der Meinung, die Kundgebung müsse einen friedlichen Charakter bewahren, und wenn es sich bestätigen sollte, dass revolutionäre Gruppen Straßenunruhen hervorrufen wollten, so wäre es besser, sich ganz zu enthalten oder in geschlossenen Localen zu versammeln, wo Petitionslisten für die Arbeiterreformen: Festsetzung des Normalarbeitstages von acht Stunden sowie eines Minimallohnes, aufgelegt wären.

Es wurde die Bildung eines Permanenzausschusses von 9 Mitgliedern angeordnet, der dem französischen Proletariat die Wichtigkeit der Kundgebung vom 1. Mai zu Gemüthe zu führen und alle nöthigen Maßregeln zu einem friedlichen Gelingen zu treffen habe. Die Pariser Anarchisten hielten ihre Versammlung am 16. April ab, in welcher es sich hauptsächlich darum handelte, den Beschluss des socialistischen Centralcomités zu bekämpfen.

Der „Bürger“ Morés und die „Bürgerin“ Louise Michel brandmarkten die Feigheit der Socialisten, und ergingen sich in heftigen Reden gegen die Regierung. Es ging ziemlich toll her, man brachte es zu keinem Beschluss, wohl aber zu lautem Zank.

Dank der umfassenden Vorkehrungen seitens der Regierungsorgane, ging der 1. Mai in Frankreich ziemlich ruhig vorbei. In Paris kam es auf dem Place de la Republique, wo die Polizei die Neugierigen zurückdrängte, zu einem Handgemenge. Ein Unbekannter feuerte einen Revolverschuss ab, doch wurde Niemand getroffen. Hier, sowie auf dem Place de la Concorde und in der Rue de Cirque fanden Verhaftungen von mehreren Hundert Personen statt.

In Troyes kam es in den Abendstunden zu einer Rauferei, bei welcher die Truppen eingriffen.

In Marseille plünderte ein Haufe von Ausländern eine Ölfabrik, wurde aber von Infanterie und Cavallerie zerstreut, worauf viele Verhaftungen von Excedenten, darunter 31 Italienern, vorgenommen wurden.

Das von der Gruppe „La Revanche“ der Kohlengräber in Frankreich kurz vor dem 1. Mai erschienene Flugblatt: „Es lebe der allgemeine Strike“ fand massenhafte Verbreitung — aber keine Befolgung.

Am 29. Mai verhaftete die Pariser Polizei fünfzehn junge Russen, bei welchen zahlreiche Papiere und Explosivstoffe mit Beschlag belegt wurden. Zahlreiche Einkäufe, welche die Verhafteten bei einem Händler mit chemischen Producten gemacht hatten, führten die Polizei auf ihre Spur. Die Namen der Verhafteteten waren: Mendelson, ein Inwohner von Fontenay-Aux-roses, Orloff, genannt Volgrin, die Studenten Lavrenius und Labowitsch, Atschinazi, Reichlen und dessen Gattin, die Studentinnen Redozowa und Bromberg, dann ein sicherer Nakadschitze, Repanoff, Gwalowski Kaschinzen, genannt Aramieu, und Peptoff, genannt Lwoff, Jemstei.

Einige Stunden später wurden noch zwei russiche Nihilisten namens Reinstein und Berditschewsky verhaftet, bei welchen ebenfalls Druckwerke und Aufzeichnungen über die Fabrication explodirbarer Stoffe — eine förmliche pyrotechnische Schule — gefunden wurden.

Schon zwei Wochen früher constatirte man auf dem Felde von Raincy nächst Paris, dass dort Versuche mit Sprenggeschossen gemacht worden waren. Einige liegengebliebene Blechbüchsen bildeten die einzigen Anhaltspunkte für die Polizei, welcher es dennoch auf obige Art gelang, die Erzeugung dieser Geschosse zu ermitteln.

Sprengmittel der gefährlichsten Art wurden bei Reinstein gefunden; bei der jungen Studentin der Medicin Bromberg wurden gar fünfzehn Bomben gefunden. Die Verhafteten verweigerten jegliche Auskunft über die Zwecke, denen die bei ihnen vorgefundenen Bomben und Sprengmaterialien dienen sollten. Ein Theil der Verhafteten zeigte sich sogar sehr erstaunt darüber, inhaftirt worden zu sein; als Studenten erklärten sie, sei es ja nichts besonderes, sich mit chemischen Versuchen zu beschäftigen.

Es hieß, dass der seit dem Züricher Bombenattentate aus der Schweiz ausgewiesene Demski vom Nihilistencomité nach Paris berufen worden sei, um alles

fertig zu stellen und es wurde constatirt, dass das Comité in letzter Zeit beträchtliche auswärtige Subsidien erhalten hatte. Es war daher allgemein die Vermuthung, dass es auf eine große Action der Nihilisten im Auslande abgesehen war. Die Untersuchung der bei den Nihilisten gefundenen Bomben war am 3. Juni beendet und ergab, dass von 23 Bomben nur Eine gefüllt war. Es war nämlich das System zum Vorschein gekommen, dass immer einer der Verhafteten die Waffe, der andere die Munition hatte.

Die französische Presse brachte einige Zeit nach der Affaire Enthüllungen über den deutschen Lockspitzel Namens Landeysen, der sowohl die Züricher, wie die Pariser Bombenfabrication angestiftet haben soll.

Sie wurde hiezu durch Folgendes veranlasst.

In der russischen Colonie wurde bald nach den stattgefundenen Verhaftungen behauptet, dass ein „agent provocateur" Anstifter der Versuche, Sprengstoffe herzustellen, gewesen ist, bis endlich einige von den Verhafteten vor dem Untersuchungsrichter geradezu erklärt haben, das Opfer eines „agent provocateur" gewesen zu sein. Nach ihrer Angabe sei Landeysen es gewesen, der das Geld für Anschaffung der nöthigen Chemikalien, Metalltheile etc. geliefert hat; er habe mit großem Interesse die Arbeit verfolgt, kam fast täglich, um sich vom Fortgang der Arbeiten zu überzeugen und es sei daher allgemein aufgefallen, dass alle Russen verhaftet worden seien, nur Landeysen nicht, der rechtzeitig entfliehen konnte. Von den verhafteten Personen wurde ein Theil kurze Zeit nach der Verhaftung schon wieder frei gelassen, von den übrigen Nihilisten wurden Reinstein, Nakadschitze, Lavrenius, Stepanow, Kaschinzen und Lwoff vom Strafgerichte zu Paris zu je drei Jahren Gefängnis verurtheilt; Frau Reinstein und Fräulein Bromberg wurden freigesprochen; Landeysen wurde zu fünf Jahren Gefängnis in contumaciam verurtheilt.

Die revolutionäre Marxistenpartei veranstaltete am 9. Juni Abends ein Meeting, worin gegen die Verhaftung der russischen Nihilisten protestirt wurde. Quesde griff in maßlos heftiger Weise die russische Regierung an und protestirte gegen den Vorgang. Außer Quesde fielen ehemalige Communarden, darunter besonders der Pariser Gemeinderath Vaillant, über die Sache her.

Einige Tage später, am 14. Juni, fand neuerdings ein Meeting der französischen Socialisten in der Salle du Commerce statt, welches gegen die Verhaftung der russischen Nihilisten protestirte. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung nahm einen stürmischen Verlauf.

Baudin, Quesde, Vaillant und die übrigen Führer sprachen der Reihe nach.

Gegen Mitternacht drang ein großer Haufe Anarchisten ein, welcher sich der Tribüne bemächtigen wollte.

Die Anarchisten stießen jedoch auf Gegenwehr und es entwickelte sich eine förmliche Schlacht, während welcher alle Möbel demolirt und die Gasarme ausgerissen wurden. Um die drohende Gasexplosion zu vermeiden, drehte der Wirt schleunigst den Gasometer ab.

Nun wüthete der Kampf in der Dunkelheit mit verdoppelter Erbitterung fort. Es gab mehrere Dutzende von Verwundeten, darunter auch Frauen.

Ein Pariser Blatt, die socialistische „Egalité", kritisirte am folgenden Tag in einem scharfen Artikel das Vorgehen der Anarchisten, durch welches das ganze Meeting entwürdigt worden sei. Einige Stunden nach dem Erscheinen des Blattes drang eine Schar von circa 30 Anarchisten in die Redaction der „Egalité" in der Rue Paul Lelong, überfiel die beiden dort anwesenden Redacteure Odin und Leparia und misshandelte dieselben. Odin wurde erheblich verletzt; sodann zertrümmerten die Anarchisten die ganze Einrichtung und ergriffen nach dieser Heldenthat allsammt die Flucht.

Einige Tage vor der Entdeckung der Bombenfabrication in Paris wurde in Lyon ein Sprengstofflaboratorium entdeckt. Dasselbe befand sich im fünften Stockwerke eines Hotel Garni, wo eine Kammer für einige Monate gemietet wurde, die von einem gewissen Cadot und seinen Genossen allmählich in eine Werkstätte verwandelt worden war. Cadot, welcher einige Tage vorher von den Bewohnern des Hauses mit blutigem Gesichte aus der Kammer herausgehen gesehen worden ist, wurde verhaftet und in der Wohnung eine Anzahl von eisernen und steinernen Mörsern, sowie ein beträchtlicher Vorrath von salpetersaurem Kali, Glycerin und Quecksilber entdeckt, daneben auch Fachschriften über Chemie und über die Zubereitung von Dynamit. Ohne Zweifel war kurz vorher, als Cadot verwundet gesehen wurde, was später zu seiner Verhaftung führte, der erste Versuch missglückt.

Auch in Lille fanden einige Tage nach dem 1. Mai Verhaftungen von mehreren Arbeitern statt, in deren Besitz sich Sprengkörper befanden. Diese Verhaftungen standen ebenso im Zusammenhange mit der Maidemonstration, als die am 28. April erfolgten Verhaftungen in Paris, Versailles und Lyon. In Paris wurden 15 Personen, darunter 7 bekannte Führer der anarchistischen Partei, festgenommen; eine geheime Druckerei sammt Materiale und zahlreiche revolutionäre Broschüren wurden saisirt. In Versailles wurden zwei Italiener verhaftet, weil sie aufrührerische Manifeste über den 1. Mai an die Soldaten vertheilten und in Lyon wurden nach einer anarchistischen Versammlung, bei welcher einige Redner für eine gewaltthätige Action am 1. Mai eingetreten waren, 11 Personen in Haft genommen.

Im October 1890 haben vier verschiedene Arbeitertage in Frankreich stattgefunden: Der Regionalcongress der Possibilisten in Paris, der Nationalcongress dieser Partei in Châtellerault, ferner ein Marxistencongress in Lille und eine Zusammenkunft der marxistisch gesinnten Gewerkschaften in Calais. Die Possibilistenpartei erscheint gegliedert in sechs Gauverbände: in die Föderation von Paris und des Centrums, in die des Norden, Westen, Osten, Süden und Algiers einschließlich der Colonien. Der erstgenannte Gauverband hielt den Regionalcongress der Possibilisten in Paris, quasi als Vorbesprechung des folgenden großen Nationalcongresses ab. Auf diesem Congresse schon geriethen die Parteien hart aneinander, es kam aber noch nicht zur Spaltung.

Die Ursache der Differenzen war eine Bestimmung des Parteistatuts. Es war nämlich bisher jeder Abgeordnete dem Wahlcomité untergeordnet, durch welches er den Wahlsieg erlangt hatte; als zweite Instanz stand dem Abgeordneten dann noch das Gros der Wählerversammlung zur Verfügung. Da geschah es, dass einer der possibilistischen Parteiführer Namens Allemane den Antrag stellte, die Abgeordneten sollten künftighin dem Parteivorstande direct unterstellt werden. Der Antragsteller scheint insoferne aus egoistischen Gründen gehandelt zu haben, als er der einzige der possibilistischen Parteiführer war, der es bisher zu keinem Mandat hatte bringen können. Als durch den Tod Joffrins ein den Possibilisten sicherer Sitz in der Kammer frei geworden war, hatte Allemane gehofft als Candidat aufgestellt zu werden. Allein Brousse unterstützte die Can-

didatur Lavy's. Es machte also den Anschein, als wollte sich Allemane durch obigen Antrag rächen.

Sein Antrag wurde vom Congresse zwar angenommen, denn es stimmten 51 Stimmen gegen 18, aber 58 Vertreter hatten sich der Stimmabgabe enthalten.

Es kam bald darauf der X. Nationalcongress der Possibilisten in Châtellerault: Der Congress wurde sowohl von den Anhängern Brousse's als auch jenen Allemane's beschickt, von Brousse mit der Absicht die in Paris auf dem Regionalcongresse erhaltene Niederlage zu rächen. Dies gelang ihm vollständig und früher als er dachte, denn schon bei der Prüfung der Mandate geriethen beide Parteien in Streitigkeiten, die zum Austritt Allemane's und seines Anhanges führten. So hat sich die bisher stärkste Arbeiterpartei Frankreichs neuerdings gespalten in die „Broussisten" und „Allemanisten" oder auch „Possibilisten" und „Neopossibilisten."

Es wurden auf dem Parteitag zu Châtellerault auch höchst verdächtige Beziehungen zur Sprache gebracht, die Allemane als Leiter des possibilistischen Tagblattes „Le Parti ouvrier" zu einem geheimen Agenten der Regierung gepflogen haben sollte.

Was den Inhalt der auf dem Congresse gefassten Beschlüsse betrifft, so beziehen sich dieselben auf die Verstaatlichung und Vergemeindung gewisser Zweige des Wirtschaftslebens, welche für die Arbeiter als Consumenten eine besondere Wichtigkeit besitzen, also des Wohnungswesens, der Bekleidung und Ernährung. Sodann wurde die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit, eine Reform des gesammten Unterstützungswesens, die Frage des achtstündigen Normalarbeitstages und die der Bevölkerungsabnahme Frankreichs erörtert.

Vertreten waren nach dem Abzuge der Allemanisten noch 132 Gruppen und Gewerkschaften auf dem Congresse.

Ungefähr um dieselbe Zeit, als in Châtellerault die Spaltung der possibilistischen Partei sich vollzog, nämlich am 11. und 12. October, hielt die unter marxistischem Einfluss stehende Arbeiterpartei in Lille einen Congress ab. An diesem Congresse nahmen 71 Delegirte theil, welche 97 Städte und 212 Gruppen oder Gewerkschaften vertraten. Die wichtigsten Verhandlungsgegenstände waren: Straffere Centralisation der Partei, Herausgabe eines wöchentlich in Paris erscheinenden Parteiorganes, ferner die Frage der Fortbildung des Arbeiterschutzes und die des allgemeinen Strikes. Endlich wurde ein Beschluss für den achtstündigen Arbeitstag und die Wiederholung der Maifeier gefasst. Sämmtliche Reformvorschläge wurden in 17 Artikeln formulirt.

Nachdem der Congress von Lille die beiden Führer Quesde und Ferroul gewählt hatte, um die Grüße des französischen Proletariats nach Halle zu überbringen, schloss er seine Sitzungen mit einer öffentlichen Versammlung im Hippodrom zu Lille. Die Delegirten hatten die „Bürgerin" Marx-Aveling zur Vorsitzenden gewählt, um damit Karl Marx ihre Sympathie zu bezeugen und deutlich darzuthun, dass sie keinen Unterschied der Nationalität und des Geschlechtes anerkennen.

Unmittelbar auf den Congress zu Lille folgte vom 13. bis 18. October der IV. Congress der marxistisch gesinnten Gewerkschaften in Calais. Die Verhandlungen begannen, als sich gerade 3000 Tüllarbeiter im Ausstande befanden. Die Betheiligung an dem Congresse war eine ziemlich schwache. Es waren nur 55 Delegirte erschienen, welche mehrere hundert Gewerkschaften zu vertreten hatten. Die Beschlüsse entsprachen den in Lille bereits gefassten.

Außerdem aber wurden auch minder wichtige Beschlüsse in Bezug auf Schiedsgerichte, Fabriksinspectoren, Lehrlingswesen etc. gefasst.

Endlich fand am 7. und 8. December 1890 noch der socialdemokratische Provinzialcongress der Arbeiter in Marseille statt, auf welchem folgende Beschlüsse gefasst wurden:

1. Das Privateigenthum ist in Collectiveigenthum zu verwandeln;

2. der Staat hat den Greisen und Arbeitsunfähigen eine Rente zuzuweisen;

3. den Unternehmern ist zu verbieten, dass sie auswärtigen Arbeitern geringeren Lohn geben, als den französischen;

4. das Gesetz Waldeck-Rousseau über die Syndicate ist zu verwerfen;

5. der Congress fordert alle Arbeiter auf, sich in Syndicate zu gruppiren, um die politische Gewalt in die Hände zu bekommen.

Die Socialisten Frankreichs sind demnach zur Zeit in fünf Parteien gespalten: zwei Arten von Possibilisten, dann Marxisten, Blanquisten und Anarchisten, von welchen die Marxisten den meisten Anhang haben dürften; ihr Organ ist der seit 21. September erscheinende „Le Socialiste", welcher unter der Redaction von Quesde, Lafargue und Bernard steht.

Von der possibilistischen Presse ist das Wochenblatt „Le Proletariat", das Tagesblatt „Le Parti Ouvrier" und die Revue „La France socialiste" am meisten verbreitet.

Die anarchistische „Literatur", die ausschließlich aus Flugschriften und kleinen Winkelblättchen besteht, trieft derart von Blut und Greueln, dass sie selbst den Abscheu vernünftiger Socialisten erregt.

Ein Product dieser Literatur war Mitte des Berichtsjahres erschienen: „Le indicateur Anarchiste", ein anarchistischer Wegweiser, der in 40 Seiten lehrt, wie stolze Paläste, wie auch einfachere Bürgerhäuser in die Luft zu sprengen seien und die Angabe der geeignetsten, billigsten und sichersten Mittel enthält, einen unbequemen Nebenmenschen zu beseitigen. Es ist, kurz gesagt, ein Wörterbuch des Mordes, des Raubes, der Plünderung und Brandstiftung.

Die Erinnerungsfeier des Jahrestages der Commune zum 18. März ist diesmal in Paris ziemlich spärlich ausgefallen. Die revolutionären Elemente in Paris beschäftigen sich mehr mit der Zukunft, als mit der Vergangenheit.

Das Meeting fand am Sonntag den 23. März in der Salle Favie statt. Die Anarchisten hatten 2000 Einladungen ausgetheilt, es fanden sich aber nur 500 Personen ein.

Schließlich gelangte ein Manifest zur Verlesung, das in alle Sprachen übersetzt, an die Proletarier der ganzen Welt versendet wurde.

Das Ende des Socialistengesetzes in Deutschland wurde auch von den deutschen Socialisten in Paris gefeiert. Zuerst wurde die Marseillaise abgespielt, sodann die Festrede gehalten. Daran schloss sich eine Ceremonie, das Begräbnis des Socialistengesetzes. Hiebei wurde eine in Lumpen gehüllte Puppe herumgetragen und endlich tanzte die ganze Gesellschaft einen tollen Rundtanz um die Puppe. Nicht geringes Aufsehen hat die am 18. November 1890 in Paris erfolgte Ermordung des russischen Generals Seliverstoff im Hotel de Bade hervorgerufen. Es wurde bald genug constatirt, dass

ein nihilistischer Racheact ausgeübt wurde und dass der Thäter muthmaßlich mit dem Techniker Stanislaus Padlewski aus dem Gouvernement Kiew ident ist. Padlewski, welcher bis zu Ende des Berichtsjahres nicht zustande gebracht worden ist, hielt sich seinerzeit auch in Österreich auf, wurde aber mit Erkenntnis der k. k. Polizeidirection in Lemberg vom 1. October 1889 aus sämmtlichen im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern abgeschafft.

Am 28. April 1890 ist der (1862 zu Petrowitz in Böhmen geborene) berüchtigte Anarchist, Schneidergehilfe Wenzel Marek in Paris, woselbst er eine Reihe von Jahren gelebt hatte, im Alter von 28 Jahren gestorben.

Er stand im dringenden Verdachte, bei der Herausgabe des berüchtigten communistisch-anarchistischen Blattes „Pomsta" und bei der Einschmuggelung von anarchistischen Druckschriften aus Amerika und London nach Österreich eifrigst mitgewirkt zu haben.

Belgien.

Die socialdemokratische Bewegung in Belgien ist im Fahrwasser der vorjährigen Bewegung geblieben. Der gegenwärtige Stand derselben ergibt sich aus dem vom Generalrathe der socialistischen Arbeiterpartei formulirten Wunschzettel:

1. Allgemeines Stimmrecht, unmittelbare Gesetzgebung durch das Volk mit Referendum;
2. confessionsloser Unterricht;
3. Trennung zwischen Kirche und Staat;
4. Geschwornengerichte für alle Delicte;
5. Abschaffung der Aushebung, der Stellvertretung im Militärdienste und Aufhebung des stehenden Heeres;
6. Selbstverwaltung der Gemeinden;
7. Verleihung der civilrechtlichen Persönlichkeit an Berufsgenossenschaften der Arbeiter;
8. einen Tag Ruhe in der Woche;
9. Regelung der Arbeit der Kinder, Frauen und Männer;
10. Aufsicht der Arbeitsstätten und Arbeiterwohnungen durch Arbeiter;
11. Haftpflicht der Unternehmer für Unfälle;
12. Regelung der Gefängnisarbeit;
13. Betheiligung der Arbeiter bei Aufstellung der Fabriksordnungen;
14. Abschaffung der durch diese verfügten Geldbußen;
15. Verwaltung der Unterstützungskassen durch die Arbeiter;
16. Abschaffung der Verzehrungssteuer und der Zölle;
17. Aufhebung der Verträge, welche öffentliches Eigenthum vergeben haben, z. B. Bergwerksconcessionen.

Mit der Aufstellung dieses Programmes hat die belgische Arbeiterpartei zu ihrem am 6. und 7. April 1890 nach Löwen einberufenen Parteitag zugleich die Organisation der Maidemonstration als Gegenstand der Tagesordnung angesetzt.

Diese Jahresversammlung war von 269 Delegirten und 150 Organisationen beschickt. Dem Berichte des Referenten Defuet aus Brüssel war zu entnehmen, dass alle Differenzen in der Partei geschlichtet sind und dass dieselbe jetzt als vollständig einig betrachtet werden kann.

Der Congress besiegelte also die Vereinigung der Arbeiterpartei mit der seinerzeit unter Führung von Defuisseaux ausgetretenen Opposition, die sich damals „socialistisch-republikanische Partei" nannte.

Ganz besondere Fortschritte soll die Partei in Antwerpen, Löwen, Lüttich und in Verviers gemacht haben.

In Löwen hat die Partei einen Consumverein, dessen Mitgliederzahl von 109 im Jahre 1883 auf 3911 im Jahre 1890 gestiegen ist und dessen Umsatz im letzten Jahre 3,300.000 Francs betrug.

Der Congress fasste eine Reihe auf den inneren Ausbau und die Agitation bezüglicher Beschlüsse, von denen hier erwähnt werden:

Die Strikekasse der Partei wurde aus einer obligatorischen in eine facultative verwandelt, da die größten Verbände sich über Doppelbesteuerung beschwerten.

Zu den allgemeinen Wahlen sollen die der Partei angehörenden Gruppen soviel als möglich selbständig in den Kampf gehen, doch bleibt es ihnen freigestellt, unter der Bedingung der vollen Aufrechterhaltung ihres Programmes, zeitweilige Wahlbündnisse einzugehen.

Der Generalrath der Partei wurde auf diesem Congresse aus folgenden Personen zusammengesetzt: J. Volders, A. Delporte, L. Verryken, G. Defuet, L. Bertrand und D. Vandendarpe.

Einstimmig wurde auf diesem Congresse folgende Resolution angenommen:

„Die auf ihrem Nationalcongress in Löwen versammelte belgische Arbeiterpartei sendet der deutschen Socialdemokratie ihren Glückwunsch zu ihrem jüngsten Wahlerfolg und zu der von ihr im Namen der internationalen Solidarität der Arbeiter energisch betriebenen Propaganda."

Als Ort des nächsten öffentlichen Jahrescongresses der Partei wurde Verviers in Aussicht genommen.

Die Maidemonstration verlief in Belgien ohne Ruhestörung. In Brüssel fand keine Arbeitseinstellung statt. Erst am Abend erfolgte ein Aufzug von circa 10.000 Arbeitern. In Charleroi zogen gegen 12.000 Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern durch die Stadt, Tafeln tragend, auf welchen der achtstündige Arbeitstag verlangt wurde. In Gent hielt der Socialist Anseele eine aufreizende Rede. Nur in Enschede wollten schon vor dem 1. Mai circa 1500 strikende Arbeiter mehrere Läden plündern, wurden aber von den Truppen zerstreut, ein Theil verwundet und gefangen.

Von hoher Bedeutung war der in Jolimont in den Tagen vom 20. bis 24. Mai abgehaltene internationale Bergmannstag, auf welchem ein internationales gemeinsames Vorgehen in allen Fragen der Organisation und namentlich behufs Erringung des Achtstundentages beschlossen wurde.

Von Österreich waren nur drei Delegirte zu diesem Bergmannstage entsendet worden, darunter Franz Knorr, der spätere Einberufer des österreichisch-ungarischen Bergarbeitertages in Wien. Es wurde in Jolimont überhaupt lebhafte Klage geführt über die zurückgebliebene Organisation der deutschen und österreichischen Bergarbeiter.

Seitdem haben aber die Bergarbeitertage in Halle a. S. und in Wien stattgefunden und durch ihre Beschlüsse sich denjenigen zu Jolimont so genähert, dass der beklagte Mangel einer Organisation wohl nicht mehr Bedeutung hat.

Auf dem Congresse zu Jolimont wurde klargelegt, dass die internationale Organisation der Bergarbeiter von der allergrößten Wichtigkeit ist und dass dies namentlich im Hinblick auf die Möglichkeit eines internationalen Bergarbeiter- — besonders Kohlengräber- — Strikes der Fall sei. Hiebei wurde behauptet, dass eine

regelmäßige Kohlenproduction für den modernen Productionsprocess absolut nothwendig und eine Lebensfrage der Gesellschaft sei, welche nicht mit Militär und anderen Unterdrückungsmaßregeln gelöst werden könne, sondern nur durch ein einziges Mittel: Die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues.

Die Delegirten stellten es in sichere Aussicht und bezeichneten dies als den künftigen ersten Sieg der ökonomischen Anschauungen der Socialisten.

Dank dem energischen Widerstande der englischen Delegirten kam ein eigentlicher Beschluss zu einem allgemeinen Bergmannsstrike noch nicht zustande, es wurde jedoch eine bestimmte Frist bis zur nochmaligen Prüfung dieser Frage auf Vorschlag der englischen Delegirten festgesetzt.

Hingegen war einstimmig das Verlangen nach Einführung des Achtstundentages und ebenso der Beschluss über diesen Gegenstand.

Es wurde ausdrücklich auf dem Congresse hervorgehoben, dass dieser Beschluss durchaus nicht mit der Kundmachung für den 1. Mai verwechselt werden dürfe, denn trotz ihrer scheinbaren Identität seien die Bedingungen in beiden Fällen doch grundverschieden.

Während am 1. Mai acht Stunden als Maximum der täglichen Arbeitszeit für die gesammte Industrie verlangt wurden, verlange der Congress den Achtstundentag für eine ganz bestimmte Industrie.

Zu dem Congress in Jolimont waren 30 belgische, 30 englische, 20 deutsche, 10 französche und 5 österreichische Delegirte angemeldet gewesen, es sind jedoch nur die belgischen und englischen Delegirten in der angemeldeten Stärke erschienen. Im Ganzen sollen 400.000 Arbeiter durch Delegirte vertreten gewesen sein.

Die Situation der Bergarbeiter in Österreich wurde von Franz Knorr besprochen. Die deutschen Delegirten hatten gebeten, ihre Namen nicht zu nennen, es wurde aber auf Befehl des Ministeriums vom Bürgermeister die Identität aller Delegirten festgestellt, was große Erbitterung unter diesen hervorrief.

Der nächste internationale Bergarbeitercongress wurde für 1. April 1891 angesetzt.

Die belgischen Socialisten fordern schon seit Jahren das allgemeine Wahlrecht und sie haben zu wiederholtenmalen zu Gunsten desselben demonstrative Aufzüge veranstaltet, waren aber vorher immer allein geblieben. Bei der am 10. August stattgehabten Demonstration in Brüssel, an welcher mehr als 30.000 Personen aus Brüssel theilgenommen haben, waren aber auch Fortschrittler betheiligt und durch diesen Umstand hat diese Demonstration eine ganz andere Bedeutung erlangt als alle die früheren Demonstrationen der belgischen Socialisten.

In den mit der Demonstration verbundenen Versammlungen wurde eine ziemlich kecke Sprache geführt und auch ein Generalstrike angekündigt, soferne im Jahre 1891 nicht das allgemeine Stimmrecht gewährt würde.

An der Demonstration in Brüssel betheiligten sich auch sehr viele auswärtige Socialisten und Fortschrittler. Aus den nördlichen Provinzen kamen allein eilf Sonderzüge an, welche aus den Gegenden Verviers, Lüttich, Gent und Antwerpen einige Tausende von Manifestanten brachten. Die Aufstellung des Zuges begann um 10 Uhr, in kurzer Zeit war die ganze „Grüne Allee", der Boulevard d'Anvers, der Quai du Commerce und der Boulevard du Jardin Botanique von einer dichten Menschenmasse erfüllt, welche sich um ihre Fahnen scharten. Die Fahnen waren blutroth, viele von einer Jakobinermütze gekrönt. An der Spitze des Zuges wurden Tafeln mi der Inschrift getragen:

„Platz für die Armen!"

„Platz für das Volk der Arbeiter!"

Im Zuge fanden sich Tafeln mit folgenden Inschriften:

„Allgemen Stemrecht."

„Suffrage universel."

„Wir wollen nicht länger Sclaven bleiben."

„Revision oder Revolution."

„Revision oder Tod" etc.

Ein furchtbares Gewitter trieb bald darauf die Manifestanten auseinander, doch als das Wetter sich nach einer Stunde besserte, formirte sich neuerlich ein Zug gegen den Park von St. Gilles, wo Verryken in französischer und Van Beveren in vlämischer Sprache folgenden Eid verlasen:

„Die am 10. August 1890 zur feierlichen Kundgebung im Park zu St. Gilles versammelten belgischen Arbeiter und Demonstranten schwören, rast- und ruhelos zu kämpfen bis zu dem Tage, an welchem durch Einführung des allgemeinen Stimmrechtes das belgische Volk in Wahrheit ein Vaterland erlangt haben wird."

Am 14. September ist in Brüssel der vom Generalrathe der belgischen Arbeiterpartei einberufene Congress zusammengetreten, um über die Mittel zur Erlangung des allgemeinen Wahlrechtes zu berathen.

Von socialistischer Seite wurden vier Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Steuerverweigerung,
2. Verweigerung der Militäraushebung,
3. Errichtung eines Volksparlamentes und
4. der allgemeine Ausstand.

Das Volksparlament soll aus 138 Mitgliedern in ganz Belgien mittelst des allgemeinen Stimmrechtes gewählten, neben der von den Censurwählern gewählten Repräsentantenkammer bestehen und in Brüssel gleichzeitig mit dem Abgeordnetenhause zusammentreten.

An dem Congresse betheiligte sich auch eine Fraction der Brüsseler Association liberale.

Außer obigen vier Punkten wurde auf diesem Congresse noch verlangt:

5. Veranstaltung von Straßenkundgebungen zur selben Stunde, am selben Tage in allen größeren Orten.
6. Verpflichtung aller Arbeiter nur für solche Candidaten zu stimmen, die für die Erlangung des allgemeinen Wahlrechtes sind.
7. Propaganda innerhalb der Armee.
8. Gründung von Vereinen zur Agitation für das allgemeine Stimmrecht.

Mit der Erlangung des allgemeinen Stimmrechtes befasste sich auch die am 15. December 1890 zu Louvieres abgehaltene Grubenarbeiterconferenz, welche von 90 Delegirten als Vertreter von 74 Arbeitervereinen beschickt war und der am 25. December 1890 vom Abgeordneten Jansen geleitete progressistische Congress zu Brüssel.

Auf ersterer wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Es ist Ursache zur allgemeinen Arbeitseinstellung in allen Industrien vorhanden, wenn die Kammern sich nicht über den Antrag der Verfassungsrevision im Laufe der gegenwärtigen Session bis im Monate April ausspricht.

2. Die allgemeine Arbeitseinstellung wird von rechtswegen stattfinden, wenn der Revisionsantrag von der Kammer verworfen wird.

Auch in der Strikebewegung hatten die socialistischen Hetzer in Belgien ganz auffallende Erfolge zu verzeichnen. Die Arbeiter strikten zumeist ohne Grundangabe, erhoben keine Reclamationen und schienen einem geheimen Befehle zu gehorchen.

Das Petitum der belgischen Arbeiter ging nicht so sehr auf Lohnerhöhung, als auf Herabsetzung der Arbeitszeit.

In der Landschaft Borinage brach am 21. August ein ausgedehnter Arbeitsausstand aus. Noch in der Versammlung am 10. August, welche die Führer am Abend nach dem Umzuge hielten, waren nicht alle für eine sofortige Einleitung des allgemeinen Ausstandes.

Allein die Centralleitung wachte und verstand es in wenigen Tagen einen der vereinzelnten Ausstände zu einer Arbeitseinstellung im ganzen Borinage aufzubauschen. Der Strike hatte nicht die beabsichtigte Wirkung und endete nach einigen Tagen mit der Drohung der Arbeiter denselben nach einiger Zeit des Zuwartens im ausgedehnten Maßstabe wieder aufzunehmen.

Vor dem Schwurgerichte zu Mons hat am 8. Juli ein Nachspiel zu dem großen Arbeiterprocesse stattgefunden, der im vorigen Jahre so viel Aufsehen erregt hatte.

Angeklagt waren die Anarchisten Alfred Defuisseaux, Adant und Baudoux, welche alle drei rechtzeitig nach Frankreich geflüchtet waren.

Am schwersten belastete die Anklage A. Defuisseaux als Führer der Umsturzbewegung. Adant lagen mehrere Aufreizungen zu Attentaten zur Last und Baudoux hatte im Jahre 1887 für 10 Francs einen gewissen Borré zu verleiten gesucht, einen Aufzug der Zeche Mariemont zu zerstören.

Nach kurzer Berathung verurtheilte der Gerichtshof die drei Flüchtigen zu längeren Gefängnisstrafen. In der socialistischen und anarchistischen Presse sind im Laufe des Berichtsjahres nur geringe Veränderungen eingetreten.

In Brüssel erscheint seit Beginn des II. Quartales eine anarchistische Monatsschrift unter dem Titel: „La Questione Sociale".

Von Interesse ist die Betheiligung der studirenden Jugend an den socialistischen und anarchistischen Bestrebungen in Belgien.

Am 21. November hat sich in Gent ein Studentenverein mit anarchistischer Färbung gebildet, welcher sich an dem Begräbnis des Professors Demoulin mit rothen Fahnen betheiligte und am Sonntag den 14. December fand in Brüssel ein Congress socialistischer Studenten statt, an dem zahlreiche Delegirte der vier belgischen Universitäten theilgenommen haben. Der Congress verlangte Regelung der Arbeit, Erweiterung des Stimmrechtes, corporative oder Syndicatsorganisation der heutigen Gesellschaft etc.

An den Congress schloss sich ein Bankett der Congressmitglieder in einem Saale der Socialisten.

Holland.

In Holland macht die socialistische Bewegung nur langsame Fortschritte. Noch vor wenigen Jahren hat das Centralorgan der Socialdemokratie Deutschlands „Vorwärts" geschrieben:

„Holland gilt vielfach als ein todter Boden für den Socialismus."

Denn damals, das ist im Jahre 1876, war die socialistische Bewegung in Holland noch so gut wie todt und es fand sich auch nicht eine Spur der Internationale vor. Seither ist aber der Boden mit Wort und Schrift bearbeitet worden und nun so weit gediehen, dass dort eine ziemlich starke Organisation besteht.

Amsterdam stand immer vorne in der Bewegung, die Residenz, Haag, folgte bald und es wurde die Centralleitung von Amsterdam nach dem Haag verlegt. Noch vor ein paar Jahren als Domela Nieuwenhuis seine erste propagandistische Reise nach den nördlichen Provinzen des Landes Friesland und Gröningen machte, waren es weniger die Gegner als der Indifferentismus der arbeitenden Classe, was ihm in den Weg trat. Auch heute noch ist es der Fall, dass an mehreren Orten in Holland socialistische Versammlungen nicht abgehalten werden können, weil so wenig Zuhörer vorhanden sind, dass es die Mühe zu reden nicht lohnt. Dennoch sind heutzutage die nördlichen Provinzen für die Partei die besten, weil dort der Socialismus namentlich seit 1889 am festesten Wurzel gefasst und sich am meisten ausgebreitet hat. Dort kommt es aber auch vor, dass sich die größten Säle als zu klein erwiesen, um die Menge der Zuhörer zu fassen.

Die Thätigkeit der Socialdemokratie in Holland ist überall eine dreifache:

1. Propaganda und Discussion der socialistischen Ideen durch Bücher, Broschüren, Zeitungen, Vorträge, Versammlungen u. s. w.

2. Organisation der Arbeiter und Intervention gelegentlich der Conflicte zwischen Capital und Arbeit und

3. Stellung von politischen Forderungen, besonders der Forderung des allgemeinen, gleichen directen Stimm- und Wahlrechtes.

Arbeitseinstellungen, welche früher nur ausnahmsweise vorkamen, sind jetzt an der Tagesordnung und haben durch dieselben die Torfarbeiter in Friesland und Gröningen, die Dockarbeiter in Rotterdam und die Webergehilfen in Twenthe überall mehr oder weniger Erfolge errungen. In der Art der Propaganda folgte die Partei bisher dem Beispiele Belgiens. Demonstrative Aufzüge kommen in Holland zwar nicht so häufig vor, sind aber doch ein beliebtes Agitationsmittel. So fand in Leeuwarden am 27. April Mittags ein socialistisches Monstremeeting unter freiem Himmel statt, dem gegen 30.000 Menschen angewohnt haben.

Zahlreiche Redner hielten Brandreden gegen die Monarchie und Bourgeoisie.

Ein Bataillon Jägertruppe bewachte das Meeting und verhinderte die Entfaltung einer rothen Fahne und den Abzug mit derselben.

Das Parteiblatt erscheint im Haag und zwar in täglicher Ausgabe „Recht voor Allen" (Recht für Alle), außerdem schreiben im Geiste der Partei „Het radicaal Weekblad" (das radicale Wochenblatt) in Amsterdam, „De Klok" (Die Glocke) in Wolwega (Friesland), „Het friesche Volksblad" (das friesische Volksblatt) in Leeuwarden und einige Fachblätter, wie der Cigarrenarbeiter, der Zimmermann, der „Seingever" (Das Signal) für die Eisenbahnbeamten. Letztere haben einen Verein, der noch nicht zwei Jahre besteht und jetzt circa 2000 Mitglieder zählt. Er besteht unter dem Namen „Steeds voorwaarts" (Immer vorwärts). Der Verein erstrebt neben der Förderung der Fachinteressen und Erkämpfung der politischen Rechte der Arbeiter die Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Obgleich der Verein der socialdemokratischen Partei noch nicht beigetreten ist, arbeitet er doch mehr und mehr in dieser Richtung und sind die meisten seiner Mitglieder Socialdemokraten.

Der Verein ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil er sich am 13. September an die Fachgenossen im Auslande mit der dringenden Aufforderung gerichtet hat, zur Gründung einer internationalen Federation die Hand zu reichen. Der Aufruf schloss mit den Worten: „Eisenbahnsclaven aller Länder, vereinigen wir uns!“

An den Weihnachtstagen des Jahres 1890 hat in Herrenween ein Congress der holländischen Socialdemokraten stattgefunden.

Auf demselben wurde von den Vertretern der 38 socialdemokratischen Vereine nebst der Hauptsache — Behandlung von Organisationsfragen — noch beschlossen, den Sitz des Centralrathes der Partei vom Haag wieder nach Amsterdam zu verlegen, sowie am 1. Mai eine Kundgebung zu Gunsten des Achtstundentages zu veranstalten.

Im Laufe des Berichtsjahres sind von holländischen Socialisten anarchistischer Richtung wiederholt Agitationsschriften unter das Volk gebracht worden. So wurde Krapotkins „Lohnsystem“ und Mosts „Gottespest“ ins Holländische übertragen und in größerer Anzahl verbreitet. Ebenso fanden rein socialistische Schriften, namentlich die gedruckten von Domela Nieuwenhuis auf der Agitationsreise in Gröningen und Friesland gehaltenen Vorträge, großen Absatz, welcher seine Rede mit dem Satze zu enden pflegte:

„Brüder! Wir werden siegen oder sterben unter dem Banner der Socialdemokratie und wir werden dasselbe beständig hochhalten!“

Spanien.

Im Allgemeinen ist die Arbeiterbewegung in Spanien ihrer Parteistellung nach in beinahe zwei gleich starke Richtungen getheilt, in Socialdemokraten und Anarchisten.

Der Grund hiezu liegt darin, dass sich bisher die Bewegung nur in dem engen Kreise kleinerer Zirkel und Comités abgespielt und mit Ausnahme von Barcelona eine Betheiligung der Arbeitermassen noch nicht stattgefunden hatte.

Nun aber ist die Forderung des achtstündigen Maximalarbeitstages das gemeinsame und einzige Programm aller Arbeiter Spaniens geworden. Der Gegensatz besteht nur in Folgendem:

Die Arbeiterausschüsse östlicher Städte, besonders in Barcelona, Valencia, Alcoy und Malaga glaubten einen Generalstrike für alle Gewerbe proclamiren zu können, um auf diese Weise zugleich den Achtstundentag durchzusetzen, während in den westlichen Städten, darunter auch Madrid die Arbeiterführer sich petitionirend an die Regierung und an das Parlament wenden wollten.

Die Führer in den östlichen Städten bezeichnen sich selbst als Anarchisten, die in den Weststädten als Socialisten; in Madrid steht die socialistische Liga dem anarchistischen Arbeiterverbande gegenüber.

In ihrer Taktik unterscheiden sich beide Richtungen auch insoferne, als die Anarchisten den 1. Mai unter allen Umständen als Arbeiterfeiertag festhielten, während die Socialdemokraten gleich den englischen Socialisten die Feier am darauf folgenden Sonntage veranstalteten.

Nur wenige Tage vor dem 1. Mai hatte der Senat in Spanien das allgemeine Stimmrecht bewilligt und es war infolge dessen zu erwarten, dass die Maidemonstration in diesem Lande umso ausschlaggebender ausfallen werde.

In Madrid hielten die Anarchisten am 1. Mai ihr Meeting, das von 600 Personen besucht war. Zur Versammlung der Socialdemokraten am folgenden Sonntage in Liceo Rius waren aber 4000 Arbeiter erschienen. Der Vorsitzende der letzteren Versammlung, Matias Gomez, erklärte gleich zu Anfang, dass das Meeting nicht den Zweck habe, den Generalstrike zu proclamiren, sondern eine friedliche Kundgebung zu Gunsten der achtstündigen Arbeitszeit in Scene zu setzen.

Den größten Beifall hatte der bekannte Socialist Iglesias, als er die Nothwendigkeit socialer Roformen und der Begründung einer starken Arbeiterpartei Spaniens darlegte.

Nach der Versammlung formirte sich der Zug, voran ein Musikcorps, darauf die aus 20 Personen bestehende Commission, welche der Regierung die Forderung der Arbeiter Madrids überbringen sollte. Die Theilnehmer des Zuges wurden auf 6000 geschätzt.

Über den Empfang bei dem Ministerpräsidenten berichtete Iglesias der Menge, worauf sich der Zug in Ordnung auflöste. Größere Demonstrationen fanden noch statt in Bilbao, Valladolid, Barcelona und Valencia; an keinem dieser Orte kam es zu einer ernstlichen Ruhestörung.

Durch mehrere große Strikes haben viele spanische Arbeiter den Achtstundentag bereits errungen.

Mitte März bereiteten die Internationale sowie die Arbeitergesellschaft in Barcelona und dem anderen Industriemittelpunkte in Catalonien einen allgemeinen Strike vor, doch war, Dank der Bemühungen der Behörden, es noch gelungen, den Ausstand hintanzuhalten. Am 15. Mai sind in mehreren Bergwerken der Umgebung von Bilbao Strikes ausgebrochen. Hiebei kam es zu Zusammenstößen mit der Bürgergarde, welche mit Steinwürfen von den Arbeitern empfangen wurde und deswegen von der Feuerwaffe Gebrauch machte. Am 20. Juni waren viele Fabriken in Catalonien geschlossen, wo circa 10.000 Arbeiter feierten; in Manresa kam es zu ernsten Ruhestörungen; das Militär musste thätlich eingreifen und einige Tage später, am 23. Juli, wurde über Arbeiterunruhen in Valls bei Barcelona berichtet.

Wie in vielen Staaten Europas fanden auch in Spanien mehrere Arbeiterconferenzen statt, von welchen der Congress der spanischen Socialisten zu Bilbao in den letzten Tagen des Monates August der bedeutendste war. Auf demselben waren 22 Delegirte aus 16 spanischen Städten und außerdem Gäste aus Portugal und aus dem südlichen Frankreich erschienen.

Es handelte sich in erster Linie um die Stellung zu den bevorstehenden Corteswahlen. Es wurde mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, nur solche Candidaten bei den Wahlen zu unterstützen, die sich offen zum socialdemokratischen Programm bekennen. Im übrigen sprach sich der Congress für den gesetzlichen Achtstundentag und für eigene socialistische Pressorgane aus. Der 1. Mai soll ständig als Arbeiterfeiertag gelten.

In dritter Linie wurde bestimmt, am ersten Sonntag des kommenden Jänners in allen Städten, in denen Anstalten mit Gefängnisarbeit existiren, Massenkundgebungen abzuhalten, auf denen Resolutionen zu einer Neuorganisation der Gefängnisarbeit zu fassen sein werden. Der Congress bestimmte viertens, die in Madrid erscheinende Zeitung „El Socialista“ als officielles Parteiorgan; ein zweites Parteiorgan mit ebenfalls officiellem Charakter wird in Barcelona erscheinen. Für beide Blätter wird die Partei einen Press- und Agitationsfond sammeln, zu welchem jeder der Partei angehörende Genosse wöchentlich einen Betrag von 10 Centimes entrichten soll. Fünftens

beschloss der Congress zum nächsten internationalen Socialistencongress spanische Delegirte unter den gleichen Bedingungen wie zum Pariser Congress zu entsenden.

Die spanischen Delegirten sollen auf die Einsetzung eines internationalen ständigen Comités dringen, das die Arbeiterinteressen zu vertreten hätte, das durchaus öffentlich wirken und selbst den Anschein eines Geheimbundes vermeiden soll. Endlich beschloss der Congress, dass das Nationalcomité der spanischen Arbeitercomité seinen Sitz in Madrid haben soll und dass der nächste spanische Socialistencongress für den kommenden Herbst nach Valencia einzuberufen sei.

In das Nationalcomité wurden gewählt: Pablo Iglesias, Francisco Diego, Andres Cermenno, Pascual Simal und Antonio Atienza.

Am 11. November hat in Barcelona in dem großen Theater „Circo Barcelones" die Erinnerungsfeier „zu Ehren der Märtyrer von Chicago" stattgefunden, zu welcher 22 Delegirte aus Barcelona und 28 von auswärts, sowie eine Anzahl von Gästen erschienen waren. Festredner dieser Anarchistenversammlung war Llunas. Das anarchistische Blatt „El Produktor" brachte den Wortlaut dieser Festrede und knüpfte daran die Worte: „Wir werden denn auch sehen, wem die Bajonnette gehören."

Portugal.

Die Arbeiter Portugals versuchen in dem großen Emancipationskampfe des Proletariats mit ihren Genossen der übrigen europäischen Länder gleichen Schritt zu halten.

Die Organisation ist aber vorerst nur auf wenige Industrieorte des Landes beschränkt, allein dort, wo die Gewerkschaftsorganisation besteht, ist sie von jenen der übrigen Länder Europas nicht viel unterschieden. Dies gilt namentlich von den Gewerkschaftsorganisationen in Lissabon, Oporto, Setubal und Evora, welche in den Socialisten Cozta Leite, Luiz Figueiredo und besonders in Luiz Soares geschulte Redner und Parteiführer besitzen.

Wie auswärts, ist auch in den vorgenannten Industrieorten Portugals die Maifeier und die Erreichung des gesetzlichen achtstündigen Maximalarbeitstages in den Vordergrund der Berathungen, in den Versammlungen und Besprechungen in der socialistischen Presse getreten.

Außer den zunächst anzustrebenden Forderungen der Arbeiter haben die Socialisten Portugals am Ende des Berichtsjahres auch noch die Errichtung von Arbeiterkammern für die beiden Hauptorte der Industrie, in Lissabon und Oporto, verlangt und sind in ihren Forderungen schließlich so weit gediehen, dass sie von den beiden Stadtgemeinden bereits die nothwendigen Geldmittel zur Herstellung der erforderlichen Baulichkeiten verlangt haben und die Erhaltung und Unterhaltung in die Lasten der beiden Städte gestellt wissen wollen.

Gleich den Socialistenführern in den übrigen Ländern, haben auch die in Portugal ein schon demnächst zu verfolgendes politisches Programm aufgestellt, nach welchem die Arbeiter sich nur an denjenigen politischen Bewegungen betheiligen dürfen, welche die Hebung des materiellen Wohles der arbeitenden Bevölkerung im Auge haben. Nur in einem Punkte stehen die Arbeiter Portugals noch zurück, in der Agitation durch Congresse, Conferenzen und Arbeitertage; es ist jedoch durch die Einberufung des ersten portugiesischen Arbeitercongresses in der ersten Hälfte des Monats Jänner 1891 nach Lissabon auch in dieser Richtung schon ein Schritt nach vorwärts gesehen.

Krapotkins Abhandlung über das Lohnsystem ist kürzlich in der portugiesischen Sprache erschienen u. zw. im „Revolucao Social", dem Organ der Anarchisten in Oporto.

Italien.

In Italien ist die eigentlich socialistische und die Gewerkschaftsorganisation, wenn von den verhältnismäßig sehr gut organisirten Buchdruckern abgesehen wird, noch sehr unentwickelt.

Eine andere Art der Organisation erscheint jedoch immer bedeutungsvoller, nämlich die Unterstützungsvereinigungen der Arbeiter (La Società di mutuo soccorso).

Mit Ende des Berichtsjahres existirten in Italien schon mehr als 5000 solcher Vereine, welche alle Selbsthilfvereine sind. Mehr als eine Million Mitglieder gehören diesen Vereinen zur Zeit an, von welchen die Zahl der weiblichen Mitglieder sehr gering ist und nicht einmal sieben Procente der männlichen beträgt. Auffallend ist die Zahl der Ehrenmitglieder bei diesen Vereinen, welche periodische Beiträge leisten, ohne selbst ein Recht auf Unterstützung zu genießen, oder welche die Vereine auch häufig durch unentgeltliche Arbeiten unterstützen als: Ärzte, Advocaten etc.

Ebenso auffällig ist aber die, besonders in allerletzter Zeit beobachtete Tendenz, die Mitwirkung von der Arbeiterclasse nicht angehörenden Personen zurückzuweisen und ferners die Thatsache, dass die Statuten vieler solcher Vereine seit neuester Zeit ganz direct Ehrenmitglieder ausschließen. Es soll hiemit offenbar der Einfluss der Bourgeoisie auf die Arbeiterbewegung ganz aufgehoben werden.

Die Vereine für Selbsthilfe werden bald der fruchtbarste Boden sein, auf dem die Socialdemokratie gedeihen wird.

In Mittel-, besonders aber in Ober-Italien befindet sich der Kern der Arbeiterpartei.

Das Hauptcentrum derselben ist nach wie vor der „Partito Operaio" (Arbeiterpartei) in Mailand. Die Leitung ist aber seit Beginn des Berichtsjahres nach erbittertem Kampfe mit der Mailänder Polizei von Mailand nach Allesandria (Piemont) verlegt worden, wo auch jetzt der „Fascio Operajo" unter der Redaction von Arbeitern erscheint. In Mailand ist dieselbe durch den „Fascio dei lavoranti" vertreten, dessen Einfluss bald jenem des republikanischen „Consolato operajo" gleichkommen wird, da seine Mitglieder schon jetzt nach Tausenden zählen.

Zu den Mitarbeitern des „Fascio operajo" zählen die Chefs der Partei, so der Mailänder Gemeinderath und Publicist Oswald Gnochi, ferner Croce, Casati und der Advocat Filippo Turati. Weitere socialistische Blätter sind: die „Plebe" in Pavia, „Battaglia" in Parma, „Il sole dell' avenire" (für die Romagna und die Marken), ferner „Il Cavatore Comasco" und endlich „L'Italia del Popolo" in Mailand.

Die Arbeiterpartei hatte überall, wo sie durch Sectionen vertreten ist, in den Zeitungen, in Flugblättern und Vorträgen die Kundgebung für den 1. Mai propagirt.

Noch wenige Tage vor der Maidemonstration war jedoch die Stimmung der Socialistenführer sehr pessimistisch; es wurde Mangel an Einverständnis, an centraler Leitung und an allgemein gelesenen Parteiorganen hiefür angegeben.

Der Erfolg am 1. Mai hat aber im Ganzen und Großen die Führer wieder zufriedengestellt. Es fanden an diesem Tage an vielen Orten in fast allen größeren

Städten Italiens besonders aber in Rom, Neapel, Bologna, Faenza, Como und Turin demonstrative Ansammlungen statt, die aber überall mit leichter Mühe und ohne ernstliche Ruhestörung zerstreut wurden.

Auch in Mailand, wo schwere Unruhen befürchtet wurden, ist alles ziemlich glatt abgelaufen und waren spätere Gerüchte, welche selbst bis in das Parlament nach Rom drangen, über vollen Waffengebrauch etc. in Mailand ohne jede Begründung.

Die Maidemonstration hatte auch in Italien ihre Vor- und Nachspiele gehabt.

So wurden schon im Monate März in Mailand 23 Anarchisten verhaftet, weil sie eines Tages aufrührerische Manifeste für die Maifeier und Brandbriefe verbreiteten und die beschäftigungslosen Maurer und Maschinenarbeiter zu Unruhen verleitet hatten und am 13. April gab es kleine Demonstrationen in Rom, nachdem die Polizei dortselbst ein Meeting beschäftigungsloser Arbeiter wegen maßloser Hetzereien aufgelöst hatte.

Am 21. Mai zogen Arbeiter und Arbeiterinnen der Reisfelder von Coselice nach Lugo (Provinz Ravenna) vor die Municipalität, um Arbeit und die Erhöhung ihres Lohnes zu fordern. Die Sicherheitswachmannschaft drängte die Demonstranten vorerst zurück, musste aber dann angriffsweise vorgehen, nachdem Steine von den Demonstranten auf sie und die Truppe geschleudert worden waren. Bei dem Angriffe wurden zwei Personen getödtet und 19 der Demonstranten zumeist leicht verwundet.

Ähnliche Unruhen gab es am 26. Juni in Favara auf der Insel Sicilien, wo sich die Bergarbeiter der dortigen Schwefelgruben mit den Unternehmern wegen der Höhe des Lohnes und der Arbeitszeit im Streite befanden, und strikten. Das Militär aber intervenirte rasch und energisch und so war die Ruhe schnell hergestellt.

Zu gleicher Zeit rumorte es in der Umgebung von Genua und in der Romagna; dort wurde am 26. Juni die Telegraphenverbindung zwischen Lugo und Cotignola zerstört und von unbekannter Hand eine Bombe geschleudert.

Die hierauf eingetretene Ruhe wurde erst wieder im Monate December durch einige öffentliche Demonstrationen von beschäftigungslosen Arbeitern, so besonders in Mailand gestört. In dieser Stadt zogen ganze Schwärme vor dem Syndicus auf und verlangten, man möge die 200.000 Lire, welche die Stadt als jährlichen Zuschuss dem Theater della Scalla gewährt, künftighin den feiernden Proletariern zuwenden.

Die feiernden Maschinenbauer forderten das Municipium auf, ihnen so lange sie keine Arbeit finden können, Unterhalt zu gewähren.

Am 26. December kam es vor dem Genossenschaftshause der Maurer zu tumultuösen Scenen. Die Arbeiter wurden von zahlreichen fremden Agitatoren aufgehetzt, was daraus hervorging, dass trotzdem der Magistrat zahlreiche Kräfte zur Straßenreinigung suchte, nur wenige Arbeiter sich meldeten. Es wurden hiebei mehr als 100 Verhaftungen vorgenommen und circa 150 fremde Arbeiter abgeschoben.

Die socialistische Bewegung in Italien weist ebenfalls und gerade im Berichtsjahre große Ähnlichkeit mit dem Gange der Bewegung in anderen Ländern auf. So haben trotz der mangelnden Gewerkschaftsorganisation (es bestehen zwar einige dreißig Gewerkschaften, die aber noch nicht so vollständig organisirt sind, als beispielsweise in Deutschland) zahlreiche Conferenzen und Congresse der Arbeiter stattgefunden, welche sich zumeist mit dem Arbeiterschutz beschäftigt haben.

Auch die Regierung hat der Kammer im Berichtsjahre ein Unfallsgesetz vorgelegt. Es werden versichert, Arbeiter:

1. in den Gruben und Bergwerken;
2. in den Bauunternehmungen;
3. in Fabriken, welche explosive Stoffe verarbeiten;
4. in Schiffswerften und Arsenalen;
5. im Maschinenbetrieb;
6. auf militärischen Straßenbauten, Eisenbahnbaue etc.

Von den erwähnten Conferenzen wurde Mitte October 1890 der Congress der Socialisten aus den Marken zu Ravenna, fast zu derselben Zeit der Congress der „Cooperatori italiani“ in Turin, am 18. August 1890 der Congress der dem „Partito operaja italiano“ angehörenden Genossenschaften in Mailand, dann der Congress der „politischen Arbeitergenossenschaften“ in Pavia abgehalten. Der wichtigste Congress war der in der zweiten Hälfte des Monates October stattgefundene fünfte Congress des „Partito operajo italiano“ in Mailand, an welchem 105 Repräsentanten theilnahmen, welche 130 Genossenschaften vertreten haben.

Zunächst wurde der Centralleitung für die von derselben an den Congress in Halle gerichtete Adresse der Dank votirt. Der Repräsentant der deutschen Socialisten, Wilhelm Körner aus Gotha, mit einem „Hoch“ auf die deutschen Socialisten begrüßt und wurden sodann Beschlüsse zu Gunsten der Errichtung von Arbeiterkammern, der Einführung des Achtstundentages und der Feier des 1. Mai gefasst. Der Congress zeichnete sich insbesonders durch seine Abneigung gegen jede politische Parteinahme aus. Es wurde ferner beschlossen, einen Congress aller Parteifractionen abzuhalten und an den Wahlen mit dem Programme theilzunehmen, dass nur mit jenen Parteien in eine Allianz einzugehen sei, welche zu den Socialisten in gewissen Beziehungen stehen.

Als Sitz des Centralcomités des Bundes „Partito operajo italiano“ wurde vorläufig Allesandria noch belassen.

Was die anarchistische Bewegung in Italien betrifft, liegen die Verhältnisse in Italien so eigenthümlich, dass oft eine Verwechslung von Anarchisten mit Revolutionären anderer politischer Schattirung stattfindet.

„Chi siamo“ (Wer wir sind) betitelt sich ein neues anarchistisches Organ, das in Pesaro erscheint. Am 25. September wurden die Redacteure des liberalen „Caffaro“ in Genua, welche einen heftigen Artikel gegen die anarchistische Partei in Genua veröffentlicht hatten, in ihrem Bureau von 20 Anarchisten überfallen. Die Redacteure wurden durch Steinwürfe verwundet, die Fensterscheiben zertrümmert und die Möbel in Stücke zerschlagen.

Eine ähnliche Scene gab es in der Redaction der „Epoca“ und der Correspondent eines Militärblattes wurde auf offener Straße von zwei Anarchisten angefallen. Diese Ereignisse hatten die Bevölkerung Genuas in Aufregung versetzt.

In dieser Stadt fand am 10. October der Dynamitprocess gegen 13 Angeklagte statt. Sämmtliche Angeklagte wurden verurtheilt; das Haupt der Gesellschaft, der Schriftsetzer Tocci zu 3 Jahren und 2 Monate Kerker.

Russland.

Innerhalb der russisch-revolutionären Bewegung machten sich vier Fractionen bemerkbar. Die numerisch stärkste Fraction ist die Partei der reinen Socia-

listen (Marxisten), welche augenscheinlich einige Mittel hat und welchen Plechanow, der auch am Pariser internationalen Socialistencongresse die Partei repräsentirte, vorsteht. Ihm steht zur Seite als Assistent Axelrode in Zürich. Diese Partei will nur durch ein russisches Arbeiterproletariat wirken. Das Orgen derselben ist der im Monate Mai 1890 erschienene „Socialdemokrat" — ein voluminöser Octavband — welcher als Vierteljahrsschrift erscheint. Außerdem stellt diese Gruppenführung Flugschriften her, welche nach Russland bestimmt sind. Der Fond wird durch Sammlungen aufgebracht.

Als zweite Fraction kann der der ersten Partei am nächsten stehende „Russische Socialdemokratische Bund" — eine neugeschaffene Organisation — bezeichnet werden. Sie vertritt die neueste Richtung in der russischen revolutionären Bewegung, indem diese Organisation sich voll und ganz auf den Boden der internationalen Socialdemokratie stellt. Organ dieses Bundes ist die von demselben zu Anfang des Berichtsjahres herausgegebene Revue, die später unter dem Namen „Der Socialdemokrat" erschien und der ersten Fraction als Parteiblatt diente. Diese beiden Fractionen gehen nach und nach in Eine auf. Die dritte Partei ist die der Liberalen, deren Anhang unter den Emigranten jedoch weltverbessernd socialistisch ist und mit der vierten Gruppe, der der terroristischen „Malaidaja Narodnaja Wolja" (junge Narodnaja Wolja) in inniger Fühlung steht. Zu dieser Gruppe gehört die emigrirte studirende Jugend, die eben daran ist, die Organisation in Russland selbst herzustellen.

Die hervorragendsten Mitglieder in Paris sind: Aschkinazi, Beck, Belsky, Blumenfeld, Efron, Natalie Feodorowa, Frenkel, Gnatowsky, Gourewitsch, Grigorieff, Kohen, Lazare, Lawrow, Anna Lubewitsch, Orloff, Ostroga, Anastasia Pochtonowa, Marina Polonska, Roubanowitsch, Roubleff, Serebriakow, Katharine Serebriakowa, Dora Semenoffska, Sofie Seteingiss und Alexandra Tkachewa.

Mit ihnen gehen die polnischen Emigranten: H. Daum, Demski, Polak, Dr. Simanowsky Boleslav, Woynorowska, Dr. A. Zlocheyzky und der Redacteur des polnischen Organes „Pobudka" in Paris A. Baransky.

Die „Malaidaja Narodnaja Wolja" ist aus der so gefürchteten „Narodnaja Wolja" hervorgegangen, welche die Attentate zu Ende der 1870er und zu Anfang der 1880er Jahre verübt hat. Von dieser alten „Narodnaja Wolja" existirt nur noch ein Parteifragment, dessen Haupt der in Paris lebende Beck ist, welcher zu Beginn des vorigen Jahres mit Plechanow einen Principienkampf führte, von dem weiter unten die Rede sein wird.

Die „Malaidaja Narodnaja Wolja" ist lange nicht mehr so terroristisch wie die alte Stammgruppe; sie ist aber doch, wie die Experimente Briensteins in Zürich im Jahre 1889 und die Attentatsvorbereitungen zu Paris im Jahre 1890 zeigen, der Propaganda der That nicht weniger als abgeneigt.

Der im Berichtsjahre eingegangene „Socialist", welcher dieser Partei gehörte, sowie die gleichfalls eingegangene „Swoboda Russy" sagten es deutlich, dass die Partei viel mehr Fanatismus und Kühnheit als Geldmittel besitzt.

Seit Tikhomirow reuig in die Gesellschaft zurückgekehrt ist, schrieb nur noch der alte Lawrow und ein gewisser Tiranow für die Gruppe.

Der Redacteur der „Swoboda Russy" Namens Rappaport, welcher in Gesellschaft eines Genossen über Wien auf dem Wege nach Russland war, um dort „die Arbeit" zu beginnen, wurde Ende April an der rumänisch-russischen Grenze verhaftet.

Diese Partei hat in London als Hauptvertreter den an Jahren nicht mehr jungen Stepniak. Es ist dies ein gewandter Literat, dessen Hauptaufgabe ist, die Fühlung mit der Bourgeoisie-Presse, namentlich mit der „Times" aufrecht zu erhalten, woher sich die zahlreichen Artikel in dem genannten Blatte über russische Zustände in Sibirien erklären lassen.

Er ist der Verfasser des „unterirdischen Russland", das zuerst als Feuilleton in der „Perseveranze" und dann in Buchform erschienen ist und hat hiedurch allein im Ansehen bei der Revolutionspartei dem alten Lawrow den Rang bereits abgelaufen.

Anlässlich der oben in der Abtheilung Frankreich bereits erwähnten Attentatsvorbereitungen im Jahre 1890 zu Paris sind die bedeutendsten Mitglieder der „Malaidaja Narodnaja Wolja" verhaftet worden, ebenso ist an derselben Stelle erwähnt, dass die Partei nach Zeitungsnachrichten von einem „Agent provocateur" Namens Landeysen verleitet sein sollte, der fest in dem Zirkel sass und welcher selbst zu den terroristischen Experimenten gedrängt haben soll. Diese Annahme ist jedoch hinfällig, da Landeysen (eigentlich Eckstein, Sohn eines Kaufmannes aus dem Kaukasus) bekanntlich rechtzeitig die Flucht ergriffen hat.

Dem Landeysen wird auch die Verhaftung des Rappaport am 10. April 1890 an der rumänisch-russischen Grenze zugeschrieben. Es wird ihm zum Vorwurf gemacht, dass er sich an Rappaport förmlich gedrängt habe, dass er ihn bestimmt habe, die „Swoboda Russy" in Genf herauszugeben, kurz, die russische Colonie in Paris schrieb Landeysen hinterher alles zu, was an terroristischen Ereignissen zu Beginn des Jahres 1890 und auch früher geschehen war, so soll er auch die Veranlassung zur Verhaftung des Terroristen Großmann gegeben haben, der im Jahre 1889 mit einem Koffer Flugschriften nach Russland exmittirt und bei Podwoloczisk a festgenommen wurde.

Infolge der geschilderten Vorgänge mit Landeysen wurde von der russischen Partei beschlossen, die ganze bisherige Organisation über den Haufen zu werfen und soll gegenwärtig eine neue Organisation ausgearbeitet werden.

Im Monate April erschien Plechanows Broschüreneinbegleitung „Über die Grundsätze und Taktik der russischen Socialisten", welche zu einem heftigen Conflicte zwischen G. Plechanow und der Redaction des „Socialdemokrat" führte, der endlich mit einem Siege des russischen Socialrevolutionärs endete. Der „Socialdemokrat" musste sich nämlich endlich zur Äußerung bequemen: „dass die Darlegungen Plechanows in der That geeignet erscheinen, allen missverständlichen Auffassungen und Auslassungen der, von den russischen Socialdemokraten vertretenen Anschauungen ein Ende zu machen."

Es wurde nämlich den russischen Arbeitern der Vorwurf gemacht, dass dieselben noch zu unreif für die westeuropäischen Bestrebungen der Arbeiter seien, dass sie vorerst einer gründlichen Reparatur bedürfen, um die socialistischen Ausführungen im Sinne von West-Europa vollständig begreifen zu können.

Dieser Anschauung trat G. Plechanow mit aller Entschiedenheit entgegen, indem er ausführte, dass die Theorien des modernen Socialismus, besonders wenn sie in klarer und leichtfasslicher Darstellung gehalten sind, der Intelligenz der russischen Arbeiter vollständig zugänglich sind.

Aus der Debatte war aber auch noch weiter ersichtlich, dass der rohe Kampf mit der „Ordnung", „die Propaganda der That" bereits in das Gebiet der Vergangenheit zu treten im Begriffe ist; es ließ sich nämlich herauslesen, dass es zur Zeit in Russland und im Auslande nur mehr oder weniger „terroristisch" gesinnte Persönlichkeiten und Gruppen, aber keine ausgedehnte Organisation mehr gibt, ähnlich derjenigen der Partei des „Volkswillens".

Die Attentatsvorbereitungen in Paris dürften daher als Wirkungen einer solchen einzelnen Gruppe zu betrachten sein.

Allem Anscheine nach gehen die russischen Socialisten wirklich daran, auf neuen Grundlagen die Reorganisation der socialrevolutionären Partei durchzuführen, indem sie den Ausführungen am Pariser internationalen Socialistencongresse Folge zu leisten sich die Mühe geben.

Den Principien dieses Congresses gemäß werden die russischen Socialisten hiebei mit allen Formen des Bakunismus aufräumen und die Lehren des Karl Marx als theoretische Grundlage der socialistischen Bewegung in Russland aufstellen. Hiebei sollen die russischen Socialisten, welche bisher zumeist den gebildeten Ständen angehörten, von der Erfahrung sich haben leiten lassen, dass die Macht der Intelligenz allein der revolutionären Bewegung nicht genügend ist, und aus dem Grunde gehen sie — folgend den auf dem Pariser Congresse erhaltenen Rathschlägen — auch daran, die Arbeiter und Bauern zu bilden und in die Bewegung hineinzuziehen.

Sie hoffen daraus, dass der russische Capitalismus seinen unüberwindlichen Feind in der Macht des aufgeklärten Proletariats finden wird.

Es sind wenigstens Anzeichen vorhanden, dass die russischen Socialrevolutionäre anfangen zu verstehen, dass terroristische Phrasen im Geschmacke von Most und den französischen Anarchisten entschieden jeder Bewegung schaden, und dass sie daher bestrebt sind, die Bewegung auf den Grundlagen des Pariser Congresses fortzuleiten. Die Ansicht wird heute selbst von den früheren Anhängern der „Tschorni Peredjel Partei" getheilt. Für den reinen Marx'schen Socialismus hat sich vorerst die Emigration erklärt und an die im Reiche lebenden russischen Socialisten geleitet, welche diese Theorien lehren und die aus dem Ausland kommenden Broschüren verbreiten.

Von Presserzeugnissen für die russischen Socialisten erschien in Zürich der „Socialist", von dem aber nur wenige Nummern erschienen sind, weil er ein vorzeitiges Ende fand. In Paris erscheint der „Socialdemokrat", wie oben schon erwähnt, in Viertel- oder auch in Halbjahrsbänden, wovon im letzteren Falle der Band auf 5 Francs zu stehen kommt. In Genf erschien bis vor kurzem die „Swoboda Russy" und in Paris geht eben eine Gruppe daran, eine „russische Bibliothek" zu gründen, das heißt, sie beabsichtigt analog der socialdemokratischen Bibliothek des ebenfalls eingegangenen Londoner „Socialdemokrat" Broschüren herauszugeben, welche en masse nach Russland gebracht werden sollen. Zur Ausführung fehlt es vor allem an Geld.

In den Monaten März und April 1890 sind die vom Comité in Paris verbreiteten Flugschriften herausgegeben worden, die für die russische Bauernschaft bestimmt waren. Die erste Flugschrift bildete den ersten Theil eines von Plechanow geschriebenen Aufsatzes, welcher zuerst in dem neuen Parteiorgan „Socialdemokrat" enthalten war. Der zweite Theil der Plechanow'schen Arbeit befasste sich wie der erste Theil mit der socialdemokratischen Organisation und mit den Plänen der socialrevolutionären Führer. Er bespricht eingehend die Lage und das Gebaren der russischen Adeligen und die Programme der künftighin nur existenzmöglichen Parteien in Russland, von denen die liberale auf die Gesellschaft (Beamtenschaft, Bourgeoisie etc.), die socialdemokratische auf den Arbeiterstand (inclusive Bauernschaft) reflectirt. Die Arbeit Plechanows schloss mit den Worten:

„Wir fürchten nicht die rasche Entwicklung des Capitalismus in Russland, er würde uns nur unsern Zielen nähern. Auch die jetzige reactionäre Wirtschaft kann uns nicht zurückschrecken, das alte Gebäude muss stürzen. Wir glauben nur an die unbeugsame Kraft der historischen Bewegung, und das stärkt uns. Wir müssen doch am Ende siegen."

Die Anfang März 1890 vom Bunde der russischen Socialdemokraten herausgegebene Broschüre „Die Rede des Peter Alexejeff" mit der schon obenerwähnten Vorrede des Plechanow hatte den Lesern eine richtige Vorstellung von dem Entwicklungsgange der russischen revolutionären Bewegung gegeben.

In der Vorrede suchte Plechanow das Classenbewusstsein des russischen Arbeiters zu klären und ihnen unter Hinweis auf die Bestrebungen der „Millionen westeuropäischen Arbeiter" die Bedeutung der in die Hände der Arbeiterclasse zu gelangenden Staatsgewalt auseinander zu setzen, indem er den russischen Arbeitern die Behauptung aufstellte, die Arbeiter von West-Europa stellen sich das Ziel „die Staatsgewalt zu ergreifen und kurzen Process mit ihren Unterdrückern zu machen".

Die Broschüre ist zuerst in der russischen Colonie in Paris verbreitet und in einer öffentlichen Versammlung der russischen Socialisten in Paris besprochen worden.

Daselbst begegnete die Broschüre einer sehr getheilten Aufnahme und wurde von mancher Seite die Schädlichkeit derselben für die Propaganda unter den Arbeitern in Russland hervorgehoben.

Unter dem Titel „Free Russia" erscheint von Zeit zu Zeit in London eine Revue in englischer Sprache. Als Zweck dieses Organ wurde angegeben, dass es die West-Europäer und Amerikaner über die Vorgänge in Russland hinsichtlich der dortigen revolutionären Bewegung informiren soll. Die Nummer 1 war im Monate August erschienen, war verunglückt und machte in autographirter Vervielfältigung die Runde. Das Blatt geht in verkürzter Form als Flugblatt nach Russland. Es lebt nicht von Abonnenten und vom Einzelnverkauf, sondern von freiwilligen Beiträgen. Der Fond des Unternehmens ist aber ein armseliger. Am 21. October wurde nach Journalberichten aus Odessa die Entdeckung einer nihilistischen Druckerei berichtet. Mehrere Monate vorher wurde ein in der Nähe der Alexandrowskaer Bahnstation isolirt stehendes Häuschen, das von Gartenanlagen umgeben ist, gemietet. Das Häuschen lenkte bald die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich und diese ließ eines Nachts das Häuschen umstellen und drang gewaltsam ein. Es wurden alle zum Drucken von Rubelnoten erforderlichen Utensilien und revolutionäre Proclamationen gefunden. Vier der Fälscher wurden verhaftet und eine Menge falscher Rubelnoten saisirt.

Die allgemeine Arbeiter-Lohnbewegung hat sich auch bis nach Sibirien verpflanzt und dortselbst im letzten Sommer bereits zu blutigen Krawallen zunächst unter den Arbeitern der Goldbergwerke geführt.

Am ernstesten waren die Krawalle in den Goldbergwerken von Basilewski und jenem der Brüder Tscheremnyj im Süden des Gouvernements Jeniseisk und in dem Goldbergwerk Barlaschoff im Kreise Minussinsk bei Krassno-Jarsk. In dem Bergwerke Basilewski wurde der Verwalter Peter Riasanoff getödtet und es wurden sämmtliche Bergwerksarbeitshäuser mit Ausnahme der Arbeiterkaserne demolirt. Erst am dritten Tage als zwei Regimenter Kosaken erschienen und die meisten Rädelsführer festnahmen, wurde die Ruhe wieder hergestellt.

In dem den Brüdern Tscheremnyj gehörigen Bergwerke wurde von den revoltirenden Arbeitern gleichfalls der Verwalter Namens Bastrikoff erschlagen. Die Excesse dauerten daselbst zwei Tage und wurden erst durch ein aus Krassno-Jarsk dahin verlegtes Infanterieregiment unterdrückt.

Ähnliche Unruhen fanden am 23. September in Jaroslaw in der Fabrik Karsikin statt, in welcher 8000 Arbeiter beschäftiget sind. Es wurden hiebei die nahegelegenen Victualienläden geplündert und die Waren in den Fluss geworfen. Von dem rasch erschienenen Militär wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Einzelne Fälle von anarchistischen Unternehmungen und von Verhaftungen fanden auch im Berichtsjahre statt. Am 5. März wurden in der Nähe des Anitschkoff-Palastes mehrere Nihilisten verhaftet, ebenso auf der Basilinsel, woselbst geheime Typographien entdeckt worden sind. Am 1. April verübte in Petersburg ein junger Mann, welcher durch das Los zu einer hochverrätherischen That bestimmt worden war, einen Selbstmord. Der Selbstmörder, ein Marineofficier, erklärte in seinem Schuldbekenntnisse, dass er die That nicht vollführen konnte.

Am 8. Juni hat die Petersburger Polizei wichtige Entdeckungen gemacht und dabei constatirt, dass aus dem Dynamitlager des Armeelieferanten Serakoffsky in dem Dorfe Begletty nicht weniger als 210 Pfund Dynamit und 400 Patronenhülsen gestohlen wurden.

Am 14. November fand in St. Petersburg ein Nihilistenprocess statt, der mit Verhängung des Todesurtheils über alle Angeklagte, bis auf einen, endete. Die fünf für schuldig befundenen Revolutionäre waren: Sofie Günzberg, Michael Stojanowsky, Leib Treibfeld, Alexis Orotschko, Bombardier auf der Festung Sebastopol, und Peter Duschefsky, Lieutenant bei der Festungsartillerie in Kronstadt. Von den Verurtheilten ist Sofie Günzberg am bekanntesten, weil sie sich durch außerordentliche Leistungen im Lager der Nihilisten ein besonderes Ansehen zu verschaffen wusste.

Der Thatbestand des Processes führte auf Vorgänge zu Beginn des Jahres 1889 zurück. Der Verlust einer Geldbörse der Sofie Günzberg, welche chiffrirte Schriftstücke und das Concept zu einer hochverrätherischen Proclamation enthielt, führte zur Entdeckung des Verbrechens und zur allmählichen Verhaftung der oben benannten Personen. Durch die Gnade des russischen Kaisers ist kürzlich das Todesurtheil in eine Freiheitsstrafe für Sofie Günzberg umgewandelt, die anderen waren schon vorher begnadigt worden.

Bald darauf fand in Petersburg ein Process gegen Olga Iwanowska statt, welche während der Abwesenheit ihres Oheims, eines angesehenen Beamten, in dessen Wohnung nihilistische Versammlungen abgehalten hatte. In ihrem Besitze wurden verbotene Druckwerke, nihilistische Proclamationen und sogar Sprengstoffe gefunden. Das Urtheil des Processes wurde auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

Die Maifeier hat in Russland fast keine Beachtung gefunden.

Am internationalen Socialistencongresse zu Paris hatten sich die polnischen Delegirten dem Beschlusse der Majorität, den 1. Mai als Arbeiterfesttag zu feiern, angeschlossen.

Sollten aber die Schwierigkeiten, welche eventuell die russische Regierung der Durchführung des Beschlusses in den Weg legen würde, sich möglicherweise als unüberwindbar herausstellen, so verpflichteten sich die Delegirten als Vertreter des Warschauer Arbeitercomités ihr Möglichstes dafür zu thun, dass der 1. Mai in Polen nicht unbemerkt vorbeigehen werde. Es wurden daher seitens der polnischen Arbeiterführer alle Anstrengungen gemacht, in dieser Richtung einen Erfolg zu erzielen und es haben in der That einige Arbeitseinstellungen in mehreren Etablissements in Warschau stattgefunden, so in der Ortwein'schen Fabrik, dann in der dritten und fünften Werkstätte der Warschau - Wiener Eisenbahn u. s. w.

In dem Arbeiterviertel Solec und auf dem Alexanderplatz begannen sich Gruppen zu bilden, welche aber bald von der Polizei auseinandergetrieben waren, wobei einige Verhaftungen vorgenommen worden waren.

Am 1. Mai waren in Warschau und in den Fabrikscentren Russisch-Polens gedruckte Proclamationen aus einer geheimen Druckerei in Warschau, in deutscher und in polnischer Sprache verfasst, verbreitet worden. Sowohl der Inhalt, als auch die Form dieser Aufrufe ließ Alles zu wünschen übrig.

Während in Russland das Hauptaugenmerk auf die Propaganda unter den Bauern gerichtet ist, ohne indessen die Agitation unter den Industriearbeitern von Petersburg, Odessa etc. zu vernachlässigen, wurde in Polen von vornherein ein besonderes Gewicht darauf gelegt, das Proletariat der Großindustrie, welche in Polen weiter entwickelt ist als in Russland, für die Sache zu gewinnen. Seit Entdeckung der geheimen Presse, auf welcher das Organ „Das Proletariat" gedruckt wurde, ist in neuester Zeit wieder eine Geheimpresse etablirt worden, auf welcher obige Proclamationen gedruckt worden sind und die auch das Organ „Walka Klas" (Classenkampf) dieser Partei erzeugt.

Balkanstaaten.

Die socialistische Bewegung in den Balkanstaaten hat im Berichtsjahre nur geringe Fortschritte gemacht. Im Monate August haben in ganz Rumänien die Communalwahlen stattgefunden. Die Bukarester Arbeiterpartei hat sich ans Werk gemacht und lebhaft für diese Wahlen propagirt. Es fanden vorher verschiedene Arbeiterversammlungen statt, bei welchen es wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen der politischen Parteiführer mit den Arbeitern kam. Dienstag den 20. August kam es infolge dieser Reibereien im Redactionslocale des socialistischen Blattes „Munca" (die Arbeit) zu einem Excess, bei welchem der Redacteur Muschoni und einige Arbeiter misshandelt wurden. Weder bei diesen Wahlen, noch bei den Wahlen im Monate November, bei welchen die socialistische Partei unter Leitung ihres Führers Constantin Millé alle Anstrengungen machte einen kleinen Sieg zu erringen, hatte die Partei den gewünschten Erfolg.

Zu Ende des Berichtsjahres planten die Socialisten Bukarests die Gründung einer sehr großen Genossenschaftsbäckerei; das Unternehmen ist jedoch nicht zu einem Erfolge gekommen.

In Serbien fand am 22. Mai in Belgrad eine allgemeine Arbeiterversammlung statt, an welcher sich die Arbeiter ohne Unterschied der Partei, Nationalität und

Confession betheiligten, um über die Modalitäten zur Gründung eines gemeinsamen Arbeitervereines zu berathen.

Dieser angestrebten Vereinigung liegen rein socialistische Tendenzen zugrunde, die sich unter der dortigen Bevölkerung schon seit längerer Zeit geltend machen.

Am 20. September wurde der ehemalige Archimandrit Vasa Pelagics, welcher kurze Zeit vorher wegen Publicirung einer antidynastischen und revolutionären Broschüre aus Serbien verbannt worden war und sich nach Bulgarien begeben hatte, aber nach Belgrad zurückkehrte, verhaftet und abermals wegen socialistischer Umtriebe außer Landes geschafft.

Asien.

Japan. Die socialistische Bewegung in Japan ist im Wachsen. Auch die japanesischen Socialisten haben erkannt, dass eine feste Organisation die Grundlage ihres Gedeihens ist und aus dem Grunde wurde für den 1. April 1890 für das ganze Inselreich ein Congress anberaumt. Derselbe fand an dem bezeichneten Tage zu Osaka statt und war von circa 900 Socialisten und Anarchisten aus allen Theilen Japans besucht.

Das wesentlichste Moment dieser Versammlung bildete die Versöhnung zweier bisheriger Antagonisten innerhalb der Bewegung, deren gegenseitige Reibereien den Fortgang der Sache bisher gehemmt haben. Oi Kentaro und Itannaki Faiski, die bisher sowohl in principieller wie in taktischer Beziehung beständig einander bekämpft hatten, kamen zu einer Verständigung und versöhnten die beiderseitige Anhängerschaft. Demgemäß entstand ein Verband, welcher nunmehr die Gruppen und Clubs des ganzen Ostens von Japan umfasst. Das Organ der japanesischen Socialisten und Anarchisten, welche vorläufig noch zusammen marschiren, ist die noch immer im Auslande, zu San Francisco, erscheinende „Freiheit“, welche aber nunmehr infolge der vielen Bemühungen des anarchistisch gesinnten Dr. G. Hoffmann wie das Mutterblatt zu New-York in vergrößertem Umfange erscheint. Ein besonderer Förderer der socialistisch-anarchistischen Sache in Japan ist der oben genannte Japane Itannaki Faiski, welcher eben daran geht, nach der auf obigem Congress erhaltenen Instruction eine Arbeiterpartei zu organisiren.

Amerika.

In den amerikanischen Staaten ist die politische Bewegung der Arbeiter verhältnismäßig noch immer wenig ausgebildet. Die englisch sprechenden Arbeiter halten sich noch immer mehr oder weniger abseits von den internationalen Bestrebungen der übrigen Arbeiter, namentlich der deutschen, welche allein die rein socialistische (marxistische) Partei vertreten.

Nur in Einem Punkte begegneten sich die Bestrebungen der englischen Arbeiter in Amerika mit denen der übrigen Nationen, das ist in der Agitation für die Herabsetzung der Arbeitszeit auf den „gesetzlichen“ Achtstundentag, und aus dem Grunde war die Achtstundenbewegung in Amerika, von wo sie eigentlich ausgegangen ist und wo sie zuerst Wurzel gefasst hatte, bis sie auf dem Internationalen Socialistencongress zu Paris im Jahre 1889 in die jetzige Form gebracht wurde, intensiver als in den europäischen Staaten.

So beschloss schon im Monate Jänner die in St. Louis stattgefundene Versammlung von Vertretern des nordamerikanischen Gewerkschafts-, respective Arbeiterbundes (American Federation of Labor) als Vorspiel zum 1. Mai am 22. Februar, als dem Geburtstage Washingtons, des Begründers der Vereinigten Staaten, in allen Theilen des Landes Massenversammlungen zu Gunsten des Achtstundentages abzuhalten.

Im bezüglichen Aufruf an die Arbeiterschaft Amerikas schloss der Präsident der „American Federation of Labor“, Samuel Gompers, mit den Worten:

„Auch in unserem Lande war die Agitation des letzten Jahres nicht resultatlos geblieben. Überall sind Anzeichen, die zu neuem Muth und zu der Hoffnung auf einen erfolgreichen Ausgang unserer Bewegung berechtigen.“

Dieser amerikanische Gewerkschaftsverband hat zugleich mit der vorstehenden Erklärung eine andere Taktik als im Vorjahre eingeschlagen, indem er in seinem im Berichtsjahre vom neuen aufgenommenen Kampf um den achtstündigen Arbeitstag eine Branche den Feldzug eröffnen ließ, in der nicht nur die Lage des Arbeitsmarktes im allgemeinen zur Zeit eine sehr günstige war, sondern die auch über eine tüchtige kampffähige Organisation verfügte.

Er schickte nämlich die von M. Guire geleitete Bruderschaft der Zimmerleute zuerst in den Ausstand, indem er von der Voraussetzung ausging, dass die Siege dieser Branche nur ermuthigend auf die übrigen, nach ihr in den Kampf tretenden Organisationen wirken würden.

Die Taktik der „Federation of Labor“, eine Branche nur dann in den Ausstand zu schicken, wenn sie sich als eine tüchtige und kampffähige Organisation erwiesen hat, wurde seither von den Parteiführern aller Länder, besonders aber in Deutschland und Österreich befolgt. In Amerika aber, sowie auch in einigen Staaten Europas, namentlich in Deutschland, gelangte allmählich die Idee zum Durchbruch, den Gedanken, den Achtstundentag für die Gesammtarbeiterschaft durch die bloße Macht der Coalition zu erkämpfen, für eine Utopie — also für undurchführbar zu halten.

Im Anfang ging es mit der Taktik der „Federation of Labor“, ein Gewerbe nach dem andern für die Action heranzuziehen ganz gut. Bei den Baugewerken machte die Durchführung gar keine Schwierigkeiten, ebenso ging es bei den Kohlengräbern noch leicht, als aber die eigentlichen Fabricationszweige, wie die Textilindustrie u. d. gl. daran kamen, fing die Aufgabe an schwierig zu werden, und es scheint wenigstens bei einem Theil der amerikanischen Socialisten der Gedanke platzzugreifen, dass ein Gesetz, das direct oder indirect die Arbeitszeit beschränkt, mit weit geringerem Kraftaufwand herbeizuführen und durch dasselbe das einmal gewonnene Resultat viel sicherer festzuhalten ist, als durch Arbeitercoalitionen und es macht sich daher in Amerika das Begehren nach Verkürzung der Arbeitszeit auf gesetzlichem Wege und ohne Arbeitercoalitionen immer mehr geltend. Demgemäß beginnt in Amerika bereits die Bewegung zu Gunsten einer solchen Bill und die Parteiführer versprechen in den Versammlungen, dass sie entschieden durchzubringen sein werde, wenn die amerikanischen Arbeiter zeigen würden, dass ihnen daran gelegen sei.

Außer der vorerwähnten „American Federation of Labor“ besteht zur Zeit in New-York die „Central-Labor Federation von New-York“, welche sich erst am 4. Juli 1890 mit einem Stamm von 38 Organisationen constituirt hat.

Die New-Yorker Section der bereits aus dem vorigen Jahresberichte bekannten großen Gruppe der über ganz Nordamerika in vielen Sectionen verbreiteten „Socialisti-

schen Arbeiterpartei", welche kurz mit den Initialen „S. A. P." bezeichnet wird, wurde widerspruchslos aufgenommen, wodurch die Voraussprechung, dass sich die „Central Labor Federation of New-York" zu der großen Vereinigung von amerikanischen Socialisten der „S. A. P." in Gegensatz stellen wird, widerlegt worden ist.

Das große National-Executivcomité der „S. A. P." ist für alle socialistischen Föderationen in Amerika mehr oder weniger maßgebend, dies zeigte sich besonders damals, als das National-Executivcomité infolge eines Vorschlages der New-Yorker Genossen, die Hamburger Ausständigen zu unterstützen, durch das Parteiorgan „Der Socialist" am 12. Juli 1890 die Erklärung veröffentlichte, dass es für die Hamburger Ausständigen eine Sammlung nicht einleiten werde, weil ohnedies eine ausgezeichnete Organisation unter den Arbeitern in Deutschland bestehe und es vor allem Aufgabe der amerikanischen Socialistenpartei sei, die eigene Bewegung auf die Höhe der deutschen Bewegung zu bringen, wozu es der Anwendung aller eigenen Kräfte bedürfe. Der Artikel schloss mit den Worten:

„Wir anerkennen die Bereitwilligkeit der New-Yorker Genossen den deutschen Brüdern helfend zur Seite zu stehen, aber wir als Executive haben vor allem das Wohl und Wehe der socialistischen Arbeiterpartei von Amerika im Auge zu halten und mit den Parteiverhältnissen des ganzen Landes zu rechnen."

Infolge dieser Enunciation wurde thatsächlich von keiner der socialistischen Organisationen Amerikas eine nennenswerte materielle Hilfe nach Hamburg gesendet, wiewohl erst wenige Monate vorher die socialistische Gruppe „Philadelphia" einen besonderen Beweis der Solidarität mit allen Arbeitern dadurch gab, dass sie die Summe von Einhundert Dollars als Überschuss der dortigen Communefeier für den Reichstagswahlfond der deutschen Socialdemokraten nach Berlin einsendete.

Das Fest war von der deutschen, vlämischen und französischen Section der „S. A. P." veranstaltet worden und die Genossen der französischen Section machten den Vorschlag, dass der Ertrag für den obigen Zweck verwendet werde.

Ende Juni hat die „American Federation of Labor" einen Aufruf erlassen, im Anschluss an die 1893 in Chicago stattfindende Weltausstellung einen internationalen Arbeitercongress abzuhalten. Der Aufruf wurde an die „Lohnarbeiter und Brüder aller Länder" gerichtet und enthielt den Satz:

„Es ist unsere Absicht es dem Congresse zu ermöglichen, die Arbeiterfrage von einem hohen und vorgeschrittenen Standpunkte aus zu behandeln."

Die Idee hat aber vorläufig nicht einmal die Zustimmung aller amerikanischen Socialisten gefunden, wohl aber dem Präsidenten Samuel Gompers der genannten Föderation mancherlei Anfeindung gebracht.

Das Organ der „S. A. P." „Der Socialist" erklärte nämlich in der Nummer vom 12. Juli 1890, dass Gompers Congresseinladung zum mindesten verfrüht (?) eingebracht worden sei.

Wie bereits erwähnt, ist die „Socialistische Arbeiterpartei" von Nordamerika, welche zur Zeit ihr National-Executivcomité in Brooklyn, einen Generalsecretär in der Person des Benjamin J. Gretsch in New-York und ein Beschwerdecomité mit dem Secretär Ernst C. Schindler in Boston hat, die mächtigste Partei und über das ganze Land verbreitet, dürfte aber doch schon den Höhepunkt ihrer Macht erreicht haben. Sie wird durch die Secte der „Nationalisten" stark geschädigt, welche überhaupt für die socialistischen Organisationen immer gefahrdrohender zu werden scheinen.

Die „Nationalisten" haben im Laufe des Berichtsjahres an Terrain und Zahl der Mitglieder bedeutend gewonnen, am stärksten ist diese Bewegung in Californien, wo dieselbe sich breiter Schichten bemächtigt hat und besitzen die dortigen Nationalisten ein sechzehnseitiges Wochenblatt.

Das Fernbleiben der Nationalisten von der eigentlichen Arbeiterbewegung, sowie der Umstand, dass die Nationalisten den Classenkampf nicht anerkennen, dass sie nicht revolutionär sind und weil sie vermeinen im Rahmen des heutigen Systems und Regierungsmodus auf parlamentarischem Wege durch Gestaltung einer neuen Partei, mit eventueller Majorität „by degrees" jene ungeheure Umwälzung zustande zu bringen, hat zwar alle socialistischen Parteien vorsichtig und misstrauisch gemacht, nichtsdestoweniger erkennen sie aber die Macht der Nationalisten vollkommen und fangen bereits an, sich mit ihnen in Bündnisse einzulassen. Dies gilt ganz besonders von der „Socialistischen Arbeiterpartei", welche in directen Verkehr mit den Nationalisten getreten ist. So ist für die Herbstwahlen zwar keine Vereinigung, wohl aber eine gemeinschaftliche Action zwischen den New-Yorker Socialisten der „S. A. P." und den Nationalisten zustande gekommen.

Die „S. A. P." erhoffte aus dieser Verbindung mit den Nationalisten zwei Vortheile:

1. Einen Vermittler zwischen ihr und dem englisch sprechenden Theil der arbeitenden Bevölkerung, welche, wie eingangs erwähnt wurde, sich von den übrigen Nationen abseits hält und

2. ein mehr ideales Element, welches unter Umständen berufen sein kann, in die etwas gar nüchterne Realität der ökonomischen Kämpfe einen glücklich ergänzenden, lebenden Factor hineinzutragen.

Die „Central Labor Union" und die „Knigts of Labor" sind in letzterer Zeit lange nicht mehr von der Bedeutung, die sie ehemals hatten. Die Sitzungen der „Central Labor Union" im Berichtsjahre haben bewiesen, dass ein einheitliches für die Arbeiterbewegung gedeihliches Zusammenwirken der verschiedenen Richtungen in dem genannten Centralkörper einfach zur Unmöglichkeit geworden ist. Die „Ritter der Arbeit" hinwieder, welche seit dem im Jahre 1887 missglückten New-Yorker Kohlenschaufler-strike sich in keine große Action mehr gewagt haben, sind durch den im Berichtsjahre mit der New-Yorker Centralbahn geführten großen Strike, in welchem die Heizer, Maschinenführer wie das Zugspersonale ihre Arbeitsplätze verließen und die Züge stehen ließen, wo sie sich eben befanden, trotz allen Bemühungen ihres Führers Powderly nur noch bedeutungsloser geworden.

Von den in Amerika während des Berichtsjahres abgehaltenen Conferenzen sind jene der „S. A. P." und jene der Nationalisten erwähnenswert, welche beide am 10. Juli in New-York, erstere in Clarendon-Hall, letztere im Cooper Institut stattgefunden hatten.

Auf der Conferenz der „S. A. P." waren 28 Gewerkschaften und Sectionen der „American Federation of Labor" und der „S. A. P." vertreten; auf der „Nationalisten-Conferenz" waren 17 Nationalistenbranchen und verschiedene Arbeiter und sonstige radicale Vereine, im ganzen 31 Organisationen vertreten.

Beide Conferenzen wurden zum Zwecke der Vorbesprechungen der Herbstwahlencampagne einberufen.

Die Delegirten einigten sich dahin, gemeinsame Sache zu machen, wenn nicht als Organisation, so doch

einig in der Action am Stimmkasten. Es wurde in der „S. A. P.“ beschlossen, dass das socialistische Comité für Platform mit einem gleichen Comité der Nationalisten zum Zwecke der Information conferiren und dann an das Organisationscomité berichten solle und dass die provisorischen Conferenzen am 7. August zu einer definitiven Convention zusammentreten sollen.

Diese Convention hat thatsächlich am 7. August in New-York stattgefunden, ist aber nur unter dem Namen „Congress der Nationalisten“ bekannt. Das Programm dieses Congresses verlangte Abschaffung von corporativen und privaten Trusts und Monopolen, die Abschaffung der Geld- und Bankmonopole; die Abschaffung der Landmonopolisten; eine graduirte Einkommen- und Eigenthumssteuer; die Einführung des achtstündigen Arbeitstages in allen industriellen, municipalen und öffentlichen Beschäftigungen, einschließlich der Polizei, strengste Regulirung der Frauen- und Kinderarbeit, Ersetzung des Lohnsystems durch ein Cooperativsystem; sanitäre Maßregeln für Fabriken; gleiches Stimmrecht ohne Rücksicht auf Race oder Geschlecht; Reformen in der Schule, im Militär und Milizwesen etc. etc.

Aus diesen Forderungen ist ersichtlich, dass die Nationalisten zum mindesten der Socialdemokratie nicht feindlich gegenüberstehen und dass ein weiteres Zusammengehen der beiden großen Parteien möglich ist. Die socialistische Presse in Amerika hat durch den Abgang von S. E. Schewitsch, einen ihrer bedeutsamsten, fähigsten und agitatorisch erfolgreichsten Kämpfer verloren. Er war Mitarbeiter des „Socialist“ und Redactionsmitglied der „New-Yorker Volks-Zeitung“ und ist zum Antritt einer Erbschaft in seine Heimat nach Russland übersiedelt, wo er sich zur Zeit noch befindet. An seiner Stelle hat Adolf Alexander Theodor Jonas, ein gebürtiger Berliner, welcher im Jahre 1880 zu Wien im Aufenthalte war, die Redaction der socialdemokratischen „New-Yorker Volks-Zeitung“ übernommen.

Die anarchistische Bewegung ist in Amerika infolge der Verhältnisse stärker als in Europa, ist aber wie hier auf incendiarische Enunciationen in der Presse und in Broschüren und auf Versammlungen ihrer Mitglieder, das heißt der Sectionen der „Internationalen Arbeiterassociation“ (I. A. A.) und der verschiedenen Autonomistengruppen beschränkt.

Die anarchistische Presse begnügt sich vorläufig mit utopistischen Aufsätzen und mit der Aufzählung und Belehrung von allerlei Arten der Mittel zur „Propaganda der That“.

So schrieb die „Freiheit“ zur Communefeier am 18. März 1890 auf rothem Papier:

„Was da an Gütern existirt, wird Jedermann zur Verfügung stehen, der solcher bedürftig ist.

Der Communismus, der solchermaßen ins Leben tritt, wird gleichzeitig alle zur Arbeit rufen, auf dass in Zukunft allgemeiner Wohlstand und Zufriedenheit die Menschheit ziere.

Niemand wird regieren, Niemand wird beherrscht sein und segenbringend wird herrschen die Anarchie.“

Die neunzehnte Erinnerungsfeier an die Pariser Commune vom 18. März 1871 durch die I. A. A. wurde im Berichtsjahre am Samstag den 29. März in der Lafayette Hall Cor. Wood. Str. ave. Pittsburg abgehalten. Sie verlief nicht anders als in den früheren Jahren und hatte ihren Höhepunkt in der Festrede des John Most. Dieser hatte sowohl unmittelbar vorher, als auch nach der Feier eine große Reise angetreten. Er erschien nacheinander in einer Reihe Städten, Vorträge haltend, so in Rochester, Paterson, Pittsburg, Meriden, Buffallo, Cleveland, Cincinatti, Louisville und Alleghany-City, predigte den gegenwärtigen Stand der anarchistischen Bewegung in Amerika und der Agitator verwandelte sich zum Schlusse jedesmal in einen Colporteur, indem er ein großes Paket voll von Broschüren etc. öffnete, welche in wenigen Minuten an den Mann gebracht waren. An allen den genannten Orten wurden Agenturen der „Freiheit“ errichtet und eine Gruppe der I. A. A. gegründet.

Die Gruppen sind aber mehr künstlich ins Leben gerufen worden und scheinen nicht lebenskräftig, sie sind schwach an Mitgliedern; ihr Einfluss ist bedeutungslos und verheißt keine Zukunft.

Im allgemeinen mangelt es an Rednern, weshalb Most selbst so viele Agitationsreisen im Berichtsjahre machte und andere Redner hiezu aneiferte. Hiebei mussten die Reisekosten aus den Einkünften der betreffenden Festlichkeiten und Versammlungen gedeckt werden, was wieder der Sache nicht förderlich war.

John Most berichtete über seine Agitationsreise unter anderem:

„Was mich schmerzlich berührte, war der Umstand, dass allenthalb unsere Stiefbrüder, die Socialisten, unsern Genossen gegenüber eine ganz unglaubliche Gehässigkeit herauskehren.

Manche sagen, das beruht auf Gegenseitigkeit, aber dem ist nicht so. Überall haben die Anarchisten den Socialisten Bruderhand geboten, sie wurde aber nicht nur schnöde zurückgewiesen, sondern die lieben Stiefbrüder setzten in der Regel alles daran, die betreffende agitatorische Unternehmung zu schädigen.“

Schließlich sagt Most:

„Die von mir so oft betonte Vereinigung der „Blauen“ und der „Rothen“ (Socialisten und Anarchisten) scheint unter solchen Umständen noch in weiter Ferne zu liegen, das heißt, wenn die ersteren noch lange am Leben bleiben, denn auf dem Aussterbeetat befinden sie sich ganz entschieden.“

Zu diesen Äußerungen sah sich Most vor allem durch die Interpellationen auf seiner Reise veranlasst, die er nicht alle zur Zufriedenheit der Interpellanten beantworten konnte.

Die Differenzen zwischen Socialisten und Anarchisten sind aus Anlass der Vorarbeiten für die Feier der Chicagoer Märtyrer am 11. November, welche noch im Jahre 1889 gemeinsam gefeiert wurde, geradezu unüberbrückbar geworden.

Es wurde nämlich in der am 4. Mai 1890 abgehaltenen Sectionsversammlung der „S. A. P.“ der einstimmige Beschluss gefasst, „die diesjährige Feier zur Erinnerung an den Justizmord in Chicago“ ohne Mithilfe der Anarchisten im Cooper Institut am 10. November zu veranstalten.

In dem Circular der Section wurde auf die zahllosen Beleidigungen der Anarchisten, auf den „rüden“ und „unanständigen“ Ton, auf die Lügen der „Freiheit“ etc. hingewiesen.

Auf diese Beschuldigungen entgegnet die „Freiheit“ in der Nummer 19 vom 10. Mai 1890 in einem Aufsatz „Leichenschänder“: „Die guten Leutchen wollen den Krieg, sie sollen ihn also haben“ und setzte zugleich die Feier der Erinnerung am 11. November 1890 ebenfalls in Coopers Institut an.

Wohl infolge dieser Vorgänge wurde von Genossen in Baltimore durch ein Poem „die beiden Schwestern“ ein Versuch gemacht, eine Versöhnung zwischen „Mostianern“ und „Autonomisten“ anzubahnen.

Die „Autonomie“ reproducirte das Gedicht an der Spitze des Blattes und lieferte dadurch einen hinlänglichen Beweis für die Geneigtheit in die vorgeschlagene versöhnende Bahn einzulenken, allein das Schwesterorgan „Freiheit“ bot nicht die Hand.

Einige Wochen später betrat Josef Peukert den amerikanischen Boden.

Er sprach am 9. Juli zum erstenmale vor amerikanischen Genossen. Die Aufnahme, die er dort fand, war nicht ermuthigend für ihn, besonders als er von seinem Genossen Schenk aufgefordert wurde, das Capitel „John Newe“ zum Gegenstande seiner Betrachtungen zu machen.

Peukert und seine Getreuen wurden hiedurch in solche Aufregung versetzt, dass binnen kurzem die Versammlung in ein Handgemenge gerieth und der Hallenbesitzer sich veranlasst sah, die Gaslichter abzudrehen.

Peukert hatte bald nach seiner Ankunft in Amerika einen Brief an Most gesendet und in demselben gesagt, dass er seit Jahren der gemeinsten Handlungen, welche sich ein Mensch überhaupt, besonders aber ein Genosse zuschulden lassen kommen könnte, beschuldigt werde, dass er endlich keine Lust mehr habe, dieselbe geduldig über sich ergehen zu lassen. Er verlangte Gelegenheit, sich zu vertheidigen, und machte Vorschläge. Most erwiderte, Peukert sei für die Partei der „Freiheit“ längst (leider nur moralisch) todt.

Zum letztenmale constatirte sodann die „Freiheit“ den Verrath Peukerts an den unvergesslichen Genossen John Newe, und schloss den Artikel mit der Warnung, dass das Thun und Treiben Peukerts scharf überwacht werde, dass sich aber die „Freiheit“ schwerlich nochmals mit ihm befassen werde, was er immer sagen und schreiben mag.

Dieser Aufsatz fand nur eine schwache Erwiderung in der Nummer 99 der „Autonomie“ vom 19. Juli 1890, welche deutlich zeigte, dass Peukert selbst von seinen engeren Genossen nicht mehr gehalten werde.

Gleichzeitig mit Peukert ist der Anarchist Rau, alias Rinke, von London nach Amerika übersiedelt.

Beide hielten Conferenzen mit ihren engeren Genossen am 7. und 21. September ab, in welchen ein „Aufruf an alle revolutionär gesinnten Arbeiter Amerikas“ beschlossen wurde. Der Aufruf empfiehlt keine Parteibildung, sondern die Bildung autonomer Gruppen, welche in ständiger Verbindung unter einander sein sollen, um in allen Fällen der gemeinsamen Sache vereint dienen zu können.

Am 19. Juli 1890 versammelten sich die Gruppen der „I. A. A.“ von New-York und Umgebung in Mallhai's Hall 220 Ave. A., um hinsichtlich des am 9. und 10. August 1890 in New-York abzuhaltenden Verbrüderungsfestes, beziehungsweise Parteitages der Anarchisten alle einschlägigen Maßregeln definitiv festzustellen.

Für beide Tage war lange Zeit vorher schon in der anarchistischen Presse und in den Gruppen agitirt worden, es waren daher zu dem Feste in Ward Park 148 Str. in New-York viele auswärtige Genossen erschienen, welche alle der allgemeinen Parteiversammlung am 10. August beiwohnten.

Die Hauptgegenstände des sogenannten Parteitages waren die Vergrößerung des Umfanges des Organs „Freiheit“ und der Punkt der Tagesordnung: „Organisation und Agitation.“

Am Festtage erschien eine Agitationsnummer der „Freiheit“, mit welcher zum erstenmale die achtseitige Ausgabe dieses Organes erfolgte, mit dem Leitartikel: „Und sie bewegt sich doch!“; derselbe enthielt die bemerkenswerte Stelle:

„Zu New-York traten zahlreiche Anarchisten aus Nah und Fern zusammen, um sich dahin zu verständigen, wie der längst begonnene Krieg der Armen wider die Reichen unserseits des weiteren energisch gefördert werden kann . . . .

Kein Friede mehr mit Staat, Kirche und Gesellschaft, Krieg, unerbittlichen Krieg müsst Ihr führen gegen Fürsten, Protzen und Pfaffen, gegen Alle, die Euch bütteln.

Unser Ziel ist einfach die Vernichtung des Capitalismus und die sociale Revolution!“

Zum 11. November, am Erinnerungstage an die in Chicago hingerichteten fünf Anarchisten erschienen die „Freiheit“ und der „Anarchist“ in St. Louis in schwarzberändeter Ausgabe und in Chicago erschien an diesem Tage „Freedom“ (Revolutionary-Communist-Anarchist Monthly). Eine eigene Feier wurde abgehalten in Newark, Brooklyn, Milwaukee, New-Bedford, Chicago, Providence, Boston, Grand Rapids etc. etc. und von den böhmischen Genossen in New-York.

In New-York und Newark kam es zwischen Polizei und Anarchisten zu Zusammenstößen, bei welchen mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden.

Größere Demonstrationen fanden statt in New-York am 10. und 11. November in Coopers Institut, und zwar am ersteren Tage von den Socialisten, bei welcher Jonas die Festrede hielt, und am zweiten Tag von den Anarchisten, zu welchen Frau Lucy Parsons in englischer Sprache und John Most in deutscher Sprache redete.

Letzterer schloss mit den Worten:

„Lasset uns mit Eifer jenem Tag entgegenschreiten, an welchem bei Feuerschein der Paläste der Friede in die Hütten zieht, nachdem man zuvor tabula rasa machte mit allem was uns büttelt. Herbei zu unseren Fahnen! Hoch die Anarchie!“

Die Arbeiterbewegung in Brasilien beginnt sich vorzubereiten. Eine socialistische Arbeiterpartei, zu der viele ehemalige Negersclaven zählen, hat sich bereits gebildet. Die Bewegung bereitet sich natürlich zuerst in großen Städten aus. In Bahia, dem größten Hafenorte des nördlichen Brasiliens, hat sich eine socialistische Partei organisirt, in deren Ausschuss mehrere ehemalige Negersclaven, zwei Handlungsgehilfen und fünf Arbeiter europäischer Abkunft sitzen. Es ist bemerkenswert, dass sich die Handlungsgehilfen von vorneherein der Arbeiterpartei anschlossen.

Auch in San Paolo, der Kaffeeprovinz Brasiliens, ist eine socialdemokratische Bewegung im Gange, die ein deutsch geschriebenes Organ „Germania“ als Wochenschrift besitzt.

Die Forderungen der brasilianischen Arbeiterbewegung weichen von der in Europa aufgestellten Forderung noch erheblich ab, ja es kommt sogar vor, dass dort noch Forderungen nach Institutionen aufgestellt werden, wie z. B. Hilfskassen nach Muster der deutschen Socialreform, Schutzzölle, Arbeiterwohnungen, Zwangsehe etc. die in Europa entschieden bekämpft werden. Hingegen findet sich im Programm der brasilianischen Arbeiter neben dem „Achtstündigen Arbeitstage“ noch der Minimallohn für Arbeiter beiderlei Geschlechts.

In der Landeshauptstadt Rio de Janeiro ist die Arbeiterbewegung erst durch einen erfolgreichen Strike im Laufe des Berichtsjahres in Fluss gekommen und steht noch hinter der in den Provinzen zurück. Von Arbeiterorganisationen in Brasilien ist bis zur Zeit nur die „Capital Federal dos Estados Unidos do Brasil“ (das

Centrum der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten von Brasilien) von Bedeutung, welche Ende October 1890 bei 3000 Mitglieder gezählt hat. Am 1. Mai fand in Porto Alegre mit der Maifeier zugleich eine deutsche Wahlsiegesfeier statt, bei welcher ein gewisser Warrendorf erwähnte, dass der 20. Februar einzig in der Geschichte dastehe und dass die Socialisten einst mit Bestimmtheit ausrufen werden: „Die Welt ist unser!"

Australien.

Der gegenwärtige Stand der Arbeiterbewegung in Australien ergibt sich am besten aus der am Ende des Berichtsjahres aufgestellten Principienerklärung. In dieser erklären die Socialisten Australiens, dass die Zeit der blinden Production, der Concurrenz und der Privatunternehmungen vorüber ist, indem sie „Alles" zum Gemeingut erklären.

Durch Thätigkeit im Parlament und Gemeindevertretungen will der Socialistenbund für folgende Maßregeln kämpfen:

1. Jeglicher Unterricht muss confessionslos und entsprechend den Verhältnissen für Alle obligatorisch sein.

2. Zu jeglicher Arbeit ist das Alter von mindestens 15 Jahren erforderlich.

3. Die Gesetzgebung geschieht durch das Volk.

4. Die Kosten der Rechtspflege werden vom Staate getragen.

5. Das Stimmrecht ist allen Erwachsenen einzuräumen.

6. Jegliche Steuer wird durch directe Einschätzung erhoben.

7. Alle Arbeiten haben durch Regierungsorgane ohne Dazwischentreten eines Lieferanten zu geschehen.

8. Städtische Controle der Gas- und ähnlichen Anlagen.

9. Errichtung von Wohnhäusern durch die Gemeinden.

10. Freie Fahrt auf Eisen- und Pferdebahnen.

11. Fabriks- und Bergwerksinspectoren werden von den Arbeitern selbst gewählt.

Die Ausgaben trägt der Staat.

12. Acht Stunden höchstens soll der Arbeitstag sein. Überzeit ist criminell strafbar.

13. Die Abschaffung des stehenden Heeres und

14. die Abschaffung des gesetzgebenden Rathes ist durchzuführen.

15. Die Errichtung einer Staatsbank und das Aufhören aller Privat-Bankinstitute ist anzustreben.

16. Der Staat soll die Production der Lebensbedürfnisse in die Hand nehmen.

Diese Principienerklärung wurde nach und nach von allen Arbeiterorganisationen angenommen und veranlasste eine hochgradige Agitation und Aufregung in der Arbeiterbevölkerung, welche schon Monate lang vorher durch die großen und vielen Strikes, welche nacheinander unter den Schiffsbediensteten in den Häfen von Melbourne, Sidney und Brisbone in den letzten Tagen des Monats August, dann unter den Kohlenarbeitern in Neu-Süd-Wales in der ersten Hälfte des September, sowie der Gasarbeiter in Melbourne etc. in continuirlicher Aufregung sich befand.

Die anarchistische Bewegung in Australien hat im Berichtsjahre die Abschaffung aller formellen Organisation unter den Anarchisten ergeben.

Diese sollen sich von nun ab einfach gruppiren nach Art der betreffenden agitatorischen und propagandistischen Arbeit, ohne irgend welchen Zwang einer Zusammengehörigkeit. Die anarchistische Agitation war im Berichtsjahre eine lebhafte, indem gedruckte Pamphlete massenhaft vertheilt und in den Straßen öffentlich angeschlagen wurden; ebenso wurden viele Versammlungen der Arbeitslosen arrangirt, wobei es fast jedesmal zu Conflicten mit der Polizei kam. Unter den Anarchisten Australiens wurden als Führer bemerkbar: Beattie, White und Flemmig; die Zahl der Anhänger der anarchistischen Sache ist auch nicht annähernd anzugeben, doch so viel ist sicher, dass in Neu-Süd-Wales der Herd der anarchistischen Agitation ist. Vorläufig geht die anarchistische Partei in Australien vorsichtig und mit Reserve vor, ohne die Propaganda durch eine vorzeitige That zu schädigen.

Vielfach colportirt wurden kurze Definitionen der anarchistischen Principien, wo es heißt:

„Unser Schlachtfeld ist überall, in jedem Hause, in jeder Fabrik, in jeder Werkstätte, auf der Straße und auf dem Lande. Ein organisirter Plan ist weder möglich noch erwünscht, jedoch wird vereinte und gemeinschaftliche Action nothwendig sein. Revolutionäre Thaten sind geeignet, das Volk aufzurütteln und zu weiteren kühnen Unternehmungen anzuregen, dienen der Propaganda und sind die Vorläufer der socialen Revolution."

Wien, im März 1891.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.